

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Textilstreik in Nordfrankreich.

Paris, 6. April. (Eig. Ber.)

Die Streikbewegung anlässlich der Einführung des Zehnstundentages hat nach und nach einen massenhaften Umfang gewonnen. Sie unterscheidet sich vorteilhaft von dem urwüchsigen Generalkstreikversuch des vorigen Herbstes durch ihre planmäßige Organisation, für welche der allgemeine Textilverband gesorgt hatte. Die Forderungen der Arbeiter waren lange vorher durch eine Umfrage bei den einzelnen Gewerkschaften sorgfältig ausgearbeitet und von den verschiedenen Arbeiterkategorien in öffentlicher Versammlung gutgeheißen worden. Und der Einfluss der Organisation erwies sich immerhin stark genug, um binnen wenigen Tagen einen Massenstreik mit mehr als 80 000 Teilnehmern hervorzurufen.

Die wichtigsten Mittelpunkte der Bewegung sind Roubaix, Lille und Tourcoing. Reist ihrer Umgebung zählen diese drei Städte etwa 140 000 (hundertundvierzigtausend) Textilarbeiter. Um annähernd allgemein zu werden, mußte also der Streik um das Vierfache anschwellen. Erst heute und morgen — nach den Ostertagen — wird sich zeigen, ob die Aufwärtsrichtung der Bewegung weiter anhält.

Der Kampf geht zunächst um die Lohnfrage. Die Unternehmer erklären sich zwar bereit, die alten Löhne weiter zu zahlen, trotz der Verlängerung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden. Die Arbeiter können aber damit nicht zufrieden sein. Denn erstens haben sie einen triftigen Grund, dem Versprechen der einzelnen Unternehmer nicht zu trauen. Die Erfahrungen mit den zwei ersten Verlängerungsetappen der Arbeitszeit haben ergeben, daß die Unternehmer ihr Versprechen vielfach in der Weise umgehen, daß sie in den so häufigen Zeiten der Arbeitslosigkeit das alte Personal entlassen, um es durch neue, namentlich belgische Arbeiter zu ersetzen, die dann zu niedrigeren Löhnen arbeiten. „Ihren“ Arbeitern halten also die Unternehmer das Versprechen, so lange eben sie die „Ihren“ bleiben. Die Streikenden fordern daher einen Kollektivvertrag zwischen dem Gewerkschaftsverband und dem ebenfalls in einem Verband organisierten Unternehmertum der betreffenden Region bzw. Stadt und Umgebung, sowie einen einheitlichen Lohnstarif für die verschiedenen Kategorien. Zweitens sind die bisherigen Löhne so niedrig, insbesondere die Weberlöhne, daß der Textilverband unbedingt den Versuch machen mußte, eine absolute Lohnerrhöhung über die „entschädigende“, relative Erhöhungquote hinaus durchzusetzen.

Diese zwei Forderungen gelten für das ganze Streikgebiet. In Roubaix wird im besonderen gefordert: ein Lohnminimum von 4 Frank täglich und die Zusicherung von fünf Arbeitstagen in der Woche, letzteres zum Zwecke einer gleichmäßigen Verteilung der Arbeit unter eine größere Arbeiterzahl, da die Unternehmer sonst es vorziehen, die männlichen Arbeiter allein bis zwölf Stunden arbeiten zu lassen. (Der Zehnstundentag gilt ja nur für das „gemischte“ Personal. Uebrigens scheuen sich die Unternehmer nicht, auch das weibliche und das minderjährige Personal über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus arbeiten zu lassen.) Die Höhe des in Roubaix verlangten Lohnminimums ist schon die unternehmerliche Behauptung Lügen, wonach der durchschnittliche Wochenlohn 25 Frank betragen soll. Nach der Angabe eines gewerkschaftlichen Beamten beträgt der Durchschnittslohn — unter Berücksichtigung der arbeitslosen Zeiten — nicht mehr als 12 1/2 Frank in der Woche. Dabei sind die Existenzmittel im Norden teuer. In Lille wird gefordert: 1. eine sofortige provisorische Lohnerhöhung von 8 Proz. über den Tarif hinaus, der durchschnittlich in den fünf am besten zahlenden Betrieben der Stadt besteht; 2. Einsetzung einer gemischten, aus Arbeitern und Unternehmern bestehenden Kommission, welche für die ganze Umgegend einen Minimaltarif auszuarbeiten hätte, der dann je nach den örtlichen Bedingungen erhöht werden könnte.

Die aller Specialforderung steht in ursächlicher Verbindung mit dem Ergebnis des Herbststreiks in Armentières-Souplines. Die Unternehmer dieser Zwillingstädt haben am 1. April, gemäß der im Herbst beschlossenen Abmachung, den Lohn um 8 Prozent erhöht, aber vorläufig nur für zwei Monate, unter der Bedingung, daß die Betriebe der Umgegend, vor allem in und um Lille, die in Bezug auf die Weinandweberei mit ihnen konkurrieren, eine entsprechende Lohnerhöhung bewilligen. In Armentières-Souplines wird daher nicht gestreikt. Die dortigen Arbeiter überlassen nun den gesamten Betrag ihrer achtprozentigen Lohnerhöhung, 12 000 Frank wöchentlich, den Streikenden von Lille. In diesem Falle hat also der lokale Erfolg des Herbststreiks die Unternehmer-solidarität ebenso sehr durchbrochen, wie die proletarische enger geknüpft. Außerdem aber sind bisher nur vereinzelte Unternehmer auf die Forderungen der Streikenden eingegangen. In den betreffenden Betrieben wurde die Arbeit wieder aufgenommen, wobei nach dem Beispiel von Armentières der Betrag der Lohnerhöhung der Streikmasse zugeführt wird.

Somit gehen die Unternehmer solidarisch vor. Der Unternehmerverband steht gegen den Arbeiterverband — das ist das besondere Kennzeichen des gegenwärtigen Streiks. Und überall ist die Haltung der organisierten Unternehmer die gleiche: Sie, die sie für sich selbst das Recht der Organisation ausüben, weigern sich hartnäckig, mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln! Sie wollen nur „ihre“ Arbeiter anerkennen! Erst diese Nichtanerkennung der Gewerkschaft hat zum Ausbruch des Streiks geführt. Der Kampf gestaltet sich daher durch die Schuld der Unternehmer zugleich zu einer Machfrage zwischen kapitalistischer und proletarischer Organisation.

In Roubaix tritt der Klassenkampf-Charakter des Streiks besonders handgreiflich hervor. Der kapitalistische Anführer, Textil-

könig Rotte, ist ja zugleich der politische Führer der dortigen Bourgeoisie, der Abgeordnete und der Bürgermeister der Stadt.

Die gesellschaftliche Schichtung von Roubaix bietet ein klassisch reines Musterbild kapitalistischer Entwicklung. Die Proletarier, die Kapitalisten. Einen Mittelstand giebt es nicht, wenn man als solchen nicht die kleinen Krämer und Schankwirte ansprechen will, die auf die proletarische Kundenschaft angewiesen sind. Die dünne und einflusslose Kleinbürgerliche Schicht wird übrigens durch die mächtige proletarische Genossenschaft „La Paix“ („Der Frieden“) niedergehalten, die eine mechanische Wäderei (45 000 Dreipfund-Brotlaibe in der Woche), eine Spezerei, ein Kohlenlager und eine Schankwirtschaft vereint. Die industrielle Königin des hochindustriellen Nordens gehörte denn auch zu den frühesten Eroberungen der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten). 1892 hat die Arbeiterpartei den Gemeinderat besetzt, 1893 wurde Jules Guesde in die Deputiertenkammer gewählt. Aber Ende der 90er Jahre beginnt das Unternehmertum sich politisch zu organisieren unter der Führung des ersten Textilmillionärs, Rotte. Unter Ausnutzung ihrer ökonomischen Uebermacht und mit Hilfe des Merkantilismus gelingt es der Kapitalistenpartei, den rüchständigen Teil der Arbeiterschaft, der übrigens sich durch belgische Zugewanderter vermehrt, politisch zu unterjochen bzw. der Arbeiterpartei abspenstig zu machen. Die ideologische Hülle des Profitinteresses ist natürlich der patriotische Kampf gegen die „Vaterlandslosen“. 1898 wird an Guesdes Stelle Rotte zum Deputierten gewählt; 1900 wirft Rotte eine erhebliche Minderheit in den Gemeinderat, 1902 erobert er den Gemeinderat, in welchem die Arbeiterpartei nur noch durch sieben Mitglieder (unter 86) vertreten ist, und im gleichen Jahre wird er in die Kammer gegen Guesde wiedergewählt.

In diesem Klassengegensätzlich gespannten Milieu widelt sich der Streik in Roubaix ab. Die ständige Spannung wird aber noch durch einen besonderen Umstand gesteigert. Der Streik trifft zufällig mit dem Beginn der Gemeindevahl-Campagne zusammen. Der König Stamm von Roubaix hat also auch das dringendste politische Interesse an einer Niederlage der Streikenden, von welcher er sich die Aufrechterhaltung seiner Gemeindeherrschaft verspricht. Natürlich aber ist es Rotte, der den Streikführern politische Zwecke unterschiebt, wie auch er, der politische Vorläufer der Kapitalistenpartei, den Fabrikanten die Parole ausgegeben hat: „Mit unsren politischen Gegnern unterhandeln wir nicht!“ Die politischen Gegner sind die — Gewerkschaftsvorstände. Zugleich führt er, Leiter des Fabrikantenverbandes, den Krieg gegen den Gewerkschaftsverband in seiner Eigenschaft als — Bürgermeister! Auf die gewerkschaftlichen Plakate antwortet er durch offizielle Gegenplakate, die auf offiziellem weissen Papier gedruckt und von der Mairie (Rathaus) aus datiert sind! Ueberall in Frankreich, wo der Gemeinderat nicht nur in sozialistischen, sondern einfach in bürgerlich-demokratischen Händen ist, werden die Streikenden so oder anders von Gemeindevögeln unterjocht. In Roubaix unter Rottes Herrschaft ist davon natürlich keine Rede. Unse Genossen haben übrigens den Stadtherrn auf die Probe gestellt. Die sozialistische Minderheit verlangt von ihm die schnelle Einberufung des Gemeinderats zwecks Einrichtung von Volksschulen und der Bewilligung von Geldern für die Familien der Streikenden. Andererseits hat die Genossenschaft „La Paix“ dem Bürgermeister 5000 Fr. zur Verfügung gestellt, falls der Gemeinderat unentgeltliche Volksschulen einrichten wollte.

Diese Genossenschaft, die zugleich das Volkshaus von Roubaix (nach belgischem Vorbild) ist, bildet überhaupt den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Widerstandes. Anlässlich des Streiks hat sie vorausehend 10 000 Fr. Dividenden ausgezahlt. Die Gewerkschaft hat ihrerseits 20 000 Fr. unter die Streikenden verteilt. Weitere Hilfsmittel sind, wie erwähnt, in Roubaix wie im ganzen Streikgebiet die Beiträge der Arbeiter in den vereinzelten Betrieben, wo die Gewerkschaftsforderungen anerkannt werden, Beiträge in der Höhe der bewilligten Lohnzulage. Indes ist für den Erfolg des Streiks ergiebige Hilfe von auswärts unbedingt notwendig. Die Streikleitung hat sich soeben mit einem bezüglichen Aufruf an die französischen Arbeiter, an die Gewerkschaften und die Genossenschaften gewendet. Es sei zugleich erwähnt, daß der Osternkongress der belgischen Arbeiterpartei eine Hilfsaktion zu Gunsten der französischen Textilarbeiter, sowie der Diamantarbeiter von Antwerpen beschlossen hat. Der „Peuple“, das belgische Zentralorgan, wird demgemäß eine Geldsammlung eröffnen.

Die Regierung beobachtet die übliche Haltung. Sie hat das Streikgebiet mit Militär überwacht. Und der politische Gegner des Kabinetts Combes, Rotte, übernimmt es als Bürgermeister, in einem Plakat die ihm als Fabrikanten von der Regierung geleistete Hilfe zu rechtfertigen. Die militärische Besetzung der Stadt, so tröstet er die Arbeiter, habe keinen andren Zweck als „die Aufrechterhaltung des sozialen Lebens (!)“. Die Straßenumgebung sind vom Präfeldern im Einverständnis mit Combes überall verboden, nachdem der radikale Bürgermeister von Tourcoing eine solche Kundgebung gestattet hat, ohne daß das „soziale Leben“ dadurch gefährdet worden wäre. Die militärischen Maßnahmen zeitigen die unvermeidlichen Folgen: es kommt immer wieder zu militärischen Uebergriffen und zu Zusammenstößen. Einige Verwundete sind bereits auf dem Mar der Ordnung geopfert worden. Unter andern wurde in Roubaix — nach der Meldung der „Temp“ — ein Arbeiter in den Rücken durch einen Säbelstich von einem Leutnant verwundet. Der Säbel drang vier Centimeter tief ein. Dabei ist der Verwundete ein „harmloser Passant“, ein nichtstreikender Maurer. . .

Auch die Gerichte haben bereits ihre ordnungsgerechte Arbeit begonnen. Mehrere Streikende wurden in Lille vom Justizpolizeigericht streng verdonnert. Die Staatsanwaltschaft hat gar eine Untersuchung eingeleitet gegen die 48 Mi-

glieder des Streikkomitees von Roubaix, in welchem drei Vertreter pro Gewerkschaft sitzen. Die Justizaktion beruht auf dem „anarchistischen“ Ausnahmegesetz von 1894, das die anarchistische wie auch nichtanarchistische Propaganda unter der Arme zum Zwecke ihrer Abwendung von den militärischen Pflichten mit Gefängnis von drei Monaten bis zu zwei Jahren und mit Buße von 100 bis 2000 Fr. bestraft. Das Streikkomitee soll sich der besagten Propaganda schuldig gemacht haben durch einen zähen Aufruf an die Soldaten, der also lautet: „Soldat!

„Proletarier von gestern und von morgen, wirst Du für die Schmaroger und gegen die Arbeiter eintreten? Für die Saiten und gegen die Hungernden? Für die Herren und gegen die Sklaven? Wirst Du Dein Ohr verschließen den Klagen der brotlosen Armen, dem Schlingen der Mütter? Wirst Du nur auf die verblende Disziplin hören? Oder aber wirst Du auf die Stimme des Gewissens hören und die große Pflicht der Brüderlichkeit erfüllen? Wirst Du sein der Soldat der Befreiung oder der Soldat der Unterdrückung?“

„Verder! Denke an die Deinen, die in diesem Augenblick mit uns etwas weniger Geld, etwas mehr Freiheit fordern, und handle danach!“

In Frankreich wurden in Streikzeiten mehrfach schon viel heftigere Aufrufe an die Soldaten gerichtet. Niemand aber hat noch deswegen das „verbrecherische“ Ausnahmegesetz in den Dienst des Kapitals gestellt. Soll das nun unter dem demokratischen Kabinet Combes anders werden? Will der Ministerpräsident durch seine Ordnungsbreiterei neue Lobesgänge des Kapitalistenblattes „Temp“ verdienen?

Nach neuesten Meldungen soll der Streik bereits im Abklingen begriffen sein. So meldet ein „Herold“-Telegramm vom 8. April aus Roubaix:

Das Streiksyndikat teilt mit, daß die Streikenden den Kampf aufgeben. 1500 Streikende haben die Arbeit wieder aufgenommen. In Tourcoing hat die Zahl der durch den Streik beschäftigungslos gewordenen Arbeiter zugenommen. Andre Gruppen Ausständiger in der Stärke von 2-3000 Mann begaben sich vor eine Fabrik, wo noch gearbeitet wurde, und wollten die Arbeiter zwingen, die Arbeit einzustellen. Kavallerie-Patrouillen mußten einschreiten und die Kundgeber zerstreuen. — In Lille beschloß eine Versammlung der Ausständigen, die Arbeit am nächsten Montag wieder aufzunehmen, nachdem sie eine Lohnerrhöhung von drei Prozent erzielt, die von den Arbeitgeber verhandelt wird.

Der Kongress von Bologna.

II.

Rom, den 6. April.

Die Fragen, die vor der nach dem Verhalten der Partei zur Regierung und zur Staatsform zurücktreten müssen, sind zum Teil von sehr großer Bedeutung für das italienische Parteileben, so daß man wünschen muß, daß der Kongress wenigstens einigen von ihnen eine ruhige Erwägung zu Teil werden lasse.

In Italien ist es auf all unsern Kongressen Sitte gewesen, die Referate der offiziellen Referenten mehrere Wochen vor dem Parteitag im Druck erscheinen zu lassen. Wahrscheinlich sind die Erfahrungen von Imola daran schuld, wenn dieses Jahr mehrere Referenten davon abgegangen sind. Die Erinnerung an den vorigen Kongress, wo so ziemlich kein Teil der Tagesordnung — nach den beiden Tendenzen — zu seinem Recht kam, mag unsre Genossen vor dem Ausarbeiten eines Berichtes zurückgeschreckt haben.

Zum leichteren Verständnis der Kongressverhandlungen seien hier kurz die wichtigsten Fragen skizziert, über die vom Parteitag Beschlußfassung erwartet wird.

Die Frage der sozialen Gesetzgebung hat von jeher in Italien zu Diskussionen Anlaß gegeben. Besonders hat man viel über den Wert und Unwert der Arbeiterchutz-Gesetzgebung diskutiert, mit einer starken Tendenz zu allgemeinen Urteilen und theoretischen Gedankengebäuden, was sich wohl daraus erklärt, daß man keine praktische Grundlage hat, weil in Italien von einer wesentlichen Arbeiterchutz-Gesetzgebung gar keine Rede ist. Entweder greift nun der Kongress die Frage wieder vom allgemeinen Gesichtspunkte auf, dann erheben wir eine Wiederholung der Debatte der zwei Tendenzen, da die Reformisten den Gedanken vertreten werden, daß die Reformen eine schrittweise Verwirklichung des Socialismus sind, während die Revolutionäre sie als eine Anpassung der Bourgeoisie an die veränderten Verhältnisse, also als den Widerstand der Bourgeoisie vermehrend darstellen werden. Der Referent, Gino Murialdi, der nicht sein Referat, wohl aber seine Resolution bruden ließ, vertritt in der Bewertung der Reformen den Standpunkt Turatis. Was den Inhalt der Reformen betrifft, so fordert er als die dringendsten Maßregeln: 1. Schutzbestimmungen für die am meisten verletzlichen Arbeitergruppen (Reisarbeiterinnen, Arbeiter der Schwefelbergwerke u.). 2. Verteilung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften. 3. Gesetzliche Festlegung von Normen für den einzelnen und kollektiven Arbeitsvertrag. 4. Reform und Ausbau der Gewerbegerichte. 5. Die Schaffung einer Arbeiterversicherung.

Abgesehen vom Punkt 2 dürfte der Kongress an diesen Vorschlägen nichts anzufügen haben. Ueber das Vollen ist man da einig, es kommt nur auf das Können an. Anders steht es mit der Frage der Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften, von der Murialdi wünscht, daß sie durch bloße Einreichung des betreffenden Statuts an das Reichsarbeitsamt zu erreichen sei. Dieser Vorschlag ist starken Widerspruch sicher. Solange das heutige Gesetz über die Rechts-

fähigkeit besteht, nach dem eine rechtsfähige Körperschaft unter direkter Aufsicht des Präfecten steht, der jederzeit Einsicht in ihre Mitgliederlisten und Bücher verlangen kann und sie auflösen darf, falls sie von ihrem statutenmäßigen Zweck abweicht, kann man wahrhaftig nicht wünschen, den Arbeiterorganisationen diesen Mißstand an den Hals zu binden. Es steht sehr dahin, ob die Erlangung der Rechtsfähigkeit auch bei einem liberaleren Gesetz anzustreben wäre, wegen der Gefahr, den Schadenersatzklagen etwa durch Streiks geschädigter Unternehmer den Weg zu bahnen. Der Vorschlag des Genossen Murialdi erklärt sich aus den Bestrebungen, die besonders in Genoa und in der Emilia sich geltend machen, genossenschaftliche Unternehmungen an die Gewerkschaften anzulehnen.

Ueber das Eisenbahnproblem hat Genosse Kofri, wie schon zum Parteitag von Imola, ein ausführliches Referat vorgelegt, in dem er die Uebernahme der Eisenbahnen in Staatsbetrieb vertritt. Die Frage ist für Italien in hohem Grade aktuell. Im Juni 1905 laufen die Verträge mit den drei Betriebsgesellschaften ab, die die zum größten Teil dem Staate gehörigen Linien gepachtet haben. Die Sozialisten vertreten nun die Uebernahme der Bahnen in Staatsbetrieb, sie fordern sie im Interesse des Verkehrs, — der bekanntlich heute sehr viel zu wünschen übrig läßt — im Interesse der Staatsfinanzen (die Linien haben dem Staat etwa fünf Milliarden gekostet, die sich bei dem heutigen Regime so gut wie gar nicht verzinsen) und im Interesse des Personals, von dem sie erwarten, es werde in dem Staate einen besseren Unternehmer vor sich haben als heute. Kofri widerlegt die verschiedenen Einwände, die von Parteigenossen (Arturo Labriola) und andern gegen die Verstaatlichung gemacht wurden. Er beantragt, daß die Partei für die Uebernahme der Eisenbahnen durch eine autonome staatliche Verwaltung eintrete, ferner für Decentralisierung der Leitung und Bildung eines Verkehrsrates aus Vertretern des Unternehmertums und der Arbeiterschaft. — Auch außerhalb der Partei besteht eine ziemlich starke Strömung zu Gunsten der Verstaatlichung.

Ueber die süditalienische Frage hat der Referent Ciccotti, Abgeordneter für Neapel, leider kein Referat eingebracht. Es handelt sich hier darum, die Politik der Partei bei der Regenerationsarbeit der südlichen Provinzen festzulegen, die die Regierung einerseits, die bürgerliche Opposition andererseits auf ihre Fahne geschrieben haben. Keine Partei hat ein so großes Interesse an der Regeneration des Südens, wie die sozialistische, denn gerade infolge seiner materiellen und sittlichen Verelendung ist der Süden die Hochburg der Reaktion. Es ist deshalb höchst wahrscheinlich, daß die Regierung am allerwenigsten daran denkt, im Ernst etwas für den Süden zu thun, der nur dank seiner Verelendung und Korruption die Pfanzschule der ministeriellen Majorität ist. Der Partei liegt es ob, diese doppelgängige Politik der Regierung dem Lande zu denuncieren, immer wieder zu zeigen, wie ja die Regierung selbst die Korruption im Süden erhält und Profit daraus schlägt. Schließlich muß die Partei positive Vorschläge machen, die ihren Abgeordneten zur Richtschnur dienen können. Die von Sonnino (sonfervative Opposition) formulierten Reformpläne, die eine Ausnahme-gesetzgebung für den Süden anstreben, können unter Propaganda in jenen Gegenden sehr schädlich sein. Die Partei, die sie nicht annehmen kann, hat auch im Hinblick auf die Parlamentswahlen Interesse daran, sie kritisch zu beleuchten und ihnen ihre eignen Reformvorschläge entgegenzustellen, die auf die Entwicklung der industriellen Energien des Südens hinauslaufen.

Von Fragen allgemeiner Politik liegen dem Kongreß noch die der Abgabereform und die der Handelspolitik vor. Sollten sie zur Diskussion kommen, so dürften sie den Parteitag wenig vorbereitet finden. Was die Abgabereform betrifft, so liegen die wesentlichen Grundzüge der Partei fest. Mit Details und Ueber-gangsformen hat man sich in den weiteren Parteikreisen wenig beschäftigt; die Frage einer Abgabereform ist für Italien — bei aller Wichtigkeit — leider nicht aktuell. Auch die Frage der Zoll- und Handelspolitik ist in Parteikreisen nicht reif. Die Mehrheit ist freihändlerisch gesinnt. Ein Teil der Reformisten tritt für Schutz-zölle für Produkte der nationalen Industrie und Landwirtschaft ein. Doch ist dieser Konflikt in der Partei zur Zeit noch latent.

Wleibt noch die Frage der Parteiorganisation. Mit Recht hat sie Ferri die wichtigste praktische Frage des Kongresses genannt. Seit Jahren müht sich die italienische Partei um eine geeignete Organisationsform, bei der die Einheitlichkeit im wesent-

lichen Hand in Hand geht mit der größtmöglichen Bewegungsfreiheit. Auch hier erscheinen die berechneten Tendenzen wieder auf der Bildfläche. Die Reformisten, die man deshalb auch Autonomisten nannte, sind für volle Autonomie der einzelnen Partei-Abteilungen, und ein Teil von ihnen trat bekanntlich in Imola für die Abschaffung der Partei-leitung ein, ohne damit durchzudringen. Diesen Vorschlag hat man diesmal fallen gelassen, ohne jedoch einen durchgearbeiteten Organisationsentwurf vorzulegen, bei dem doch vor allem die Kompetenzen der Lokalsektionen, der Kreis-, Provinzial- und Land-tage festgesetzt werden sollten und die Vertretungsberechtigung auf Parteitag abgeändert werden müßte. Wir sehen noch immer unter einem Organisationsstatut, das der größer gewordenen und an allen politischen Lebensäußerungen des Landes teilnehmenden Partei nicht die nötige taktische Einheitlichkeit sichert und, was das schlimmste ist, infolge der schon in Rom beschlossenen Notwendigkeit der Abänderung praktisch fast so behandelt wird, als ob es gar nicht existierte.

Der Referent Libordi, Chefredakteur der in Reggio Emilia erscheinenden Tageszeitung „Giustizia“ begnügt sich, die Bildung eines vom Kongreß zu wählenden Parteivorstandes — sieben Personen — vorzuschlagen und den Organisationen von Jugendlichen, die nach dem Muster der belgischen jeunes gardes socialistes in Italien entstanden sind, die Existenzberechtigung abzuspüren. Von einem eigentlichen Organisationsstatut, wie es Ettore Cicotti in Rom, Giovanni Verda in Imola verlegte, ist nicht die Rede. Die Frage, ob Abgeordnete im Parteivorstande Sitz haben sollen oder nicht, sowie die, ob der Parteivorstand auch eine Vertretung der Minorität haben soll, überläßt Libordi dem Parteitage.

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, hat der Parteitag schon seine Arbeit begonnen, von der wir wünschen, sie möge all' den Erwartungen entsprechen, die das italienische Proletariat in sie zu setzen berechtigt ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. April.

Auslieferung von Desertereuren.

Die Offizionen rühren sich nicht. Die Notwendigkeit, erst Er-lundigungen einzuziehen, kann an dem Schreien nicht schuld sein, denn eine derartige Information kann in fünf Minuten festgestellt werden. Das preussische Polizeiministerium muß doch wohl wissen, ob die Behauptung der Verwaltung der Kropfer Anstalten, daß die Auslieferung eines geisteskranken Russen auf Befehl der Re-gierung erfolgt sei, richtig ist.

Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß die Aus-lieferung von Desertereuren den elementarsten Grundätzen des Völker-rechts Hohn spricht. Selbst der berüchtigte preussisch-russische Aus-lieferungsvertrag verpflichtet keineswegs die Regierung, sich durch Auslieferung von Desertereuren der Verachtung der ganzen civilisierten Welt zu überliefern.

Jener Vertrag vom Jahre 1885 — es ist nützlich, sich seinen In-halt ins Gedächtnis zurückzurufen — verbürgt die Gegenseitigkeit im ersten Artikel: 1. bei Verbrechen und Vergehen gegen den Landes-herrn (Totschlag, Thätlichkeit, Körperverletzung und vorsätzliche Ver-räuberung der Freiheit), 2. wegen Mordes oder Mordversuchs, 3. wegen rechtswidriger Herstellung oder rechtswidrigen Besitzes von Dynamit oder andern Sprengstoffen.

Allerdings weicht der Artikel 2 das Gebiet ins Unbestimmte aus, indem er verfügt:

„In allen andern Fällen, in denen von der Königlich preussischen Regierung die Auslieferung wegen eines Verbrechens oder Vergehens beantragt wird, welches nicht im Artikel 1 erwähnt ist, wird der Antrag der kaiserlich russischen Regierung in Er-wägung genommen, und demselben, wenn nichts entgegensteht, mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen, welche die beiden Länder verbinden, Folge gegeben.“

Der Vödsartigkeit dieses Paragraphen entspricht dem Artikel 3, der ausdrücklich erklärt:

„Der Umstand, daß das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen die Auslieferung beantragt wird, in einer politischen Absicht begangen ist, soll in keinem Falle als Grund dienen, um die Auslieferung abzulehnen.“

Am 2. April antwortet ihm der Direktor des Asiatischen Departements, daß das kaiserliche Ministerium des Aeußeren befohlen hat, das verlangte Geld zu geben. Er giebt dann Anweisung, wie nach Meinung der Verschworenen zunächst nur gedruckte Proteste gegen Fürsten und Re-gierung verbreitet werden sollen.

„radikalere Mittel seien erst dann zu ergreifen, sobald die offenkundigen Proteste des Volkes nicht zu dem gewünschten Er-gebnis führen. Jedenfalls ist die Ausführung des Volksbeschlusses: Verjagung des Prinzen Wattenberg aus Bulgarien und Rücktritt der gegenwärtigen Regierung, dem Heere auf-zuerlegen, indem zu diesem Zwecke die uns ergebenden bulgarischen Offiziere ausgewählt werden.“

„Ich halte es hierbei für nötig, zur Bildung der Exekutivkomitees die Agenten unserer Geheimpolizei zu Rate zu ziehen.“

Darauf wurde denn auch laut Mitteilung vom 28. Juli auf Befehl des Direktors der Staatspolizei der Staatsrat Michitschenko nach Bulgarien geschickt, um die Verschwörung zu organisieren. Am 21. August 1886 wurde darauf Fürst Alexander durch Militär-Revolution seines Thrones entsetzt und als Gefangener nach Rußland (Moen) entführt. Das bulgarische Heer erhebt sich in seiner Mehrheit für den Wattenberger, er kehrt zurück und dankt ab. Es folgt die Regentenschaft Stambulow, Rußland verwendet sich für die gefangenen Verschwörer, die Regierung muß die Verschwörer Gruew und Venderew freilassen, ebenso den russischen Hauptmann Rabolow, der in russischem Auftrage im Mai und November in Burgas Raube inkompetent, der berüchtigte Raubhans herrscht in Bulgarien, die Bulgaren bitten bei den europäischen Höfen um Schutz gegen Rußland und am 8. Dezember wird dem Koburger Ferdinand der Thron von Bulgarien angeboten.

Gegen den Fürsten Ferdinand beginnt die russische Regierung die gleiche Hege wie gegen den Wattenberger. Hatte sie bei dem Wattenberger mit der Entthronung sich begnügt, so verlangt die russische Regierung jetzt die Ermordung des Koburgers.

Am 10. August 1887 teilt in einem chiffrierten Telegramm der Direktor des Asiatischen Departements an den Gesandten in Bukarest unter Berufung auf die russische Circular-Note an die europäischen Regierungen gegen den Fürsten mit:

„daß die kaiserliche Regierung entgültig beschlossen hat, den Prinzen Koburg als Usurpator, als außerhalb des Gesetzes stehend, zu betrachten, deswegen auch alle Hand-lungen, welche gegen Koburg zum Zweck seiner Entfernung aus Bulgarien gerichtet sind, nicht als gerichtlich strafbar anzuerkennen.“ Das heißt doch in dürren Worten eine Prämie auf die Er-mordung „des Koburgers“ setzen! Damit aber kein Zweifel darüber obwalle, was die russische Regierung meine, heißt es un-mittelbar daran anschließend:

„Zudem ich Ihnen obenstehende endgültige Entscheidung der kaiserlichen Regierung mitteile, bitte ich Sie, vertrauens-werten Personen, welche bereit sind, thätigen Anteil an der Entfernung des Prinzen Koburg aus Bulgarien zu nehmen, Ihre Unterstützung angedeihen zu lassen.“

Mit Recht sagt der Staatsanwalt Grosch in einem Werke über das deutsche Auslieferungsrecht: „Der Vertrag setzt sich in seiner Behandlung der politischen Delikte und seiner unbestimmten Fassung des Artikels 2 in Gegensatz zu allen andern neueren Ver-trägen und zur völkerrechtlichen Theorie des Auslieferungsrechts.“ Aber selbst dieser mehr als sibirische Artikel 2 verpflichtet Preußen keineswegs zur Auslieferung von Desertereuren; denn er ist an die Voraussetzung geknüpft: „Wem nichts entgegensteht.“ Hier steht etwas entgegen, nämlich ein unüberbrücklicher, bei allen Kulturvölkern geltender Grundatz des Völkerrechts, der die Aus-lieferung von Desertereuren und Militärpflichtigen verpönt. Sogar der preussische Polizeiminister hat ja eine solche Beschuldigung als „infame Lüge“ zurückgewiesen.

Freilich, es ist kaum mehr zu bezweifeln, daß auch diese Schuld über Preußen gekommen ist. Preußen hat die Zumutung Rußlands nicht nur nicht schroff zurückgewiesen, sondern sie mit Begier erfüllt. Nur eine Regierung kann solch' eine Handlung wagen, die ein das Volk völlig entredendes Wahlsystem selbst vor jeder ernsthaften parlamentarischen Kritik schließt.

Wir raten Herrn v. Hammerstein, sich alsbald im Reichstage einzufinden, — zu neuen Siegen über die Socialdemokratie, die dort das Völkerrecht gegen die Kischinewskis der preussischen Politik und die nationale Ehre zu verteidigen hat. —

Deutsches Reich.

Ein Hereros-Gedenkblatt. Der Kaiser hat ein Gedenkblatt entworfen und von dem Marinemaler Hans Bohrdt ausführen lassen, das an die Hinterbliebenen der in den Kämpfen gegen die Hereros Gefallenen verteilt werden soll. An der linken Seite des Blattes erblickt man eine gewappnete Germania, die Kaiserkrone auf dem Haupte, die rechte Hand leicht auf den mit dem Reichsadler geschmückten Schild gestützt, die linke weit vorgestreckt und einen Vorbeerkranz leicht herabneigend. Ein von dem Kranze herab-wallender Schleier trägt die Widmung: „Gedenkblatt zur Erinnerung an... (folgen Name, Geburts- und Todesstag des Gefallenen). Er starb für Kaiser und Reich. Ehre seinem Andenken.“ Auf dem unteren Drittel des Gedenkblattes erblickt man das leicht gekrümmte Meer. Auf ihm nähert sich in langsamer Fahrt ein vollgetakeltes Segelschiff mit der halbnaht gefenckten Flagge und dem langen Heimatswimpel, dem heimischen Gestade, von dem das Licht des Leuchtturmes herüberstrahlt. Sitra und Inz des Blattes schmücken die Symbole des christlichen Glaubens: oben das Kreuz mit der flammenden Sonne, unten der Christuskopf mit der Dornenkrone. Daneben steht die Tröstung des Evangelisten Johannes: „Niemand hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben läßt für seine Freunde.“

So starkes persönliches Mitgefühl jeder mit den im Kampfe Gefallenen haben mag, mit Christentum hat aber die südwest-afrikanische Kolonisation wahrlich nichts gemeinsam. —

Prügel für Geisteschwäche.

Dr. Wehngand-Würzburg veröffentlicht in der „Psychiatrisch-Neurologischen Wochenschrift“ einen Aufsatz über die Leitung von Idiotenanstalten, in dem ein neuer Beitrag erbracht wird für die wahrhaft mittelalterliche Geistesverfassung, die weithin die angeblich aufgeklärtere Gegenwart erfüllt. Er teilt mit, es sei ihm be-kannt, daß in Norddeutschland vor wenigen Jahren noch Fälle vorlügen, in denen Obristen und Stabschefs gegenüber Geisteschwachen eine Rolle spielten. Weiter aber teilt er mit, daß es in Deutschland Pflanzstätten für schwach-sinnige Kinder giebt, die nach der behördlich genehmigten Prospektten Straflisten führen, nach denen die Kranken für ihre durch die Krankheit bedingten Handlungen mit Schlägen und Nahrungsentziehung bestraft werden. Eine dieser Anstalten — so teilt die „Frankfurter Zeitung“ aus dem Auftrag Dr. Wehngands mit — (es ist die Sankt Josefs-Verforgungsanstalt zu Ursberg im bay-erischen Kreise Schwaben), die laut § 2 den Zweck verfolgt, „schwäch-sinnigen, taubstummen, epileptischen und teppelhaften Per-sonen beiderlei Geschlechts Pflege, Erziehung und Unterricht an-gedeihen zu lassen“, enthält folgende Strafliste:

1. Ermahnungen, freundliche und ernste; 2. Allein-Stehen, Allein-Sitzen und Allein-Gehen; 3. Entziehung des Zwischen-brottes; 4. Ausschluß von den Spaziergängen, von Spielen und sonstigen Unterhaltungen; 5. Anzeige bei der Oberin und bei dem Superior; 6. bei Schülern, sofern hier-gegen nicht ein ärztliches Bedenken besteht, körperliche Züchtigung innerhalb der für die Volksschule gezogenen Grenzen; 7. unter der-

Rebellion und Fürstenmord auf Befehl des Zaren.

II.

Als nach dem letzten russisch-türkischen Kriege Rußland den Wattenberger auf den Thron von Bulgarien gesetzt und ihm russische Beamte als Minister und russische Offiziere in die Armee beigegeben hatte, glaubte es damit Bulgarien zu einer vorgezeichneten Prodig seines Reiches gestaltet zu haben. Als mit den Jahren das Selbstbewußtsein des Wattenbergers und das des bulgarischen Volkes er-wachte und erhartete, suchte Rußland bald den Fürsten gegen das Volk, bald dieses gegen den Fürsten auszuspielen, um über beide zu herrschen. Es begann die Politik der Verschwörung gegen den Fürsten und die der Aufwiegelung des Militärs und des Volkes gegen Fürst und Regierung.

Bereits im September 1882 spricht der früher als diplomatischer Agent in Rumänien beschäftigte und dann zum Direktor des Aus-wärtigen Amtes beförderte Iwan Alexejewitsch Sirowjew von der russischen „Initiative in der Frage der Ent-fernung des Fürsten aus Bulgarien“, und organisierte den Widerstand gegen den Fürsten, indem er rät, „die Handlungen des Fürsten zu tadeln und ihm die Verantwortlichkeit für den Staatsstreich zuzuschreiben.“

Am 18. November 1883 spricht Jonin, außerordentlicher diplomatischer russischer Agent in Sofia, in einem „vertraulichen“ Briefe an den Generalkonsul in Rußland:

„Doch unsre Hauptaufgabe besteht in der Entfernung des Prinzen Wattenberg. Hierzu giebt es zwei Mittel: durch Auf-stand oder auf gesetzlichem Wege.“

Er führt dann des längeren aus, warum er vorläufig letzteren Weg für den besseren hält: weil ein Aufstand leicht zu einem Zusammenstoß mit dem Souverän, dem Sultan, führen könnte.

Am 20. März 1886 beginnt die Stimmungsmache der russischen Beamten gegen den Fürsten; der Konsulatsverweser in Rußland meldet an den Direktor des Asiatischen Departements in Petersburg, daß der Wattenberger eine wahres Saredendregiment führe, förmliche „Mäuerbanden unterhalte“, „Gerichte und Staats-anwälte seien vollkommen von den Polizei-Agenten abhängig“ — er schildert also eigentlich ganz russische Zustände — und schließt dann fort:

„Der dem Konsulat bekannte Thoma Kirbjew, welcher öfter seine Ergebenheit für uns bewiesen hat und an der Spitze der hiesigen liberalen Partei steht, benachrichtigte mich im geheimen von der Absicht der liberalen Partei, hier und in andern Centren Exekutiv-Komitees zu gründen, zum Zwecke, den Fürsten Alexander und seine Regierung zu hürzen. Die Komitees werden auf dem Verschwörungsweg und im geheimen thätig sein.“

Herr Kirbjew bittet mich, zur Bildung der Exekutiv-Komitees ihm teilweise bis zur Errichtung der provisorischen Regierung 20 000 Fr. zu geben.“

Solche „vertrauenswerte Personen“ fanden sich. Am 10. Oktober bereits konnte ihm der Gesandte Sitrowjew melden, daß der Dragoman des russischen Konsulats in Rußland einen russischen Artillerie-Lieutenant Kolobow kenne, der intime Beziehungen zu einflussreichen bulgarischen Offizieren, diesen neuesten „Führern der Nation“, habe. Er habe Kolobow nach Bukarest kommen lassen, dieser sei auch bereit, Rußland bei der Entfernung des Koburgers nützlich zu sein.

Nach der Meinung des Herrn Kolobow ist das Miß-lingen der russischen Revolution dem humanen Auftreten des erschoffenen Majors Wunow zuzuschreiben. Um in Zukunft solchen Folgen auszuweichen, empfiehlt der Lieutenant Kolobow dem Major Panika, welcher, wenn er einverstanden ist, bei der Entfernung des Prinzen Koburg aus Bulgarien in den zum Ziele führenden Mitteln nicht wäherlich sein wird, und daß nur unter solchen Bedingungen auf Erfolg gerechnet werden kann.“

Am 18. Oktober, in einem chiffrierten Telegramm an den russischen Gesandten in Bukarest, empfiehlt der Direktor des Asiatischen Departements,

„dem Herrn Jacobson einzuschärfen, im gegebenen Falle äußerst vorsichtig zu sein, damit unsre Teilnahme an der Entfernung des Prinzen Koburg aus Bulgarien durch Verschwörung nicht bekannt werde.“

Am 4. November schärfte der Direktor des Asiatischen Departe-ments dem Gesandten nochmals ein, daß die Unterhandlungen mit dem Verschwörer Panika einen privaten Charakter tragen sollen; am 18. November, daß ein Kaufmann Rowitow in Sofia Leute zu finden hoffe, „den Prinzen Koburg auf dem Verschwörungsweg aus Bulgarien zu entfernen“, am 3. Dezember antwortet der kaiserliche Gesandte in Bukarest, daß der Gesandtschaftssekretär mit dem Major Panika unterhandelt habe und daß dieser acht Bedingungen gestellt habe, deren erste lautet:

„Die kaiserliche Regierung liefert Waffen und Munition zu einem Aufstande in Macedonien.“

Unterm 20. Dezember antwortet der Direktor des Asiatischen Departements in Petersburg, daß dieser ersten Bedingung nicht entsprochen werden könne, — nur höre man den Grund, warum die russische Regierung die „Bedingung“ der Verschwörer ablehnt —:

„weil in gegebener Zeit ein Aufstand in Macedonien, selbst bei günstigem Ergebnis, nicht in unserm Interesse liegt.“

Die Verschwörung gegen den Fürsten geht aber ruhig weiter. Am 23. Januar 1888 meldet der russische Gesandte in Bukarest, daß der obengenannte Kaufmann Rowitow als Waffenlieferant für die bulgarische Armee auftreten wolle.

Als Waffenlieferant für die dortige Armee wird Herr Rowitow während seines Aufenthaltes in Bulgarien ungehindert die Verschwörung gegen den Prinzen Koburg betreiben können.“

Am 10. Februar erklärt sich das russische Kriegs-ministerium bereit,

„dem Kaufmann Rowitow die gewünschte Anzahl von Waffen aus unsrer Fabrik zur Lieferung für die bulgarische Armee zu über-laffen.“

selben Voraussetzung Verlängerung einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Stunden; 8. unter der nämlichen Voraussetzung Entscheidung von einer oder zwei Mahlzeiten; 9. Ausschluß aus der Anstalt.

Eine andre Anstalt für Unheilbare bestimmt in einem ihrer Paragraphen:

Uebertretungen der Satzungen der Anstalt, der Hausordnung werden durch den Vorstand der Anstalt durch 1. heilsame Ermahnungen, 2. Verweise, 3. Verbot, den Garten zu besuchen, 4. Abzug an der Kost, und 5. fürzer oder länger andauernde Trennung von den übrigen Pfleglingen bestraft.

Dr. Wegandt betont in seinem Aufsatz mit Recht, wie verwerflich die Anwendung körperlicher Züchtigungen gegen solche Kranke ist: Jedem Kranken und jeder Krankenpflegerin wird sofort beim Eintritt in den Dienst eingeschärft, daß körperlicher Zwang bei geistig Abnormen durchaus zu vermeiden ist, daß körperliche Züchtigung verwerflich ist und mit Entlassung bestraft wird, und daß bei einer durch die Züchtigung verursachten Körperverletzung Anzeige an den Staatsanwalt erfolgt. In den nicht ärztlich geleiteten Anstalten für geistig Abnorme, insbesondere für geistesschwache Kinder, sind jedoch körperliche Züchtigungen nicht nur nicht ausgemerzt, sondern sie werden öfters noch durch die Anstaltsführungen sanktioniert. ... Daß das nichtärztliche Regime der Idiotenfürsorge derartige Früchte zeitigt, wird niemand wundernehmen, der sich erinnert, daß zum Beispiel der Vortrag eines angesehenen Idiotenanstalts-Direktors auf der achten Konferenz für das Idiotenwesen (Heidelberg 1893) zu dem Resultat kam: „Wer nicht hören will, muß fühlen, und da thut erfahrungsgemäß eine hölzerne Schraube auf die Kehreite des Jungen außerordentlich gute Dienste.“ Demgegenüber verwirft der ärztliche Standpunkt jede körperliche Züchtigung auf das allerentschiedenste, insbesondere bei allen geistig Abnormen, Kindern wie Erwachsenen.

Verkauf deutscher Schiffe an Rußland. Die Hamburg-Amerikanische Palettschiff-Gesellschaft hat den Amerika-Dampfer „Fürst Bismarck“ an Rußland verkauft. Daß gerade der „Fürst Bismarck“ in russischen Besitz übergeht, ist eine symbolische Würdigung der Politik des Mannes, dessen Namen das Schiff trägt. Ebenso soll der Schnelldampfer „Kaiser Friedrich“ an Rußland verkauft werden.

Die Beurteilung der Verkäufe unter dem Gesichtspunkt der Neutralität ist nicht ganz zweifellos. Der moderne Grundsatz der Neutralität verbietet dem neutralen Staat schlechterdings jede direkte oder indirekte Unterstützung einer kriegsführenden Macht; hierher gehört insbesondere Lieferung von Kriegsmaterialien und Schiffen zum Truppentransport. Es ist klar, daß es sich bei den Käufen der russischen Regierung um Truppentransportdampfer handelt. Nur ist es eben nicht der Staat, sondern eine private Firma, von der die Schiffe verkauft werden.

Indessen ist es auch die Pflicht des neutralen Staates eine Angehörigen zu zwingen, alle diejenigen Handlungen zu unterlassen, die er selbst nicht ausführen darf. Insofern hätte die Regierung die Hamburger Reederei nötigen müssen, von dem Geschäft abzusehen. Indes ist das heute geltende Völkerrecht gerade in diesem Punkte insofern unklar und gerät in Widerspruch mit seinen eignen Grundsätzen. In dem Bestreben, die Handelsfreiheit auch im Kriege zu sehen, verbietet es auch die private Lieferung von Kriegsmaterialien nicht geradezu, wenn es auch den Ausschluß von derartigen Hilfeleistungen für wünschenswert hält.

In unserm Falle hätte man allen Anlaß gehabt, den strengsten Maßstab der Neutralität anzuwenden, da die Hamburger Gesellschaft staatliche Subventionen bezieht und infolgedessen eine Art staatlichen Charakter hat. Auch ist daran zu erinnern, daß während des Boerenkrieges die Lieferung von Waffen und Pferden an die Boeren seitens deutscher Firmen von der Regierung verhindert wurde.

Oberschlesien im Rheinland. Auf dem in Köln abgehaltenen Delegiertenkongress der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen berichtete der hiesiger Delegierte Brumm, daß in seinem Gebiet das Vorgehen der katholischen Geistlichen den Gewerkschaften viel schade. Als er in seiner Eigenschaft als Agitationsleiter beispielsweise in dem Ort Weiden eine Versammlung abhalten wollte, um einen Ortsverein zu gründen, habe der Pfarrer morgens in der Kirche gepredigt: „Die Pest ist in Weiden eingebrochen; wer ihr anheimfällt, ist verloren!“ — Oberschlesien überall, wo das Centrum herrscht!

Ein Pfarrer wegen Sittlichkeitsverbrechen festlich verfolgt. Die Staatsanwaltschaft in Aachen erläßt einen Steckbrief hinter dem 53 Jahre alten in Köln geborenen katholischen Pfarrer Ernst Rigenhoff aus Höngen, im rheinischen Kreise Heinsberg, weil dieser sich eines Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht hat.

Ein halbes Jahr später aber tragen die höchsten russischen Beamten keine Scheu mehr, ihrer Regierung offen die Ermordung des Fürsten zu empfehlen. Am 23. Dezember 1888 sendet der Direktor des Asiatischen Departements an den kaiserlichen Geschäftsträger in Bukarest folgendes Telegramm:

„Der Präsident der Kaiserlichen Wohlthätigkeits-Gesellschaft — (das war Herr Ignatjew, der „Vater der Lüge“, der frühere russische Gesandte in Konstantinopel, der auch einmal zum Fürsten von Bulgarien aufgesessen war) —

„hat den Direktor der Staatspolizei gebeten, die Beamten des Departements anzuweisen, den Bulgaren bei der Entfernung des Prinzen Koburg aus dem Fürstentum und bei der Beseitigung der dortigen Wachtposten behilflich zu sein. Die nach Bulgarien in der Verkleidung von Fischern gesandten Agenten haben dem kaiserlichen Staatsrat Durnowitsch gemeldet, daß sie nach Untersuchung der Eisenbahn-Rußschut-Barna die Gegend bei Jskukur-Nidjitsil als am besten geeignet gefunden haben, eine Entladung des Zuges herbeizuführen.“

Herr Durnowitsch sagte dieser Mitteilung hinzu, daß seine Agenten, welche die Ausführung dieses Planes leiten könnten, in Jsmaila wohnen und, wenn nötig, als Fischer nach Rußland kommen könnten.

Infolgedessen bitte ich Sie, gnädiger Herr, den Personen, welche sich bereit erklärt haben, den Plan auszuführen, mitzutheilen, daß Sprengstoffe und ein Situationsplan ihnen von russischen Fischern in Rußland zu bestimmter Zeit übergeben werden wird. Ich bitte, sich gleichfalls dem Gendarmerie-Kommandanten in Jsmaila mitzutheilen.“

Am 14. Juni 1889 endlich meldet der Gesandte Sitrowo nach Petersburg u. a.:

„Außerdem bittet Herr Tzanow persönlich, ihm die nötigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um sie an einige Personen auszuverteilen, welche sich bereit erklärt haben, thätigen Anteil an der Ausführung des Staatsverbrechens zu nehmen, und sich mit andren verabredet haben, den Prinzen Koburg zu töten.“

Und der famose russische Gesandte schlägt vor, diese Gelder durch den russischen Gesandten in Belgrad auszahlen zu lassen, weil Herr Tzanow „bis zum Staatsverbrechen“ sich dort aufhalte. Acht Tage später, am 22. Juni, weist der Direktor des Asiatischen Departements Herrn Sitrowo an, durch den Gesandten in Belgrad an Tzanow 50 000 Frank auszahlen zu lassen.

Die Verschönerung geht also — dank dem russischen Golde — weiter. Am 26. September begnügt sich die russische Regierung nicht mehr mit ihrer Zustimmung zum Morde, sondern sie verlangt sie. Der Direktor des Asiatischen Departements schickt dem kaiserlichen Gesandten in Bukarest eine geheime Mitteilung, worin es u. a. heißt:

„Die kaiserliche Regierung kann nicht damit einverstanden sein, daß Prinz Koburg auf demselben gesetzlichen Weg wie der Prinz Battenberg beseitigt wird.“

(Prinz Battenberg wurde bekanntlich durch eine Militär-Verurteilung gefangen genommen und nach Rußland geschleppt — das nennt der russische Beamte: „gesetzlicher Weg“).

Zum Reichstags-Prozess. Aus Kattowitz wird berichtet: Der Prozess gegen den „Gornoflazak“ dürfte noch weitere Kreise ziehen. Bekanntlich hat ein Teil der durch die Zeugnisaussagen angegriffenen Geistlichen Verichtigungen veröffentlicht, in denen sie gegen einzelne Zeugnisaussagen Verwahrung einlegten. Einige der beteiligten Zeugen haben aber nunmehr Verleumdungsklagen gegen die Geistlichen angestrengt.

Zur Frage der Arbeitskammern. In der badischen Abgeordnetenversammlung haben unsere Parteigenossen die Frage der Arbeitskammern wiederum aufgerollt. Dabei gab die Regierung die folgende Erklärung ab, nachdem sie auf die Reuerungen, die der Staatssekretär Graf v. Posadowsky im Januar und Februar d. J. über diese Angelegenheit machte, Bezug genommen hatte:

„Hiernach steht in Aussicht, daß die Schaffung von Arbeitervertretungen von den Organen der Reichsgewalt in die Hände genommen wird. Die großherzogliche Regierung ist bereit, im Bundesrathe dazu mitzuwirken, daß von Reichswegen Vorschriften erlassen werden, welche es den gewerblichen Arbeitern möglich machen, durch geordnete Vertretungen (Arbeits- oder Arbeiterkammern) ihre Wünsche und Anforderungen bezüglich der Interessen der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten zur Kenntnis der maßgebenden Behörden und Organe zu bringen. Bei dieser Sachlage hat die großherzogliche Regierung zur Zeit keinen Anlaß, über eine etwaige landesrechtliche Regelung des gleichen Gegenstandes Entscheidung zu treffen.“

Ein Brief Samuel Mahareros.

In einem Briefe des Missionars Brodmann aus Orlahandja, 20. Februar, den die Rheinische Missionsgesellschaft veröffentlicht, heißt es:

Gestern Abend kam uns ein Herero-Brief in die Hände, den Samuel Maharero am 11. Januar, also einen Tag vor Ausbruch der Feindseligkeiten, an seine Grobleute geschrieben hat. Aus demselben sieht man, wie sehr den Leuten darum zu thun war, daß auch uns Missionaren nichts von ihrem bösen Vorhaben bekannt wurde. Der Brief lautet in Uebersetzung wie folgt: Orlahandja, den 11. Januar 1904. An alle Grobleute meines Landes. Ich bin der Oberhäuptling der Herero, Sam. Maharero. Ich habe ein Gesetz erlassen und ein richtiges Wort und bestimme es für alle meine Leute, daß sie nicht ihre Hände legen an folgende: nämlich Missionare, Engländer, Bafarar, Bergdamara, Nama, Buren. An diese alle legen wir unsere Hände nicht. Thut diese Sache nicht. Ich habe einen Eid dazu gethan, daß diese Sache nicht offenbar werde, auch nicht den Missionaren. Genug. Ich bin der Häuptling Sam. Maharero, Orlahandja. Mit diesem Brief können wir allen bösen Verleumdungen, als hätten wir vorher um die Sache gewußt, entgegen treten.

Gouverneur Ventwein meldet aus Orlahandja, daß die Hauptabteilung am 7. April, nachmittags 4 Uhr den Vormarsch auf Ojofasa angetreten hat.

Zur Verichtigung des Reichstags-Abgeordneten Dr. Burckhardt. Herr Dr. Burckhardt hat uns bekanntlich eine Verichtigung zugesandt, in der er erklärt, daß die Preisprechung des von ihm wegen Verleumdung verurteilten Redakteurs vom „Herb. Tageblatt“ einzig und allein mit Rücksicht auf den § 193 des Strafgesetzbuchs erfolgt sei. Wir begnügen uns dieser Verichtigung gegenüber mit folgendem Auszug aus dem schriftlich ausgefertigten Urteil des Herborner Schöffengerichts:

„In dem fraglichen Artikel ist dem gegnerischen Kandidaten (Herrn Burckhardt) der Vorwurf gemacht, daß er über die Stellung des nationalliberalen Kandidaten bzw. Abgeordneten, Amtsgerichts-Rats Hofmann, zur Frage der italienischen Arbeiter eine falsche Meinung in den einheimischen Arbeitern erweckt und dadurch einen geradezu fanatischen Haß derselben gegen Hofmann erregt habe. Er, Burckhardt, habe zunächst die betr. Rede des Abgeordneten Hofmann (gehalten im Reichstag am 18. Januar 1902) überall bei seinen Agitationsreden und Parteiverfammlungen so besprochen und interpretiert, als sei Hofmann für die italienischen Arbeiter wegen deren angeblich besseren Leistungen eingetreten, er habe damit den wahren Sinn jener Äußerungen gerade in ihr Gegenteil verkehrt, da sie besagen sollten, daß gerade für die deutschen Arbeiter in erster Linie gesorgt werden müßte und nicht für die ausländischen, die vielmehr durch Verbilligung der Waaren und andre Mittel, die Konkurrenz mit den einheimischen Arbeitern zu verhalten bzw. zu beseitigen, zum Abzug veranlaßt werden müßten; die in diesem Zusammenhang von Hofmann gesprochene Äußerung, daß die Italiener wegen ihrer besonderen Tüchtigkeit zu

„Prinz Koburg hat durch Verletzung, Schandensüchtigkeit und Gewalt von der Regierung des Fürstentums Besitz ergriffen und folglich muß dies Verbrechen nicht durch eine einfache Verjagung aus Bulgarien geführt, sondern einem Volksgericht zu strenger Strafe übergeben werden.“

Nun folgen Verhandlungen mit den Versuchsobern, wie dies „Volksgericht“ zu gestalten sei, und am 17. Dezember 1889 kann der russische Gesandte Sitrowo den ihm durch den Organisator der Verschönerung, den extra nach Bulgarien entsandten russischen Lieutenanten Sablosow, übergebenen „Beschluss des Militär-Revolutionärs-Komitees in Sofia“ nach Petersburg melden. Punkt 3 dieses Beschlusses heißt nach dieser Depeche:

3. Den Prinzen Koburg als Hauptschuldigen ... mit dem Tode zu bestrafen, zu welchem Zwecke er einem Gericht aus Volksvertretern zu übergeben ist, welches von dem Militärkomitee zu ernennen ist.“

Wir branden hierzu keine Kommentare zu liefern — der Wortlaut dieser Vorpläne, die von der russischen Regierung ja nicht bloß gebilligt, sondern direkt provoziert werden, spricht zu deutlich. Am 19. Januar 1900 teilt der kaiserliche Gesandte in Bukarest frohlockend mit, daß Major Panika an den Lieutenant Sablosow meldet: „Prinz Koburg, das Ministerium und die Polizeibehörden sind in unseren Händen.“ Und Herr Sitrowo fügt hinzu:

„Wollen Sie die kaiserliche Regierung um schnelle Ernennung eines kaiserlichen Kommissars und seine Abreise nach Belgrad erlauben. Jeder Aufschub ist für die Sache außerst gefährlich.“

Aber am 21. Januar muß Sitrowo nach Petersburg telegraphieren, daß in der Nacht vorher der „Major Panika“ und andre Teilnehmer an dem Anschlag gegen den Prinzen Koburg“ in Sofia verhaftet worden sind. Auch Lieutenant Sablosow wurde verhaftet, die Teilnahme der russischen Regierung an dieser Verschönerung wird offen gelegt. Am 17. Juni 1890 wird Major Panika vor der gesamten Garnison in Sofia erschossen, der zu neun Jahren Gefängnis verurteilte Lieutenant Sablosow aber im August nach Rußland ausgeliefert.

Die russische Regierung hat bis heute die Ermordung des Coburgers nicht erreicht.

Aber — fragen wir — ist jemals eine Regierung so schamlos gewesen bei der Inzenerierung von politischen Verschönerungen und bei Anstiftung zum Fürstenmord, wie hier in diesen amtlichen Depechen die russische Regierung sich gibt?

Ist da noch ein qualitativer Unterschied gegenüber den serbischen Königsmördern?

Hat man aber je gehört, daß die Großmächte ihre diplomatischen Beziehungen zu der von Herrn Giers und Alexander III. repräsentierten Regierung infolge des Bekanntwerdens der russischen Vorpläne abgebrochen haben?

Im Gegenteil — wir erleben, daß andre Regierungen der russischen Regierung bei der Verfolgung ihr nicht genehmer Politiker vorbehaltlos Glauben schenken und Hilfe leisten!

Erarbeiten vielfach beborzugt würden, habe also gerade die Notwendigkeit besonderen Schutzes gegen dieselben für die einheimischen Arbeiter betonen wollen. Statt dessen behauptete das von dem Privatkläger verfaßte „Christlich-Soziale Handbuch für Jedermann“: Hofmann tritt für die italienischen Arbeiter ein, die unsere deutschen Arbeiter in ihrem Erwerb schädigen. Das mögen sich die Arbeiter merken“, und als dem Privatkläger nun von gegnerischer, nationaler Seite, dies vorgehalten worden sei, habe er die von ihm herbeigeholten unwahren Behauptungen dadurch von sich abzuwälzen gesucht, daß er sich auf seinen Parteigenossen v. Derken berufen, der jenen Satz im Wahlbroschüre aus der Hofmannschen Rede ausgegraben und ihm zugelegt habe. Aber auch dann, als ihm die Unwahrheit seiner — die Hofmannsche Rede betreffenden — Behauptungen — bekannt sein mußte, habe er nichts gethan, um die Sache aufzuklären, so daß ihm der Vorwurf gemacht werden müsse und auch gemacht worden sei, er habe wissentlich unwahre Behauptungen verbreitet, um die Arbeiter gegen den bisherigen Abgeordneten aufzuheben. Nach dem Ergebnis der heutigen Beweisaufnahme ist nun allerdings so viel als erwiesen zu erachten, daß der Privatkläger jene Äußerungen in der Reichstags-Rede vom 18. Januar 1902 zu Angriffen gegen seinen Parteigegner bewußt und zwar sorgfältig benutzt und ausgebeutet und jenem hierdurch ganz außerordentlich geschadet hat, in dem Maße, daß sofort der Ruf „Italiener“ ertönte, wenn nur die Parteigenossen des Abgeordneten Hofmann von dessen Wohlwollen für die Arbeiterchaft etwas sagten.

Dieses Verfahren des Privatklägers als nicht aufrichtig zu kennzeichnen, muß als ein gutes Recht des Gegners erachtet werden, und da der fragliche Artikel in Nr. 155 des „Herborner Tageblatts“ ohne erkennbar nach Form oder Inhalt auf das Vorhandensein einer Verleumdung hinweisende Umstände diesen Sachverhalt hervorhebt, so steht dem Angeklagten hierfür der Schutz des § 193 St.-G.-B. zur Seite. Es wird also hier die objektiv in dem Vorwurf der absichtlichen Entstellung der Hofmannschen Rede zu unlauteren Zwecken liegende Verleumdung hinsichtlich der Vertretung eines berechtigten — politischen — Interesses seitens des Angeklagten.“

Ausland.

Schweiz.

Ein Anarchistengesetz.

Der Schweizer Ständerat hat einstimmig ein Gesetz angenommen, durch welches die Verherrlichung von Verbrechen der anarchistischen Propaganda mit Gefängnis bestraft wird.

Es bleibt einstweilen abzuwarten, ob dies Gesetz, das nur eine Konzession an drängende Nachbarn darstellt, auch die Billigung des Nationalrates finden wird.

Vom Standpunkt der Demokratie und Vernunft aus ist jede Unterdrückung der Pressefreiheit verwerflich. Gerade die absurden Auswüchse der Pressefreiheit können nur dadurch paralytisch werden, daß man ihnen durch vernünftige Argumente entgegentritt, daß man durch soziale Reformen, durch Uebung der Volksbildung, durch demokratische Institutionen jedem denkbaren Menschen die Neigung zu Gewaltthatigkeiten beseitigt. Durch Unterdrückungs- und Polizeimaßregeln verleiht man terroristischen Bestrebungen nur einen Rimbamb, schafft man Märtyrer, die der verfolgten Sache nur nützen, statt sie dem Fluche der Lächerlichkeit preiszugeben, der sicherer tödtet, als alle Polizeimaßregeln.

Hinzu kommt, daß ein Gesetz wie das vom Ständerat angenommene zu mißbräuchlicher Anwendung geradezu verlockt. Dem was heißt „anarchistische Propaganda“, was versteht man unter „Verherrlichung von Verbrechen“? Ist die politische und psychologische Erklärung von Notwehrakten gegen Regierungssysteme, die eine gesetzliche Bethätigung des Volkes nicht dulden, bereits eine „Verherrlichung“? Will nicht eine gerechte Beurteilung der Motive solch eines Attentäters vielleicht auch schon als „Verherrlichung“? Wir hoffen deshalb, daß der Nationalrat gesundem demokratischem Empfinden genug besessen wird, dieses Gefälligkeitsgesetz gegenüber rückständigen, antidemokratischen Nachbarn abzulehnen. Die Schweiz selbst braucht den Anarchismus nicht zu fürchten. Die sich bedrohlich fühlenden fremden Mächte aber mögen sich durch innere Reformen gegen die „Propaganda der That“ sichern.

Frankreich.

Ueber das französisch-englische Abkommen

werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Von den Schriftstücken wird nur der Neufundland und Westafrika betreffende Vertrag die Unterschriften von Lord Lansdowne und dem französischen Votschafter Cambon tragen. Außer den Grenzberichtigungen an der westafrikanischen Küste findet seitens Englands die Abtretung der an der Küste von Französisch-Guinea gelegenen Los-Inseln und des Gebietes von Sineid an Frankreich statt. In der Vereinbarung betreffs Marokkos erklärt England, daß es sich seines Einflusses in Marokko begeben. Dafür verpflichtet sich Frankreich, weder Tanger noch die Gibraltarküste gegenüberliegenden Küstenstriche zu besetzen. Ferner gestattet Frankreich der ägyptischen Regierung, den 250 Millionen betragenden Ueberschuß der Schuld zu verwenden. Von politischen Zuständigkeiten bezüglich Ägyptens sei während der ganzen Verhandlungen überhaupt nicht die Rede gewesen.

Bezüglich Siam werden die Verpflichtungen Frankreichs und Englands nur etwas genauer bestimmt. Die Note betreffend die Neuen Hebriden bezweckt lediglich eine Revision der dortigen französisch und englischen Gerichtsbarkeit.

Die Marine-Untersuchungskommission ist nunmehr vom Ministerpräsidenten Combes in Evidenznehmen mit dem Marineminister Pelletan zusammengestellt worden. Derselben gehören u. a. die Deputierten Doumer, Godron, Lanessan und Chaumet an, welche letzterer Pelletan sehr scharf angegriffen hat. Die Osmänner der fünf ministeriellen Kammergruppen, darunter Jaurès, ferner der Senator Clémenceau sowie eine Anzahl hoher Beamter der Marineverwaltung, des Staatsrates und des Rechnungshofes gehören der Kommission ebenfalls an.

Die Liste umfaßt im ganzen 63 Mitglieder, und zwar 32 Deputierte, 18 Senatoren und 13 höhere Offiziere und Civilbeamte.

Italien.

Die Villa des Herrn Rasi.

Der „Römischen Zeitung“ wird aus Rom geschrieben: Das in Palermo erscheinende sozialistische Blatt „La Battaglia“ entwickelt nach eignen Nachforschungen folgendes Bild von den erfolgreichen Bemühungen des Abgeordneten und ehemaligen Unterrichtsministers Rasi, sein Heim in Tropani auf Sizilien nett und — möglichst kostlos einzurichten: das Besitztum des Herrn Rasi liegt auf einer Landzunge, die ins Meer vorragt, und besteht aus einer Villa mit Garten und anstoßender großer Fischerei. Die Fischereigerichte erlangte er im Oktober 1898 durch das Marineministerium, als er Minister für Post und Telegraphie war. Sie umfaßt 120 000 Quadratmeter, gilt für Fischzucht und verwandte Gewerbe, hat eine zeitliche Dauer von 99 Jahren und kostet dem Berechtigten eine jährliche Abgabe von 120 Lire. Im Juni 1902, als Rasi Unterrichtsminister war, tauschte er einen Teil der gemieteten Wasserfläche gegen eine andre geeignete um. Vier Jahre zahlte Rasi trotz wiederholter Mahnungen die schuldige Pacht nicht; erst im Januar, als sich der Sturm bereits gegen ihn erhob, holte er das Veräumte nach. In seiner Pachtzone trieb

den Gang von Zugvögeln und Hummern das ganze Jahr hindurch — ohne Rücksicht auf die geeignete Schonzeit und ohne daß ihn jemand daran gehindert hätte. Zum Schutze gegen den Wellenschlag der Westwinde veranlaßte er als Unterrichtsminister den Bau eines Damms von seinem Eigentum nach einer demnachst besetzten Felsklippe auf Staatskosten für 16 000 Lire, unter dem Vorwande, daß der Bau für den Hafen des Ortes notwendig sei. Dem möglichen Einspruch der Fischer, die einer bequemen Durchfahrt beraubt wurden, begegnete er durch Sammlung von etwa 100 Einwilligungsunterschriften. Die Villa heute fast kostenlos für ihn ein Unternehmern, der alle städtischen und staatlichen Ausschreibungen zugesprochen bekam und reich dabei wurde, und der nachher durch Kasis Vermittlung den Orden der Ritter der Arbeit erhielt. Die Innenmalereien führten mehrere Professoren kostenlos aus, die dafür durch Verbesserung ihrer Stellung, durch Verleihung von Lehramt, durch Titel usw. entschädigt wurden. Die elektrische Beleuchtungsanlage stellte ein Ingenieur für 5000 Lire aus seiner Tasche her gegen Ueberweisung einer Lehrstühle an der höheren Handelsschule zu Trapani. Die Möbel sind größtenteils Geschenke von Kasis Verehrern oder Leuten, die ihm Vergünstigungen verbanden oder solche von ihm erhofften. Die prächtige Bilderei stammt von einem Manne, der wegen Tötung des Gegners im Duell zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war und durch Kasi seine Begnadigung erlangte. Den Garten der Villa schmückten Pflanzen aus dem Stadtpark; städtische Arbeiter haben sie unter Aufsicht eines Forstbeamten gesetzt. Die 200 Meter lange, schmale und verkommene Straße, die zur Villa führt, wurde für 8000 Lire verbreitert und wiederhergestellt — aus dem Stadtsäckel. Ebenso trug die Stadt die Kosten der Anlage der Wasserleitung, und außerdem zahlte der Minister nicht einmal für den Wasserverbrauch. Man sieht, Herr Kasi war in Trapani allgewaltig, und so lange er am Ruder war, nahm man ihm das nicht einmal übel. Kosteten seine noblen Passionen auch ein hübsches Stück Geld, so sorgte er doch auch andererseits dafür, daß das Geld durch andre Kanäle wieder reichlich zurückfloß. Allein aus den Unterstützungsfonds kamen während seiner Ministerchaft rund 9000 Lire an allerlei Vereine, die persönlichen Bevorzugungen von Landsleuten nicht gerechnet. Ob die Darstellung des sozialistischen Blattes in allen Punkten richtig ist, wird wohl die über Kasis Verwaltung verhängte parlamentarische Untersuchung ergeben, deren Bericht im Mai fällig ist.

Was die italienische Regierung für ihre Gefängnisse ausgiebt.

Rom, 6. April. (Fig. Ver.)

Einem Megat des Budgets des Ministers des Innern zufolge giebt die italienische Regierung im ganzen 28 870 000 Lire im Jahre für das Gefängniswesen aus. Die Summe wird — nach dem Vorschlag für 1904 — wie folgt verteilt:

Leitungs-, Verwaltungs- und Aufsichtspersonal	7 807 000
Unterhalt der Gefangenen, Brennmaterial u. Eßgeräthe	13 177 000
Kleidung und Reinigung der Wäsche	1 000 000
Transport der Gefangenen	1 848 000
Miete für die Anstalten und Unterhaltung der Bauhilfen	1 428 000
Kochmaterial und andre Anschaffungen für die Gefängniswerkstätten	8 958 000
Zwangsdomicil	654 000

An Gefangenen und Gefängnispersonal zählt nun Italien 70 000 Menschen. Es kommen also auf jeden Kopf 411 Lire. Zu Verpflegung kommen aber auf den Gefangenen etwa 200 Lire jährlich, wobei noch zu bedenken ist, daß die Submissionslieferanten mindestens ebenso viel abganzern, wie durch die Beschaffung und Herrichtung im großen gespart wird. Das bedeutet, daß man in den italienischen Gefängnissen hungert. Der Staat giebt 28 Millionen aus — ungerechnet die Zinsen und die Amortisation des Anlagekapitals für die Bauhilfen — um 70 000 Personen langsam an Leib und Seele zu Grunde zu richten.

Spanien.

Kein Attentat auf den König.

Daß es sich bei der Bombenexplosion in Barcelona um kein anarchistisches Attentat gegen den König, überhaupt um kein ernsthaftes Attentat handelte, wird heute bereits zugestanden.

Dem „Liberal“ zufolge brach in dem Augenblick, wo die Petarde in Barcelona explodierte, eine Panik aus unter den Leuten, die auf der Rambla del Centro waren und die nach allen Seiten flohen. Das Haus, in dessen Thorweg die Petarde gelegt war, erlitt keine bedeutenden Zerstörungen; einige Eisenstücke und einige Reste (1) von Bleikugeln wurden im Innern vorgefunden. Die Fenster der benachbarten Häuser zersprangen und eine Mauer erhielt einen Riß; drei Personen wurden verletzt. Der Urheber des Anschlags ist unbekannt. Die Polizei sucht nach zwei Individuen, die in der Rambla del Centro bemerkt wurden und die schnell im Moment der Explosion verschwanden. Man kennt weder ihre Namen noch ihren Aufenthalt.

Der „Agence Havas“ wird gemeldet, daß die Petarde um 9 Uhr abends in der Rambla del Centro platzte. Sie war vor das Portal des Hauses Nr. 19 gelegt und richtete nur im Innern dieses Hauses Schaden an. Der Vorfall hat keine Bedeutung; um ein Attentat handelte es sich nicht. Die Person, welche die Petarde gelegt hat, hat den Zweck verfolgt, Unruhe hervorzurufen. Wichtig ist indessen, daß zwei Personen leicht verletzt wurden und eine Person verhaftet worden ist.

Der „Correspondencia de Espana“ zufolge war die Petarde mit einer Dynamit entfaltenden Mähre versehen.

Es hat sich also entweder um den großen Anflug eines tödlichen Wurfs oder, was viel wahrscheinlicher, um eine Polizeidemonstration gehandelt, die bezweckte, einen Anarchistenstreik zu erregen, um die Polizei wieder einmal als die Heterin der Ordnung“ erscheinen lassen zu können.

Den herrschenden Klassen, speziell den kapitalistischen Ausbeutern und den Pfaffen ist die Niederbittlung der Proletarier ja viel angenehmer, als eine ruhige aber kostvolle Arbeiterbewegung, die den Unternehmern Zugeständnisse abringt und durch zielbewusste Aufklärung der Herrschaft der Pfaffen erschüttert.

Affien.

Der erste japanische Handelsvertrag.

auf den Japan sich einließ, wurde vor nunmehr fünfzig Jahren zwischen ihm und Amerika abgeschlossen. Damit war das Land den Ausländern geöffnet, während vorher nur ein holländisches und zwei holländische Schiffe nach Nagasaki kommen durften. Ueber die Steigerung des japanischen Handels geben folgende Vergleichszahlen Aufschluß:

Im Jahre 1868 betrug die Einfuhr Japans ungefähr 83 Millionen Mark, die Ausfuhr ca. 22 Millionen; dagegen belief sich 1903 Japans Einfuhr auf mehr als 500 Millionen Mark, die Ausfuhr sogar auf beinahe 600 Millionen. In dem 35jährigen Zeitraum von 1868 bis 1904 hat sich der japanische Handel also um das Zwanzigfache vergrößert. Die wichtigsten Einfuhrartikel sind: Eisen, Papier, Petroleum, Zucker, die wichtigsten Ausfuhrartikel Japans: Baumwollstoffe, Kamper, Kohle, Seidenwaren.

Amerika.

Nach der amtlichen Volkszählung betrug im Jahre 1903 die Bevölkerung der Vereinigten Staaten mit Ausnahme Alaskas und der Inseln, 79 000 000 Seelen, was eine Zunahme um 3 066 000 seit 1900 bedeutet. Die Einwohnerzahl belief sich in New York auf 3 716 000, in Chicago auf 1 874 000, in Philadelphia auf 1 868 000, in St. Louis auf 600 000.

Der Krieg in Ostasien.

Port Arthur, 7. April. (Wiedlung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Im Maon ist alles ruhig. Die Einwohner der Stadt bereiten sich zur Osterfeier vor. In den finsternen mondlosen Nächten wird ein Angriff des Feindes erwartet, der sich in den benachbarten Gewässern gezeigt hat.

Zur Verhütung von Epidemien.

die im Frühjahr in der Prandshurei auszubrechen drohen, werden nach einer „Lassan“-Meldung bereits Vorkehrungen getroffen. Der Militärgouverneur von Sibirien veröffentlichte einen Befehl des Generals Kuropatkin an die Truppen, die gesundheitsheiligen Vorschriften streng zu beobachten, besonders in den Gebieten hinter Jrsul, da andern Falles die ganze Eisenbahn eine Brutstätte der Ansteckung sein würde. Die Truppen werden in dem Armeebefehl weiter angewiesen, den Eisenbahnbeamten und den Ärzten Gehorsam zu leisten.

Dazu berichtet der Korrespondent der „Koswosti“ unter dem 20. März n. St. aus Chabin: Den russischen Truppen drohen in naher Zukunft ernste Gefahren. Die Brunnen in Chabin sind nicht tief und liegen dicht bei den Abzugsleitungen, die nicht zementiert sind. Es müssen sofort Desinfizierungs-mittel geschickt werden.

2000 Kofaten abgeknitten?

Aus Soul meldet der Sonderkorrespondent des „Daily Telegraph“, daß es 2000 Kofaten und andern berittenen russischen Truppen unmöglich sein dürfte, der Gefangenennahme durch die Japaner zu entgehen. Weiter stehen keine russischen Truppen mehr in Korea. Die Russen schlagen bei Kofan eine Brücke über den Jalu.

Parteitag der ungarländischen Socialdemokratie.

In Budapest fand am 3., 4. und 5. April ein Kongreß der Parteigenossen Ungarns statt, der von nicht weniger als 651 Delegierten besucht war. Der Bericht der Parteileitung, von Jakob Weltner erstattet, stellt eine starke Vermehrung der organisierten Arbeiter fest, obwohl die Verfolgungen durch die Behörden noch nie so brutal waren wie jetzt.

In der Debatte wurde die Taktik der Parteileitung in dem Kampfe um allgemeine Wahlrecht bemängelt. Ein Redner tabelte, daß die Parteileitung in diesem Kampfe mit der Unabhängigkeitspartei in Fühlung getreten sei. Der Bericht wurde schließlich gegen die 13 serbischen Stimmen genehmigt.

Am zweiten Verhandlungstage wurde über die Presse verhandelt. Das Referat erstattete Szaramai. Nach einer mehrstündigen lebhaften Debatte wurde beschlossen, daß die in der Provinz erscheinenden Parteiblätter in Bezug auf ihren redaktionellen und auch den Inseratenteil unter die strengste Kontrolle der Central-Parteileitung zu stellen sind. Ferner wird die Parteileitung angewiesen, die jetzt einmal wöchentlich erscheinende „Nepzava“ in allerzünftigster Zeit in ein Tagesblatt umzugehellen. Die auf dem Parteitag anwesenden Genossen übernehmen die Pflicht, bis 1. Oktober d. J. für eine Abonnentenzahl von 25 000 zu sorgen. Die Parteileitung wird schließlich beauftragt, das bisher einmal wöchentlich erscheinende deutsche Parteiorgan „Die Volkstimme“ in kürzester Zeit zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde über den Ausbau der Partei-Organisation referiert. Als der Referent Kardos das Verhalten der Regierung in scharfen Worten kritisierte, wurde er von dem anwesenden Regierungsvertreter Toth unterbrochen. Die Kongreßteilnehmer protestierten gegen diese Einschränkung der Redefreiheit durch stürmische Zurufe, und dem Vorsitzenden gelang es nur schwer, die Ruhe wieder herzustellen.

Die Wahl der Parteileitung, die am zweiten Verhandlungstage vorgenommen wurde, und gleichfalls Anlaß zu heftigen Debatten gab, hatte folgendes Resultat: D. Bolanyi, Vuchinger, A. Szamadia, Dr. A. Goldner, Daranyi, M. Grohmann, Garbasi, J. Kardos, Alardi, Malafajsi, J. Weltner. In die Kontrollkommission wurden gewählt: Fogosi, Kowals, Balvi, Sziller und Blahny.

Zur Organisationsfrage wurde die Parteileitung beauftragt, das ganze Statut zu ändern und dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen. Nach Verhandlungen über die Organisation der Feldarbeiter wurde über Gemeindepolitik verhandelt und beschlossen, daß die Parteileitung dem nächsten Parteitag ein Gemeindeprogramm vorlegen soll.

Dann wurde eine Resolution angenommen, die das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung fordert.

Nach dem Referat des Delegierten Kardos über die Rationalitäten und die socialdemokratische Partei wurde eine vom Referenten beantragte Resolution gefaßt, in welcher der Parteitag erklärt, daß er, auf dem Boden des Parteiprogramms stehend, die volle Gleichberechtigung aller im Lande lebenden Nationen fordert, weil er ohne Rücksicht auf deren Nation und Sprache zwischen Mensch und Mensch einen Unterschied nicht anerkennt.

Bei dem folgenden Referat des Delegierten Dr. Goldner kam es zu einem Zwischenfall, der eine Unterbrechung der Beratungen herbeiführte. Als der Referent das Vorgehen der ungarischen Regierung gegenüber den Partei-Angehörigen ein Verbrechen nannte, erhob Stadthauptmann Toth Einspruch gegen diese Bemerkung und drohte mit der Auflösung des Parteitages. Das gleiche geschah auch, als in der Debatte Weltner das Verbot der Geldsammlungen scharf kritisierte und die Delegierten entgegen der Ministerialverordnung aufforderte, auch weiterhin Geldsammlungen für Parteizwecke vorzunehmen.

Dem Vorsitzenden des Kongresses gelang es nur mit großer Mühe, sowohl auf die aufs höchste erregte Versammlung als auch auf den Stadthauptmann Toth beruhigend einzuwirken.

Auf Antrag des Referenten Weltner wurde ferner beschlossen, zu dem am 14. bis 20. August d. J. stattfindenden internationalen Socialistenkongreß in Amsterdam einen Delegierten zu entsenden.

Der Antrag Felzeder-Budapest, dem nächsten Kongreß den Entwurf eines Agrarprogramms vorzulegen, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde die Parteileitung angewiesen, gegen den Alkoholismus einen energischen Kampf zu führen. Ein weiterer Antrag, an Stelle der angefallenen Genossen bei der Partei Genossen anzustellen, wurde mit überwiegender Majorität abgelehnt.

Damit fanden die Beratungen ihren Abschluß.

Hus Industrie und Handel.

Zehnen-Prozente. Ließt man die Geschäftsberichte der großen Kohlenbergbau-Gesellschaften durch, so stößt man fast regelmäßig an hervorragender Stelle auf den Satz, daß der Abzug wie die Preise manches zu wünschen übrig lassen — hinterher aber findet man, daß der Geschäftsgewinn sich wiederum recht ansehnlich vermehrt hat, so daß trotz enorm hoher Abschreibungen und Rückstellungen beträchtliche Dividenden herauspringen.

Zu dieser Art der Geschäftsberichte gehört auch der soeben erscheinende Bericht der „Concordia“ in Oberhausen. Zu Anfang der Ausführungen wird erklärt, daß das im Jahre 1900 verloren gegangene Gleichmaß zwischen Leistungsfähigkeit und Absatz bei den Zechen des Bezirks in verflochtenen Jahren immer noch nicht wieder gewonnen werden konnte, daß vielmehr auch in diesem Zeitabschnitt der Kohlenbergbau mit einer erheblichen Einschränkung rechnen mußte. Die spätere Abrechnung weist aber recht günstige Ergebnisse auf. Der Reingewinn stellt sich nämlich nach 650 624 M. (494 059 M.) Abschreibungen einschließlich 484 738 M. (wie i. V.) Vortrag auf 1 689 039 M. (wie i. V.), woraus wieder 1 440 000 M. als 18 Proz. Dividende verteilt werden sollen, so daß nach Abzug von 84 301 M. (wie i. V.) für Gewinnanteile 464 738 M. unverändert auf neue Rechnung vorggetragen werden. Die Gesamtsumme der Abschreibungen ist so bemessen, daß derselbe Reingewinn verbleibt. Die Anlagen stehen nach Abzug der Abschreibungen mit

11 512 683 M. (9 645 006 M.) zu Buch. An Wertpapieren werden 2 870 682 M. (2 888 682 M.), an Bargeld 54 936 M. (57 425 M.), an Kassenbestand 1 800 200 M. (3 571 858 M.) und an Vorräten 44 414 M. (7422 M.) ausgewiesen. Bei 8 000 000 M. Aktienkapital, einer Anleihe von 328 000 M. (378 000 M.) und einer Steinpattanleihe von 712 000 M. (776 000 M.) entfällt die Rücklage 2 538 002 M. (w. i. V.), die Sonderrücklage 650 000 M. (w. i. V.), der Sicherungsbestand 46 818 M. (46 066 M.).

Erwähnenswert ist noch, daß wie bei einer Reihe anderer Gesellschaften so auch bei der Concordia die Produktionskosten sich etwas verringert haben; sie sind nach dem Geschäftsbericht von 7,48 auf 7,22 M. pro Tonne zurückgegangen.

Die Zechenankäufe im Ruhrrevier nehmen ihren Fortgang. Wie bereits berichtet wurde, schwebten in letzter Zeit auch zwischen der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia und der Bergbau-Aktiengesellschaft Alftaden Verhandlungen über einen Ankauf der Zechen Alftaden durch die Hibernia. Jetzt ist, wie die Verwaltung der Hibernia anündigt, zwischen den Aufsichtsräten beider Gesellschaften eine Verständigung dahin zu Stande gekommen, daß vorbehaltlich der Genehmigung der beiderseitigen Generalversammlungen eine Fusion von Alftaden mit Hibernia zur Durchführung gelangen soll. Die Generalversammlung von Alftaden ist für Sonnabend, den 30. April d. J., diejenige von Hibernia für Montag, den 2. Mai d. J., in Aussicht genommen.

Die Fusion der beiden Gesellschaften wird die Beteiligungsziffer von Hibernia um 350 000 Tonnen vermehren. Die Rußbarmachung dieser Beteiligungsziffer für Hibernia ist, wie es in der Meldung heißt, derart gebacht, daß diejenigen Betriebe von Alftaden, welche einen lohnenden Abbau sichern und eine gut verlässliche Rohle liefern, aufrechterhalten werden, der entstehende Ausfall an Produktion aber den sehr entwicklungsfähigen Zechen der Hibernia, welche zum Teil unter den sich beim Reuabschluß des Syndikatsvertrages ergebenden Kontingenzverhältnissen in ihrer Entwicklung zurückgehalten sind, zugewiesen wird.

Diese Versicherung hat recht wenig Wert; sie ist jedenfalls nur in Rücksicht auf die zur Zeit im Ruhrkohlenrevier herrschende Erregung abgefaßt. Es ist ganz selbstverständlich, daß nicht der ganze Betrieb von Alftaden ohne weiteres stillgelegt werden kann, sondern die Einstellung der Förderung nach und nach erfolgt. Ob aber auch dann, wenn später die heute bestehenden Hindernisse beseitigt sind, der Betrieb aufrecht erhalten bleibt, möchten wir bezweifeln.

Verfammlungen.

Centralverband der Töpfer. In einer Vertrauensmänner-Sitzung, die am 6. April im Gewerkschaftshause tagte und in der 73 Bauten vertreten waren, kamen bei einer Besprechung über „die Notwendigkeit des Vertrauensmänner-Systems“ verschiedene Mißstände, die auf Neubauten vorherrschten, und namentlich auf Lauheit und Leichtfertigkeit der Kollegen zurückzuführen sind, zur Sprache. Es wurde festgestellt, daß in vereinzelten Fällen ganz klare Positionen des geltenden Tarifes nicht von den Kollegen beachtet und folgebessenen von den Arbeitgebern auch nicht bezahlt würden. Zurückzuführen ist dieser Mißstand hauptsächlich auf die oftmals beliebte Methode der arbeitenden Kollegen, zum Bau-Vertrauensmann gerade den unpassendsten Kollegen zu bestimmen, der weder die nötige Ruhe und Energie dem Arbeitgeber gegenüber, noch die unbedingt notwendigen Kenntnisse in Tarifachen und den örtlichen Verhältnissen besitzt. Dadurch kommt es, daß Vergehen gegen den Tarif oftmals gar nicht oder erst dann bemerkt werden, wenn ein mit allem vertrauter Kollege auf dem betreffenden Bau anfängt. Anderswärts werden die Vertreter der Organisation wegen ganz selbstverständlicher und untergeordneter Dinge, die thatsächlich durch die Vertrauensmänner geregelt werden könnten, nach Bauten gerufen. Aus diesem Grunde wird der angestellte Bautenkontrolleur seiner eigentlichen Aufgabe: möglichst sämtliche Bauten unangefordert zu kontrollieren, entzogen, woraus wiederum die ärgsten Mißstände Platz greifen dadurch, daß man es gar nicht einmal für nötig hält, einen Vertrauensmann zu ernennen. Dieses trifft sehr häufig bei größeren Firmen zu, wo die Kollegen ständig beschäftigt sind und es trotzdem vernachlässigen, ihre Verpflichtungen der Organisation gegenüber, sei es auch nur im Beitragszahnen, zu erfüllen. Um diesem abzuwehren, beschloß die Versammlung, daß in jeder Vertrauensmänner-Versammlung eine Präsenzliste aufgenommen wird, und alle die Bauten, die nicht vertreten sind, öffentlich bekannt gegeben werden. Weiter sollen die Arbeitsvermittler, wenn Kollegen mit größeren rückständigen Beiträgen sich einschreiben lassen, die Bauten, wo selbige in Arbeit gestanden, feststellen und ebenfalls veröffentlichen. — Im weiteren sprachen sich alle Redner dahin aus, daß es Ehrenpflicht der Alzenten, mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Kollegen sei, die Posten als Vertrauensmänner anzunehmen. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die am 6. April im Gewerkschaftshause tagende Vertrauensmänner-Versammlung der Töpfer Berlins erkennt das Bau-Vertrauensmänner-System zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Kollegen sowie zur Förderung und zum Ausbau unserer Organisation als unbedingt notwendig an, und verpflichtet sich die Anwesenden, auf allen Bauten für eine korrekte Durchführung Sorge tragen zu wollen.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß jetzt, bei beginnender Saison, die Thätigkeit der Vertrauensmänner durch das Festsetzen der Preise für sogenanntes Weichener Vereinbarungsarbeiten sehr in Anspruch genommen werden wird, da durch die bisherigen Verhandlungen der beiderseitigen Lohnkommissionen ein fester Tarif, wie bei Abschluß des geltenden Tarifs, für Weichener Ware vereinbart, nicht geschaffen werden konnte, weil die Arbeitgeber ganz bedeutende Abzüge an den bisher gezahlten Preisen vorgenommen wissen wollten. Die Vertreter der Arbeiter dürften selbstverständlich darauf nicht eingehen und bleibt so das alte Verhältnis weiter bestehen, nach welchem das Festsetzen der Preise für Weichener Arbeit der gegenseitigen Vereinbarung auf den einzelnen Bauten unterliegt. Um nun Vereinbarung und planloses Handeln zu vermeiden und möglichst einheitliche Preise zu erzielen, sind die Vertrauensmänner, wenn eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht zu erzielen ist, verpflichtet, die im Bureau ausliegende Preisliste einzusehen und ist diese bei Differenzen als maßgebend anzuerkennen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das englisch-französische Kolonialabkommen.

Paris, 8. April. (W. T. V.) Der „Temps“ veröffentlicht einen längeren Auszug aus dem heute in London unterzeichneten französisch-englischen Abkommen. Außer den bereits bekannten Punkten ist demselben noch folgendes zu entnehmen. In Ägypten und Marokko erfährt der politische Zustand keinerlei Aenderung; Frankreich wird die Aktion Englands in Ägypten nicht behindern. England räumt dagegen Frankreich das Recht ein, über die Ruhe Marokkos zu wachen und der marokkanischen Regierung den etwa erforderlichen Beistand zur Umgestaltung der Staatsverwaltung, der Finanzen und Armee zu leisten. England tritt dem Uebereinkommen von 1888 betreffend die Neutralität des Suezkanals bei. Die ägyptische Schuldenslaste bleibt erhalten. Frankreich giebt seine Einwilligung dazu, daß die durch Konvertierung der ägyptischen Schuld seit vierzehn Jahren erzielten Ersparnisse, 140 Millionen, der ägyptischen Regierung zur Verfügung gestellt werden. Ohne Zustimmung der übrigen Mächte kann an dieser neuen Organisation nichts geändert werden. England wird in Ägypten und Frankreich in Marokko darüber wachen, daß große öffentliche Unternehmungen in den Händen des Staates bleiben. In Marokko wird die territoriale Unverletzlichkeit und der Regierungstatus quo von England und Frankreich verbürgt. Betreffs Madagaskar giebt England seinen Einspruch gegen den dortigen französischen Zolltarif auf. Beide Mächte versprechen sich gegenseitig Beistand zur Durchführung des Abkommens.

Auch ein Schlusswort in Sachen Tempo und Taktik.

H. S. hat sein Schlusswort über „Tempo und Taktik“ mit neuen Ausfüllungen wider den Unterzeichneten versehen. Dies nötigt mich, sehr gegen meinen Wunsch, noch einmal in dieser Sache das Wort zu nehmen.

Handhabe zu seinen Ausfüllungen bietet H. S. der Umstand, daß mir in der Zitierung eines meiner Artikel über die Kolonialfrage eine Verwechslung in der Monatsangabe bezüglich eines Artikels aus dem Jahre 1900 unterlaufen ist. Ich schrieb Mai, wo es September heißen mußte.

H. S. sucht den Eindruck zu erwecken, daß der von mir im Mai 1900 in den „Socialistischen Monatsheften“ veröffentlichte Artikel eine andre Auffassung hinsichtlich der Kolonialfrage vertritt, wie ein im September des gleichen Jahres ebendasselbe von mir veröffentlichter Artikel.

Obwohl nun, wie das Beispiel der jüngsten Debatte über die Lehre von der Zuspitzung der Gegensätze zeigt, es keineswegs ohne Beispiel dasteht, daß jemand seine Auffassungen innerhalb weniger Monate gründlich revidiert, muß ich doch auf das Entschiedenste bestreiten, daß zwischen meinen erwähnten Auffassungen irgend welcher Gegensatz in der Beurteilung der Kolonialfrage und was damit zusammenhängt besteht. Sie gehören organisch zu einander, und ich kann nur wiederholen, daß ich H. S. gern die schon früher erteilte Erlaubnis gebe, sie zusammen in Broschürenform zu veröffentlichen. Auf einen etwaigen finanziellen Beitrag verzichte ich zu Gunsten eines Fonds für die Einrichtung von Kursen über Logik an irgend welcher Hochschule für Journalisten.

Zur Logik gehört die Lehre von Unterscheiden. Mein von H. S. zitiertes Artikel vom Mai 1900 weist nach, daß der Begriff Imperialismus sehr verschiedene Dinge bede. In der Regel Bezeichnung für caesaristische-haunvinskische Einrichtungen und Unternehmungen wird das Wort Imperialismus in England auch schlechtweg für die Tendenz zur Zusammenfassung von Verwaltungsaufgaben im Reichsverband bzw. für die Ausdehnung der Reichskontrolle auf ihr bisher entzogene Verwaltungsgebiete gebraucht. Reich heißt auf englisch empire und zum Reich gehörig — imperial, imperialistisch. Imperialistisch kann daher in England nicht nur etwas sehr Harmloses, sondern auch etwas im socialdemokratischen Sinne sehr Gutes bedeuten. Die Festschreibung und damit auch die Verwaltung des Reichs sind in England der demokratischen Kontrolle der Wählerschaft unterstellt. Es ist unter diesen Umständen eine fortschrittliche Maßregel, wenn ein Kolonialunternehmen, das bisher einer mittels freibrieflicher Konzessionierten Kapitalistengesellschaft überliefert war, dieser entzogen und in direkte Verwaltung durch das Reich genommen wird. Imperialistischen Maßregeln dieser Art ist sich prinzipiell zu widersetzen, liegt meines Erachtens für Sozialisten nicht der geringste Grund vor. Das führt mein Artikel vom Mai 1900 aus, das bekräftigt mein Artikel vom September 1900 und das ist mein Standpunkt im Jahre des Heils 1904 und wird es noch eiliche Zeit bleiben. Nach wie vor halte ich den Satz aufrecht, in den meine betreffenden Ausführungen ausfließen:

„Vor die Wahl gestellt, zwischen concessionierten kapitalistischen Kolonialunternehmen (sogenannten Chartered Companies) und Reichskolonien zu entscheiden — und das ist heute die wirkliche Alternative — werden die Sozialisten überall da den letzteren den Vorzug geben, wo die Reichsverwaltung nicht politische Grundzüge und Verwaltungsmethoden vertritt, die entwicklungsfeindlicher sind als die Wirtschaft von kapitalistischen Konquistadoren.“ („Socialistische Monatshefte“ 1900, S. 244.)

Das bezieht sich auf England. Es ist natürlich im Kern genau dasselbe, wie wenn in Deutschland die Socialdemokratie für Uebernahme von Verwaltungsaufgaben durch das Reich an Stelle von Einzelstaaten eintritt. Wir können nicht aus der heutigen Gesellschaft herauspringen, wir können sie nur schrittweise ummodellieren und zu diesem Behufe suchen wir so viele ihrer Einrichtungen, wie nur möglich, unter die Kontrolle der Demokratie zu bringen. Auch die deutsche Socialdemokratie ist im vorbedachten Sinne oft imperialistisch wie die bürgerlichen und junkerlichen Parteien. Wiederholt hat sie im Reichstag den Reichsgeboten oder das Reichsrecht mit viel größerer Schärfe vertreten, als diese. Man braucht sich nur dies zu vergegenwärtigen, um zu begreifen, wie abgemessen es ist, in Bezug auf England, wo die Volksvertretung doch sehr viel mehr zu sagen hat, als wie bei uns, alle Bestrebungen, die dem Reiche größere Aufgaben zuweisen wollen, um des Wortes imperium willen unter einen Hut zu werfen. Allerdings ist auch nichts bequemer als diese Methode, wenn es darauf ankommt, gegen jemand Verdächtigungen auszustreuen.

Ich bin des trockenen Tons in dieser Debatte herzlich satt. Mein Artikel, aus dem H. S. einige Sätze heranzieht, um eine Verteidigung des Flottenpatriotismus aus ihnen herauszubasteln, war — was H. S. weislich verschweigt — gegen das Buch „Kaiserthum und Demokratie“ des Nationalsozialen Friedrich Naumann und die von diesem propagierte Unterfütterung der Flottenvorläufer vom Jahre 1900 gerichtet. Er wies zu diesem Behufe nach, daß der englische Kolonialimperialismus die naturgemäße Reaktion gegen die wachsende Schutzöllnerei der Inselstaaten ist, erkannte ihm insofern eine gewisse Berechtigung zu, betonte aber, daß auch in England die Expansionspolitik, die stärkste Kontrolle der Sozialisten herausfordert und behandelte die Reichsollverbands-Idee als abgethane Sache. Folgendes ist die Spitze meiner Ausführungen gegen Naumann:

Die Socialdemokratie ist in eminentem Sinne eine Partei des Friedens, sie würde einer ihrer vornehmsten Aufgaben untreu werden, wenn sie darauf verzichtete, Hüterin des Friedens und des Vertrauens der Völker zu einander zu sein. Wie kann sie in einem Lande, wo das persönliche Regiment noch so stark ist, dieser Aufgabe gerecht werden, wenn sie Mächtigungen bewilligt, die mindestens von einem großen und einflussreichen Teil der Nation als Mittel zu andern (als Friedens-) Zwecken betrachtet werden und ihr jede gegläubte Handhabe fehlt, einer solchen Verwendung vorzubeugen? Die gegenwärtige Flottenvorlage überschreitet die Bedürfnisse einer lediglich auf Erhaltung des Friedens gerichteten Politik. (H. a. D. S. 250.)

H. S. nimmt sich heraus zu schreiben: Vernunft ist ja dafür bekannt, daß er jederzeit in der Lage ist, ein einmal geäußertes Einerseits durch ein irgendsowas deponiertes Andererseits wieder tollkühnen zu lassen.

Diese ehrenwürdige Unterstellung ist außerordentlich billig. Bei wem ist Vernunft dafür bekannt? Seit Jahren wird von einer bestimmten Seite her mit leicht zu durchschauender Absichtlichkeit diese Behauptung immer wieder von neuem in die Welt gesetzt. Jedesmal, wo sie auftaucht, war es mir ein letztes nachzuweisen, daß sie sich auf große Verdrehung meiner Äußerungen stütze. Auch jetzt könnte ich dies Satz für Satz am Beispiel der von H. S. angeführten Sätze aus meinen Artikel konstatieren. Inbes will ich wieder den Lesern des „Vorwärts“ zumuten, dieser Prozedur beizuwohnen, noch verspreche ich mir irgend welche Wirkung auf die Urheber jener Parole davon. Es ist ihnen gelungen, mich zu überzeugen, daß die Sache, um die es sich bei ihnen nie gegenüber handelt, solcher Mittel zu ihrer Führung bedarf. Und darum gönne ich sie ihnen. Berlin, den 1. April 1904. E. D. Bernstein.

Da ich meine vorigen Ausführungen als mein Schlusswort bezeichnete, muß ich mich heute auf ein paar kurze persönliche Bemerkungen beschränken, was mir der Inhalt der Bernsteinschen Entgegnung auch nicht allzu schwer macht.

Bernstein behauptet, ich habe durch aus dem Zusammenhang gerissene Citate den Eindruck zu erwecken versucht, daß sein Artikel im Maiheft der „Socialistischen Monatshefte“ des Jahr-

ganges 1900 eine andre kolonialpolitische Auffassung vertritt, als der Artikel im Septemberhefte. Bernstein behauptet schließlich sogar, ich habe seine Ausführungen „verdreht“ und ihn „verleumdet“. Alles das ist unwahr. Ich habe lediglich durch sinngerechtes Citieren nachgewiesen, daß Bernstein im Maiheft nicht nur den englischen Imperialismus im Sinne eines engeren Zusammenschlusses an das Mutterland revidierte, sondern auch gegen die weitere Kolonialerwerbspolitik „im Prinzip“ nichts einzuwenden hatte, daß er ferner bestritt, daß die englische Kolonialpolitik Reaktion oder auch nur Retardation in irgend einer Weise darstelle, während er — seiner eignen Behauptung nach — im Septemberheft von einem bereits vorhandenen Uebermaß des Kolonialbesitzes sprach, das er als „Gefahr“ bezeichnete und woraus er eine Retardation der inneren Politik herleitete. Für gewöhnliche Sterbliche sind das groteske Widersprüche; für Bernstein bestehen diese Widersprüche nur in der Verleumdungsjucht perfider Widersacher. Sei es drum! Auf das liebenswürdige Angebot, seine Artikel als Broschüre herauszugeben, muß ich leider verzichten, da ich an einen finanziellen Erfolg nicht glaube. Sein mir sehr verständliches Bedauern, ein Kolleg über Logik zu hören, wird Bernstein ja wohl auch anderweitig betriebliegen können. Und seine Artikel kann er ja auszugswise im diesjährigen „Großen Mißverständnis“ abdrucken lassen.

Völlig aus der Luft gegriffen ist die Behauptung Bernsteins, ich habe die von ihm unterschiedenen Formen des Imperialismus nicht genügend auseinandergehalten. Ich habe lediglich in einem eingeschalteten Satz über seine ideologische Auffassung des englischen Reichseinheitsgedankens gespöttelt, im übrigen aber nachgewiesen, daß Bernstein auch gegen die Kolonialerwerbspolitik nichts einzuwenden hat. Daß er uns das letztere heute des langen und des breiten nochmals bestätigt, ist recht liebenswürdig von ihm. Sein erneutes Geständnis verliert nichts an Interesse durch den total hinführenden Vergleich des englischen Kolonialerwerbs mit — der Uebernahme von einzelstaatlichen Verwaltungsaufgaben durch das Deutsche Reich!

Bernstein ist eben der Begriff einer prinzipiellen Verleumdung der kapitalistischen Kolonialpolitik völlig unfähig. In England darf ein Socialist koloniale Eroberungspolitik ruhig unterstützen (über Frankreich schweigt Bernstein trotz meiner Provokationen bezeichnenderweise) und in Deutschland ist sie nur deshalb zu bekämpfen, weil dessen halb absolutistisches Regiment nicht diejenigen Friedensgarantien bietet, die Bernstein mit der ihn zierenden Rohheit bei einer kapitalistischen „Demokratie“ wie England natürlich als gegeben voraussetzt.

Mitzutheilen, daß Bernsteins Mai-Artikel sich gegen Pastor Naumann wandle, war in meinem Falle um so überflüssiger, als ich ja Bernsteins Motiv der Ablehnung deutscher Kolonialpolitischer Forderungen mit nur denkbarer Klarheit hervorhob. Gemig: ich habe Bernsteins Ausführungen nicht in einem einzigen Punkte durch Auslassungen oder Hinzufügungen entstellt. Er vermag ja auch nichts zu widerlegen, sondern nur wehleidig zu ränzonieren, eine Erleichterung, die ich ihm von Herzen gönne. H. S.

Der Parteitag der holländischen Socialdemokratie.

Am ersten Ostertage wurde im Lokal „Musis Sacrum“ zu Dordrecht der zehnte Kongreß der socialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande eröffnet. Der Parteivorsitzende Henri Polat sagte in seiner Eröffnungsrede:

„Dieser Kongreß ist einer der bedeutendsten und wird als einer der merkwürdigsten der Partei erscheinen. Er giebt einen durchschlagenden Beweis dafür, daß die Stürme, die über uns hinweggegangen sind, keine schädlichen Folgen hinterlassen haben. Wenn die Partei wirklich etwas gestiftet hat, so hat sie sich auf das schnellste wieder erholt. Sie besitzt die Spatkraft, Zähigkeit und Dauerhaftigkeit, die die Kennzeichen der Arbeiterbewegung sind. — Wir haben alles durchgemacht, was eine Partei wie die unsre durchmachen kann, und wir haben es glänzend überstanden. — Unsrer Stimmzahl, unser politischer Einfluß steigt, der Anarchismus verschwindet, je länger je mehr, auch aus der Gewerkschaftsbewegung; unsre Partei ist eine starke und dauerhafte, sie kann den heftigsten Stürmen die Stirn bieten; wie klein sie auch im Vergleich mit einigen Bruderparteien ist, sie ist ein würdiges Bataillon der großen internationalen Armee der Arbeit.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Redezeit für die Referenten auf eine halbe Stunde festgesetzt, mit Ausnahme des Referats über die Einfuhrzölle von Troelstra, wofür eine Stunde zugestanden wurde. Die Redezeit der Diskussionsredner wurde für das erste Mal auf 15, für das zweite Mal auf 5 Minuten festgesetzt.

Der Parteisekretär teilte mit, daß 85 Abteilungen der Partei durch 114 Delegierte vertreten sind.

Zunächst wurde dann über den Jahresbericht und über den Massenbericht diskutiert. Die Verhandlungen, die sich wesentlich auf innere Partei-Angelegenheiten bezogen, endeten damit, daß die Berichte gutgeheißen und dem Genossen van Ruijthof Decharge erteilt wurde.

Darauf kamen die auf die parlamentarische Thätigkeit bezüglichen Punkte der Tagesordnung, und davon zuerst der Regierungsentwurf über die Regelung des Arbeitskontraktes zur Verhandlung. Der Referent Genosse Tal gab eine sehr sachverständige und gründliche Kritik des Entwurfs, dessen zunächst auffallender Fehler darin besteht, daß die Bestimmungen über den Arbeitsvertrag dem bürgerlichen Geiechbuch einverleibt werden sollen und den Eindruck machen, als sei der Verkauf und die Vermietung der Ware Arbeitskraft nichts anderes als der Handel mit irgend einer andern Ware. Neben einigen anerkenntniswerten, sehen eine Anzahl Bestimmungen, die den Entwurf unannehmbar machen; und ebenso verwerflich erscheint es, daß die Rechtsprechung dem Kantonsrichter überlassen werden soll und nicht, wie zum Beispiel in Deutschland, besondere Gewerbegerichte dafür eingesetzt werden. — Die Diskussionsredner waren im wesentlichen mit dem Referenten einverstanden. Von einer besonderen Beschlußfassung über diesen Punkt wurde Abstand genommen.

Zur Verhandlung über den Bericht der Kammerfraktion gab Genosse van Kol auf besonderen Wunsch der Abteilung Amsterdam I eine Erklärung über seine Stellungnahme in der Kolonialdebatte in der Zweiten Kammer und seinem Vorschlag, einen Teil der ostindischen Besitzungen zu verkaufen, ab. Er schloß mit den Worten: „Das große Ziel unsrer Kolonialverwaltung muß sein: Erziehung zur Selbstverwaltung, zur Unabhängigkeit. Die einzige Möglichkeit, um dazu die Mittel zu finden, ist: Verschänkung unsrer gegenwärtigen kolonialen Besitzes.“ — Da die Partei sich im nächsten Jahr bei Aufstellung des Kolonialprogramms über diesen Punkt äußern wird, wurde jetzt auf eine gründliche Behandlung der Frage verzichtet. — Im allgemeinen erklärten sich die Delegierten mit der Stellungnahme der Kammerfraktion zu den verschiedenen parlamentarischen Fragen einverstanden.

Eine längere Diskussion, die sich bis zum Mittag des zweiten Kongreßtages erstreckte, wurde über das Partei-Organ „Het Volk“ geführt. Es handelte sich hierbei um Wünsche und Verbesserungen verschiedener Art. Von Amsterdam IX wurde eine Resolution vorgeschlagen, wonach das Blatt mehr Artikel agitatorischen Charakters bringen soll. Die Resolution wurde jedoch schließlich zurückgezogen. Genosse Tal wurde einstimmig als Hauptredakteur wiedergewählt.

Sodann befahte sich der Kongreß mit der Schutzollfrage. Genosse Troelstra gab eine gründliche Uebersicht über die

Entwicklung des Freihandels in England sowie des Schutzollsystems in Deutschland und erörterte dann die prinzipielle Stellung der Socialdemokratie zu dieser Frage. Er schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit der Erklärung, daß, wenn in dieser Frage eine Resolution angenommen werden solle, er keine bessere wüßte als die vom deutschen Parteitag im Jahre 1898 angenommene Resolution Webel-Kautsk (die der Redner verlas). Darauf ging der Redner des näheren auf den Schutzoll-Gesetzentwurf der niederländischen Regierung ein. Er schloß mit den Worten: „Wir werden so energisch wie möglich gegen diesen Entwurf kämpfen, aber auf unsre Art. Dogmatische Freihändler sind wir niemals gewesen. Wir werden auch in diesem Kampfe christlicher und unchristlicher Heuchelei die Maske vom Gesicht reißen, und die Kleinen überzeugen, daß ihre Interessen bei den Kapitalisten nicht sicher sind, sondern daß sie zu uns gehören.“ — Ohne daß ein Beschluß hierzu gefaßt wurde, erklärte sich der Kongreß mit Troelstras Ausführungen einverstanden.

Darauf kam die Frage des Generalstreiks zur Verhandlung. Das einleitende Referat hielt Frau Roland Holt. Die Diskussion kam erst am dritten Kongreßtage zum Abschluß. Folgende Resolution des Parteivorstandes wurde mit 135 gegen 39 Stimmen angenommen:

„Der Kongreß der Socialdemokratischen Arbeiterpartei, erwägend, daß es wünschenswert ist, hinsichtlich der „allgemeinen Arbeitseinstellung“ den Standpunkt der niederländischen Socialdemokratie festzulegen, erwägend, daß die notwendige Bedingung des Erfolges einer Arbeitseinstellung größerer Maßstabes eine starke Organisation und eine selbst gewollte Disziplin der Arbeiterklasse ist,

erachtet die absolute allgemeine Arbeitseinstellung in dem Sinne, daß alle Arbeiter zu einem gegebenen Augenblick die Arbeit niederlegen, für unhaltbar, weil sie jede Existenz, also auch die des Proletariats, unmöglich macht;

erwägend, daß die Vereinerung der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer solchen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es dagegen möglich ist, daß eine Arbeitseinstellung, die sich über einzelne für das wirtschaftliche Leben wichtige, oder auf eine große Anzahl Betriebszweige erstreckt, ein außerordentliches Mittel sein kann, wichtige gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich gegen reaktionäre Angriffe auf die Rechte der Arbeiter zu verteidigen,

warnet die Arbeiter davor, sich ins Schlepptau nehmen zu lassen durch die Propaganda für die allgemeine Arbeitseinstellung, die von anarchistischer Seite getrieben wird, um sie abzuhalten von dem wirklichen Kampf, der Tag für Tag mittels der gewerkschaftlichen und politischen Thätigkeit und der Kooperation gelämpft wird,

und fordert sie auf, durch Entwicklung ihrer Organisation ihre Einheit und Macht im Klassenkampf zu stärken, weil, wenn die Arbeitseinstellung für einen politischen Zweck einmal nötig und nützlich erscheinen sollte, das Gelingen davon abhängt.“

Dieser mit so starker Majorität angenommenen Resolution des Parteivorstandes gegenüber stand eine andre von Amsterdam IX, die besonders vom Genossen Vliegen verteidigt wurde. Sie besagte, der Parteitag möge erklären, daß die allgemeine Arbeitseinstellung unter den Kampfsmitteln des Proletariats. Die Resolution ist später in Amsterdam IX verworfen worden, wurde auf dem Parteitag dann von Amsterdam VI übernommen, jedoch nach Annahme der Resolution des Parteivorstandes zurückgezogen. Die Aussprache des Parteitages über diese Frage ist darum von besonderer Bedeutung, weil sie dem bevorstehenden internationalen Kongreß zur Vorlage dienen wird.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde über verschiedene Anträge auf Verringerung des Abonnementspreises von „Het Volk“ und auf Gründung einer eignen Parteidruckerei beraten. Hierzu wurde dem Parteivorstand aufgetragen, in absehbarer Zeit ein Gutachten über die Möglichkeit der Errichtung einer eignen Druckerei abzugeben.

Ueber die für nächstes Jahr bevorstehenden Wahlen zu den Generalstaaten (Reichstag) fand eine nur kurze Aussprache statt. Es wurde beschlossen, diese Sache dem Parteivorstande zu überlassen.

Von mehreren Ortsabteilungen waren Anträge auf Anstellung besoldeter Agitatoren eingebracht worden. Diesen Wünschen konnte jedoch aus finanziellen Rücksichten nicht nachgegeben werden. Auch diese Sache wurde dem Parteivorstande überlassen.

Der Parteivorstand hat vorläufig den Genossen Loosquit als allgemeinen Agitator der Partei angestellt, was vom Parteitag einstimmig gutgeheißen wurde.

Hiernach wurden noch einige auf die Provinzpresse, die Organisation und die Statuten bezügliche Anträge erledigt. Genosse Dubogaast gedachte in kurzen Worten des Kampfes der Diamantarbeiter und bemerkte, daß es an der Zeit sei, daß die ganze Arbeitererschaft den Ausgesprochenen moralische und finanzielle Unterstützung zukommen lasse. Sodann schloß der Vorsitzende unter Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen den Parteitag, der sich unter den Klängen des Socialistenmarsches auflöste. — Eine Anzahl Punkte der Tagesordnung konnten wegen Mangel an Zeit nicht erledigt werden, darunter der Regierungsentwurf zu einem Alkoholgezetz und die Agrarfrage, die auf den nächsten Parteitag zurückgestellt wurde.

Erster Internationaler Kongreß für Schul-Gesundheitspflege.

Rürnberg, 7. April 1904.

In Gruppe B. referierte Professor Dr. Denter (Erlangen) über seine Untersuchungen betreffend das Thema: „Die Hörfähigkeit und die Häufigkeit des Vorkommens von Infektionskrankheiten im kindlichen und jugendlichen Alter“. Seine Forschungen haben ihn dazu geführt, als unbedingt Erfordernis zu verlangen, daß mindestens in jedem Jahre einmal sorgfältige Untersuchungen der Hörfähigkeit bei den Schülern vorgenommen werden, um den durch die Ohrenkrankheiten bedingten schädlichen Einfluß auf die geistige Entwicklung der Schulkinder zu vermindern. Die Untersuchungen sollen zunächst durch den vom Ohrenarzt instruierten Klassenlehrer vorgenommen werden, der die herausgefundenen Schwerhörigen dem Ohrenarzt zu überweisen habe.

Ueber Hilfsschulen für Schwachbegabte sprach Frenzel (Erlang) in Gruppe F. Als Bedingung dafür, daß die Hilfsschulen den an sie gestellten hohen Anforderungen nachkommen können, bezeichnet er die Notwendigkeit, diese Hilfsschulen als öffentliche und selbständige Unterrichtsanstalten zu begründen und zu unterhalten, den Schulzwang für alle schwachbegabten Kinder einzuführen und die Schulpflicht bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre auszudehnen. Da die Erziehung und Bildung der Schwachsinigen weitgehende Individualisierung und pädagogische und unterrichtliche Sondermaßnahmen erfordert, sei von den Lehrern der Hilfsschulen eine spezielle Vorbildung für ihre berufliche Thätigkeit zu verlangen.

Zur Ueberbürdungsfrage äußerte sich noch Professor Bräut (Hamburg), dem die Forderungen der Schulhygieniker in Bezug auf Entlastung der Lehrpläne an den höheren Schulen viel zu weit gehen. Die Ueberbürdung sei noch keine erwiesene Thatsache, sondern noch eine offene Frage. Internationale Vereinbarungen über Verminderung des Lehrstoffes seien vollständig ausgefallen. Zu derselben Frage spricht Dr. Hergel (Königsberg). Er erklärt aus, daß die Ueberbürdung der Jugend thätiglich bei weitem nicht in so hohem Maße vorhanden sei, als vielfach behauptet werde. Die Schuld an der thätiglichen Ueberbürdung falle

welt weniger auf die Schule selbst, als auf die anderen Erziehungs-faktoren: Familie und Leben.

Die Lehren aus dem Fall Dippold zog Dr. Heller, Wien in seinem Vortrage über Gefährdung der Kinder durch Krank-haft veranlagte und sittlich defekte Aufsichtspersonen. Die in den Familien wirkenden Erzieher und Aufsichtspersonen sind gewisser-maßen zu einer pädagogischen Großmacht geworden, was haupt-sächlich zurückzuführen sei auf die Erwerbstätigkeit vieler Mütter, auf die Inanspruchnahme vieler Frauen durch sogenannte gesellschaft-liche Pflichten und auf das zunehmende Unvermögen, die eigenen Kinder zu erziehen — eines der charakteristischsten Anzeichen sozialer Degeneration. Verschiedene in der letzten Zeit an die Öffentlichkeit getretene Lebensstände nötigen dazu, den Familien-pädagogen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, wobei aber nicht generalisiert werden dürfe, denn kein anderer Stand weise neben schlechten Elementen so viele Beispiele von Selbstaufopferung und Pflichttreue auf wie der Erzieherstand. Tuberkulose und Syphilis sind mit der Pflege und Erziehung nicht vereinbar, die Nervosität führt zu Verwicklungen besonders auf dem Gebiete des Geschlechts-lebens, und es ist gar nicht so selten, daß Kinder durch pervers ver-anlagte Erzieher beiderlei Geschlechts sittlich verdorben werden. Die gemeinhin als Prügelpädagogen bezeichneten Erzieher sind besonders im Auge zu behalten, weil sich unter ihnen viele sadistisch veranlagte Naturen befinden. Das beweise der Fall Dippold. Die Prügelpädagogen sei unter allen Umständen be-dingungslos zu verwerfen. Auch Epileptiker eignen sich nicht zu Erziehen wegen der schlimmen Charaktereigenschaften, die solchen Leuten vielfach anhaften. Gegenüber allen Erziehern sei die peinlichste Wachsamkeit zu beobachten.

Ueber die sexuelle Aufklärung der Schüler wurde in Gruppe C verhandelt. Dr. Blaschko-Berlin betonte die Not-wendigkeit und Zweckmäßigkeit der sexuellen Aufklärung, die aber großen Schwierigkeiten begegne, da aus den Lehrplänen absehlich jeder biologische Unterricht ferngehalten wird, um nicht mit der biblischen Anschauung in Konflikt zu kommen, noch weniger würden die maßgebenden Kreise dazu schreiten, die Unterweisung über Entstehung und Zeugung des Menschen in den Lehrplan aufzunehmen. Der heutige Lehrplan wäre auch mangels einer biologischen Vorbildung gar nicht dazu geeignet, solchen Unterricht zu erteilen. Dies müsse erst nach-gesehen werden, ehe man an die Einführung eines solchen Unterrichts denken könne. Leichter sei es, die heranwachsende Jugend in den Fortbildung-, Fach- und Hochschulen bzw. bei der Entlassung aus dem Schulverband über die Gefahren des außerehelichen Geschlechts-verkehrs und über die Geschlechtskrankheiten aufzuklären, und zwar durch Vorträge, Flugblätter und Flugblätter.

Lehrer Tluchor-Bien erklärt es für unbillig, der reisenden Jugend die nötige Belehrung vorzunehmen, und verlangt eine gründliche Entlastung der Mittelschulen durch Streichung alles nutz-losen Ballastes, dagegen sei über die Hygiene auf allen Stufen in einem dem jeweiligen Alter entsprechenden Weise Belehrung zu bieten.

Prof. Dr. Schusny-Budapest tritt dafür ein, daß die Auf-klärung über die Geschlechtsverhältnisse schon vor Eintritt der Pubertät erfolgt, dann werde, wenn diese Periode kommt, der Schüler nicht so vom Reiz des Mystischen erfaßt sein, wie jener Schüler, der nach den Regeln der hergebrachten höheren Sittlich-keit erzogen wird. Den Schülern müsse auch Abstinenz gelehrt werden.

Die hygienische Unterweisung für alle Lehrer wird von Prof. Dr. Blaschko-Braunschweig und Prof. Dr. Bern-icke-Bonn als erforderlich erklärt. Sie soll sich erstrecken auf Anatomie und Physik des gesunden menschlichen Körpers, Schüler-krankheiten, Bau und innere Einrichtung des Schulhauses, Spiel-plätze, Hygiene des Unterrichts, hygienische Lebensführung der Schüler. Die Schulhygiene sei künftig in den Prüfungen für das Lehramt möglichst als verbindliches Fach anzuführen.

In der Plenarsitzung am Donnerstag berichtete Professor Dr. Johannesen-Kortwegen über den Stand der Schul-gesundheitspflege in Norwegen, wo seit 1860 durch das Ge-fetz der Gesundheitslehre in der Schule ein Platz eingeräumt ist und die hygienischen Schuleinrichtungen stets weitere Fortschritte machen. Das sei darauf zurückzuführen, daß in den Schul-kommissionen je ein Arzt den Vorsitz führe. Für jede Schule ist gesetzlich ein Schularzt vorgeordnet, in jeder Mädchen-schule fungiert eine Schularztin.

Ueber die Wechselbeziehungen zwischen Schülern und Lehrern in Bezug auf ansteckende Krankheiten berichtete Dr. Legendre-Paris; er schilderte die Fälle der Über-tragung von Tuberkulose zwischen Lehrern und Schülern und wandte sich dann den nervösen Störungen zu, bei denen eine Übertragung zwischen Lehrer und Schüler möglich ist. Bei der Entdeckung und Bekämpfung dieser Wechselbeziehungen könne der Schularzt wichtige Dienste leisten.

Die Organisation großer Volksschulkörper nach der natürlichen Leistungsfähigkeit der Kinder be-handelte Dr. Sicking-Mannheim in einem außerordentlich interessanten Vortrage, indem er eine richtige Bemessung nicht nur der körperlichen, sondern auch der geistigen Arbeitsleistung in der Schule nach dem „System der Kurse“ verlangt, d. h. Absonderung der begabten und munderbegabten Schüler in Parallelklassen. Er schlägt drei Bildungswege vor: 1. für die mittel- und besser be-fähigten Schüler; 2. für die mäßig schwachen Schüler; 3. für die krankhaft schwachen Schüler. Das System, das bereits in Mann-heim durchgeführt ist, habe sich dort trefflich bewährt.

Ueber die Verhütung von Infektionskrankheiten in der Schule sprach Professor Dr. Duppel-Prag. Nach ein-gehender Schilderung der verschiedenen Infektionsarten empfahl er strenge Wachsamkeit, sorgfältige Desinfektion, als deren wirksamste Art er die Erziehung zur Keimlichkeit bezeichnete, und Abhärtung des Körpers. Die Ferienkolonien müßten in den Dienst der Prophylaxe gestellt werden.

Mitgeteilt wurde, daß der nächste internationale Kongreß Anfang August 1907 in London stattfindet. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, dem zufolge eine fünfgliedrige Kommission mit der Ausarbeitung von Grundfragen für den schul-ärztlichen Dienst beauftragt wird.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie.

Die Ordungsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Ver-bandes hat sich der ebenso mühevollen wie dankenswerten Aufgabe unterzogen, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Metallindustrie umfangreiche statistische Erhebungen anzustellen. Zu diesem Zweck gab sie im Herbst 1902 für Berlin und dessen sämtliche Vororte mit Ausnahme von Köpenick sachgemäß aus-gearbeitete Fragebogen an die Mitglieder der Organisation heraus. Das Gesamtergebnis dieser statistischen Erhebungen konnte nach fundiger Eich-ung des eingelaufenen Materials allerdings erst am Anfang dieses Jahres veröffentlicht werden und ist in einer 144 Druckseiten umfassenden Broschüre niedergelegt worden. Es läßt sich wohl mit Recht sagen: diese Leistung der Berliner Metallarbeiter dürfte einen dauernden Wert haben, denn nicht alleine, daß sie eine sichere Schöpfquelle besten Agitationsstoffes für den Metallarbeiter-Verband darstellt, bietet sie auch den Anstehenden ein äußerst schätzenswertes Hilfs-mittel in der Beurteilung der sozialen Lage der in der Berliner Metallindustrie tätigen Arbeitermassen.

Die Erhebungen erstrecken sich auf 1042 Betriebe, in denen 33.479 Metallarbeiter beschäftigt waren, und zwar kommen in Betracht 684 Kleinbetriebe mit je 1 bis 100 beschäftigten Arbeitern, ferner 136 Mittelbetriebe mit je 100 bis 500 be-schäftigten Arbeitern und 222 Großbetriebe, in denen je über 500 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig sind. Bemerkenswert ist hierbei jedoch, daß die Gesamtzahl der in der Berliner Metallindustrie be-schäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1902 bedeutend größer gewesen ist; sie wird unter Zugrundelegung der Zahlen der

nordöstlichen Eisen- und Stahlbergwerksgesellschaft schätzungsweise auf rund 100.000 angegeben.

In den 1042 Betrieben gehörten von je 100 beschäftigten Per-sonen einer Gewerkschaft an: Bauklemmpner 88,53; Drücker 74,56; Metallformer 69,74; Metalldreher 66,98; Dreher 64,24; Schleifer 62,63; Heizungsrohrlieger 62,39; Gürtler 60,68; Schrauben- und Hebelwerdreher 54,92; Eisen- und Metallformer 52,48; Gas- und Wasserrohrlieger 51,72; Feilenhauer 51,37; Schraubendreher 46,90; Klemmpner 45,89; Gold- und Silberarbeiter 41,95; Tischler 41,29; Schlosser 41,04; Eisenformer 40,62; Schmiede 37,24; Mechaniker 36,96; Drahtarbeiter 35,10; Hobler, Präferer 31,30 und Maler und Lackierer 25,87. Die Unterschiede in den einzelnen Gruppen sind recht auffällig. Während von den Bauklemmpnern mehr wie vier Fünftel organisiert waren, ist dies bei den Malern und Lackierern nur zu einem Viertel der Fall. Freilich darf auch hier nicht übersehen werden, daß sich die Zahlen nur auf etwa den dritten Teil der gesamten Berliner Metallarbeiter beziehen. In mehreren Gruppen weisen die Kleinbetriebe den höchsten Prozentsatz an Gewerkschaftsmitgliedern auf, so bei den Mechanikern, Eisenformern, Klemmpnern und Gürtlern. Dagegen findet sich der höchste Prozentsatz an organisierten Schlossern und Drückern in den Mittelbetrieben, an Schleifern aber in den Großbetrieben.

Die Arbeitszeit ist vorherrschend neunstündig; jedoch ist auch in allen Betriebsgrößen noch die zehnstündige Arbeitszeit recht häufig anzutreffen. In einer Reihe von Großbetrieben arbeiten ver-schiedene Branchen auch nur acht Stunden; diese Einrichtung ist aber größtenteils auf Wechselarbeit zurückzuführen. In drei Groß-betrieben mühten die Hobler, Stoßer, Präferer, Stanger und Maschinen-arbeiter sogar noch elf Stunden arbeiten. Die durchschnittliche höchste Arbeitszeit hatten die Drahtarbeiter, Schmiede und Former mit 9 1/10 Stunden; unter neun Stunden arbeiten im Durchschnitt die Schleifer und Mechaniker.

Die Lohnverhältnisse der Arbeiter gestalteten sich folgendermaßen. Es wurden ermittelt:

mit einem Wochenverdienst	Arbeiter in		
	Klein-	Mittel-	Groß-
unter 10 M.	90	81	85
über 10—12 M.	119	98	69
12—15	233	147	93
15—18	528	612	834
18—21	1346	1327	1176
21—24	2103	2119	1689
24—27	2230	1862	2214
27—30	2288	1239	2633
30—33	1566	875	1773
33—36	663	449	1851
36—39	215	155	724
39—42	115	47	396
42—45	33	7	131
45—48	5	4	45
48 M.	17	6	8
Der Verdienst war nicht zu ermitteln	2252	2042	2892

Fassen wir die 15 Lohnklassen in drei Hauptgruppen mit einem Verdienst bis zu 15 M., dann über 15—33 M. und weiter über 33 M. zusammen, so hatten von je 100 Arbeitern

einen Wochenverdienst	in		
	Klein-	Mittel-	Groß-
bis 15 M.	3,90	3,61	1,50
über 15—33 M.	87,00	88,99	78,56
über 33 M.	9,10	7,40	19,94

Mit der Arbeitszeit verglichen ergibt sich, daß der verhältnismäßig niedrigste Verdienst gleichzeitig mit der längsten Arbeitszeit zu-sammenfällt, so z. B. bei den Drahtarbeitern und Feilenbauern. Freilich giebt es auch Gruppen, wie die Schmiede, die mit Bezug auf den Verdienst ziemlich günstig, mit Bezug auf die Arbeitszeit aber ungünstig dastehen.

Die Löhne der Arbeiterinnen zeigen folgendes Bild:

mit einem Wochen-verdienst	in Klein-betrieben			in Mittel-betrieben			in Groß-betrieben		
	Arb.	%	%	Arb.	%	%	Arb.	%	%
unter 10 M.	162	17,40		298	27,88		234	14,20	
über 10—12 M.	327	35,31	84,77	108	18,52	85,97	366	22,21	78,58
12—15	296	31,97		423	39,57		695	42,17	
15—18	101	10,91	10,91	138	12,72	12,72	204	16,02	16,02
18—21	28	3,02		8	0,75		6	0,36	
21—24	7	0,76	4,32	5	0,47	1,31	4	0,24	5,40
24 M.	5	0,54		1	0,09		79	4,80	
Verdienst nicht ermittelt bei	103			220			522		

Der große Unterschied zwischen der Höhe des Arbeitslohnes für Arbeiter und der für Arbeiterinnen zeigte sich darin, daß die höchste Lohnklasse, die über 33 M., bei den Arbeiterinnen gar nicht vertreten war. Denn die Löhne der Arbeiterinnen über 24 M. geben in keinem einzigen Falle über den Betrag von 33 M. pro Woche hinaus. Ebenso bezeichnend ist aber auch die Rolle, welche die unterste Lohnklasse bei den Arbeitern und bei den Arbeiterinnen spielte.

Von den Arbeitern waren in der untersten Lohnklasse: in Kleinbetrieben . . . 3,90 Proz. in Mittelbetrieben . . . 3,61 „ in Großbetrieben . . . 1,50 „

der beteiligten Arbeiter. Bei den Arbeiterinnen dagegen stellten sich die betreffenden Sätze auf 84,77 Proz., 85,97 Proz. und 78,58 Proz. Während also von den Arbeitern nur eine verschwindende Minder-heit mit einem Wochenlohn bis 15 M. abgefunden wurde, wurden von den Arbeiterinnen die allermeisten (2/3 bis 2/4) mit einem so geringen Verdienste nach Hause geschickt. Schließlich zeichneten sich die Großbetriebe noch darin aus, daß sie 4,80 Proz. ihrer Arbeiterinnen mit einem Lohne über 24 M. anführten, während der entsprechende Satz bei den Kleinbetrieben nur 0,54 Proz. beträgt. Lehrlinge wurden zum weitaus größten Teil (3255) mit einem Wochenverdienst von unter 10 M. entlohnt. Nur 104 erhielten bis zu 12, vereinzelt auch bis 18 M.

In allen Betriebsgrößen wurde erheblich häufiger im Stücklohn als im Zeitlohn gearbeitet; besonders stark entwickelt ist das Stücklohn-system jedoch in den Großbetrieben. — Die Lohnzahlungsperiode ist in der Regel auf eine Woche bemessen, nur vereinzelt ist noch 14tägige Lohnzahlung üblich; dagegen findet fast überall eine Ein-behaltung des Lohnes statt und zwar in den Kleinbetrieben für meistens zwei Tage, in vielen Mittel- und den meisten Großbetrieben aber für mehr als zwei Tage, sogar bis zu ein bis zwei Arbeits-wochen.

Was die sanitären Verhältnisse anbelangt, so gab es für alle Branchen und in allen Betriebsgrößen verhältnismäßig viele Betriebe, in denen die Abfälle tagelang auf den Arbeitsstätten liegen blieben. In der größeren Hälfte der Werkstätten aller Betriebs-größen wurde die Luft durch Ausdünstungen von Materialien, Maschinen, Apparaten oder Säuren verschlechtert. Ventilation und Beleuchtung waren in der größeren Hälfte der Kleinbetriebe gut, in den Mittel- und Großbetrieben dagegen schlecht. Gute Schutvorrichtungen fehlten in mehr als einem Viertel sämtlicher Betriebe, von den Kleinbetrieben zeichnete sich ein noch größerer Teil durch ungenügende Schutz-vorrichtungen aus. Ein großer Teil der Betriebe hat keine getrennten Arbeitsräume für die Geschlechter. Besonders speiseräume waren in den Kleinbetrieben ganz außerordentlich ersparnisreich, in den Mittelbetrieben waren in mehr als der Hälfte und in den Großbetrieben zu mehr als zwei Dritteln vorhanden. Wasch- und Anleide-räume wiesen ungefähr daselbe Verhältnis auf. Für die Aborte war in einem Fünftel der Betriebe nicht genügend gesorgt; in dieser Beziehung sah es in den Mittel- und Großbetrieben nicht besser

aus als wie in den Kleinbetrieben. Kündigungsfrist war in 116 von den 1042 in Frage kommenden Betrieben vertraglich aus-geschlossen. Strafgebühren wurden in den Großbetrieben fast ausnahmslos erhoben, in den Mittelbetrieben zu zwei Dritteln und in den Kleinbetrieben zu einem Drittel. In der größeren Hälfte der Betriebe, die Strafgebühren erhoben, wurde den Arbeitern kein Kontrollrecht über die Verwendung der Strafgebühren eingeräumt.

Das Lehrlingswesen ist in verschiedenen Branchen förmlich zu einer Lehrlingszuchterei ausgeartet, so z. B. bei den Schlossern, Schmieden und Mechanikern. In der Schlosserei gab es je

einen Betrieb mit 80 Arbeitern und 45 Lehrlingen	88	43
„ „ „ 37 „ „ 30 „	37	30
„ „ „ 18 „ „ 25 „	18	25
„ „ „ 18 „ „ 12 „	18	12
„ „ „ 17 „ „ 26 „	17	26

und so fort. In einer Mechaniker-Werkstatt zählte man auf 20 Arbeiter 24 Lehrlinge, in einer andern 13 Arbeiter, 10 Arbeiterinnen und auch 10 Lehrlinge. Ein Mittelbetrieb der Schmiede beschäftigte bei 107 Arbeitern nicht weniger als 58 Lehrlinge usw. An eine vernünftige Ausbildung der Lehrlinge ist unter solchen Umständen natürlich nicht zu denken, sie dienen den Meistern lediglich als Ausbeutungs-objekte.

Interessant ist noch eine Zusammenstellung der Löhne in den drei größten Betrieben Berlins, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesell-schaft, der Firma Siemens u. Halske und der Union-Elektrizitäts-Gesellschaft.

Bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft verdienten von den ermittelten Arbeitern pro Woche: 1,59 Proz. bis zu 15 M.; 87,46 Proz. über 15 bis 33 M. und 10,95 Proz. über 33 M.

Dagegen von den Arbeiterinnen 86,21 Proz. nur bis zu 15 M.; 6,02 Proz. über 15 bis 18 M. und 7,77 Proz. über 18 M.

Bei Siemens u. Halske stellt sich das Verhältnis folgender-maßen: Arbeiter: 2,66 Proz. bis 15 M.; 82,73 Proz. über 15 bis 33 M. und 14,61 Proz. über 33 M. Arbeiterinnen: 70,25 Proz. bis 15 M.; 27,27 Proz. über 15 bis 18 M. und 2,48 Proz. über 18 M.

Bei der Union verdienten Arbeiter: 0,82 Proz. bis 15 M.; 40,33 Proz. über 15 bis 33 M. und 59,35 Proz. über 33 M. Arbeiterinnen: 50 Proz. bis 15 M. und 50 Proz. über 15 bis 18 M. Bemerkenswert ist hierbei, daß Arbeiterinnen-löhne unter 10 Mark pro Woche bei der Union nicht, bei Siemens u. Halske nur vereinzelt, bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft jedoch an ein Fünftel der daselbst beschäftigten Frauen und Mädchen gezahlt wurden. Die A. E. G. entlohnt ihre Arbeiterinnen demnach am schlechtesten.

Dieser Auszug aus der Statistik zeigt zur Genüge, wieviel der Organisation noch zu thun übrig bleibt, um die wirtschaftliche Lage der Berliner Metallarbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Gesamtheit auf ein befriedigendes Niveau zu heben. Die Organisation hat zwar ein reiches Arbeitsfeld vor sich, sie wird aber auch wieder Mäher noch Opfer scheuen, daselbst in Blüte zu bringen.

Partei-Nachrichten.

Strafconts. In den Monaten Januar, Februar und März d. J. bezifferte sich das Strafconts der Genossen auf insgesamt 6 Jahre, 3 Monate und 2 Tage Gefängnis und 6026 M. Geldstrafe.

Die Polizei im Kampfe wider den Umsturz in ultramontanen Revieren. Unsere Parteigenossen in Koblenz haben kürzlich einen sozialdemokratischen Verein gegründet, was die ultramontanen und die beherrschenden Mächte dieser frommen Stadt gleicher-maßen in Aufregung versetzt hat. Am Ostermontag veranstalteten unsere Genossen einen Spaziergang nach der benachbarten Artzhaus. Schon geraume Zeit vor der für den Abmarsch bekannt gegebenen Zeit fand sich in der Nähe des als Treffpunkt bestimmten Kaiser Hof ein ungewöhnlich starkes Polizei-Aufgebot ein. Die Spazier-gänger zogen in Gruppen zum Ziel. Kaum waren sie auf der Markthaus, so fanden sich nicht weniger als fünfzehn Polizei-bvante, darunter zwei Kommissare und ein Wachtmeister, ein. Einer der Kommissare fragte den Vort, wie er eine nicht angemeldete sozialdemokratische Versammlung dulden könne, und bei den An-schülern erkundigte er sich nach dem „Vorhändeln“. Es wurde ihm geantwortet, daß kein Mensch etwas von einer Versammlung wisse. Trotzdem forderte der Beamte auf, binnen fünf Minuten das Lokal zu verlassen. Und in der That sind diejenigen, die nicht gingen, von der Polizei notiert worden. Selbstverständlich wird es bei diesem an Ruhland gemahnenden polizeilichen Übergriff gegen harmlose Spaziergänger nicht sein Bewenden haben.

Weniger ernst verlief ein Osterspaziergang unserer Freunde in Trier. Auch sie wurden bis an die Grenze der Stadt von der Polizei begleitet. Auf dem Grünberg wurden sie von zwei Gendarmen bewacht, die andauernd einen nach dem andern befaßen, als ob sie jemand suchten. Als die Ausflügler zum Abwehthal gingen, kamen die Gendarmen nach. Lange waren die Genossen im Zweifel, was ihnen denn diesen außerordentlichen Schutz verschaffe, bis sie endlich des Rätsels Lösung erfuhren. Die Wächter de-Gesetzes suchten den Genossen Mollenbaur, der zwar zu der Zeit in seiner Heimat Hamburgweilte, nach den „Informationen“ der Trierer Polizei aber an der schönen Mosel eine Versammlung abhalten sollte. Realisch suchte die Polizei unter ähnlichen Umständen unsern Kölner Genossen Dr. Erdmann, nächstens vielleicht den Genossen Bebel und so fort, bis all die für die Trierer Polizei so schrec-khaften Namen erschöpft sind.

Totenliste der Partei. In Lübeck ist einer der dortigen ältesten Parteigenossen, der Schneidemeister W. Fleuß, gestorben. Er war viele Jahre hindurch einer der Thätigsten und überall dabei, wo es galt, etwas für die Partei zu leisten. Die Genossen Lübeds werden den Verstorbenen stets in gutem Andenken behalten.

In eine gelinde Geistesverwirrung ist die „Frankfurter Zeitung“ über den Beschluß der sächsischen Landesversammlung geraten. Sie schließt ihre Betrachtungen mit diesem Satze:

„Autorität, nicht Majorität, so lautete der kürzlich von der konservativen „Arenz-Zeitung“ gegen freiherrliche Forderungen proklamierte Grundsatz. Die sozialdemokratische Parteikonferenz in Sachen hat ihn sich zu eigen gemacht.“

Die Chemnitzer Konferenz hat doch gerade das Recht der Majorität gegenüber der Minorität proklamiert; was will denn also die „Frankfurter Zeitung“ von uns?

Ceßlärm.

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ vom 7. April d. J. (Nr. 81) über die sächsische Landeskonferenz unserer Partei soll ich gelegentlich geäußert haben: „Wie kann ich für die Partei arbeiten, wenn man mir ein Mandat nach dem andern nimmt?“ Der Satz, den der „Vor-wärts“ durch Sperrdruck hervorhebt, ist geeignet, mich bei den Partei-genossen von neuem aufs schmerzlichste zu verdrängen. Ich erkläre, daß ich diesen Ausdruck nicht gethan habe. Berlin-Zehlendorf, 8. April 1904. Paul G. H. r.

Eine polnische Parteikonferenz, die von Delegierten und Ver-trauensleuten der rheinisch-westfälischen Mitglieder der polnischen sozialistischen Partei Deutschlands (P. P. S.) besucht war, fand am Sonntag, den 8. April, in Oberhausen statt. Das wesentliche Er-gebnis der Beratungen war die Einsetzung einer Agitations-kommission, welche für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Grundzüge unter der polnischen Arbeiterschaft zu sorgen hat. Die Kommission soll Volksversammlungen einberufen, Flugblätter heraus-geben, politische Organisationen polnischer Arbeiter gründen, die sozialdemokratischen Mandaturen bei den Wahlen unterstützen usw. Die Kommission ist des weiteren beauftragt worden, in ständiger Zählung mit der Organisation der deutschen Genossen zu bleiben.

Von den sonstigen Beschlüssen haben wir noch nachstehende Resolutionen hervor:

Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine Verständigung zwischen der deutschen socialdemokratischen Partei und der polnischen socialistischen Partei dringend notwendig ist, und erklären uns solidarisch mit den Beschlüssen des VII. Parteitag der polnischen socialistischen Partei vom 25. und 26. Dezember 1902.

Ein weiterer Antrag wünscht, daß für den Fall erneuter Einigungsversuchen ein Mitglied des neu gebildeten Komitees zur Beratung hinzugezogen werde. Im übrigen wurde lebhaft gefordert, daß während der Wahlbewegung, speziell in den rheinischen Bezirken viel zu wenig politische Partei-Flugblätter zur Ausgabe gelangt seien und nur wenige polnische Veranstellungen abgehalten worden seien.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— In fünf Monaten Gefängnis wurde der Redakteur der „Pfälzischen Post“, Genosse Dickreiter in Ludwigshafen, verurteilt. Er ist der Beleidigung des Oberamtsrichters Hauptmann in Edenkoben und der Frau des Oberamtsrichters auch in Edenkoben schuldig befunden worden. In den zum Gegenstand der Klage gemachten Artikeln war dem Oberamtsrichter zum Vorwurf gemacht worden, daß er ersichtlich seine Dienstpflichten als Richter verlegt habe, und Frau auch war des Meineids beschuldigt worden.

— Wegen Beleidigung der Reichspostverwaltung wurde der verantwortliche Redakteur des „Vollwille“, Genosse Leinert in Hannover, zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte die bekannte Beleidigung der Achselnähre an die Postunterbeamten, die diese selbst bezahlen müssen, kritisiert und war dafür zunächst nur zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Landgericht hatte damals berücksichtigt, daß die Bezahlung der Auszeichnung durch die Ausgezeichneten in der That ungewöhnlich ist und daß der Angeklagte nur mit dem Ausdruck „geradezu unverfälscht“ die Grenzen berechtigter Kritik überschritten habe. Die Bezeichnung der Nähre als Auszeichnung wurde nur als Wiederholung des Urteils der mit der Auszeichnung Bedachten angesehen. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil insoweit auf, als das Wort „Auszeichnung“ nicht als Beleidigung aufgefaßt worden sei.

Der als Junge vernommene Oberpostdirektor mußte zugeben, daß unter den Beamten Unzufriedenheit über die merkwürdige Auszeichnung geherrscht habe.

Trotzdem nahm das Gericht jetzt an, Leinert habe nur Unzufriedenheit erregen wollen, und erkannte auf die erwähnte Strafe.

Gewerkchaftliches.

Schuldig, aber — straffrei!

Diese Arbeitwilligen sind für den Staat besonders nützliche Elemente, welche in ihren mit den Staatsinteressen zusammenfallenden persönlichen Interessen wirksam zuschlagen, eine wichtige und dringliche Aufgabe der Staatsgewalt ist.

Notize zur Fuchthausvorlage.

Nachdem die Terroristen-Prozesse in Breslau bis auf weiteres ihr Ende genommen haben, kommt eine neue, gleich interessante Serie zur Verhandlung. Das sind die Strafverfahren gegen die „Arbeitwilligen“. Wir berichteten schon, daß in einem Prozeß gegen die Arbeitwilligen Gebrüder Kühn, deren Zeugnis unserm Genossen Masala zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verhalf, die acht- und zwölffmalige Vorbestrafung der Brüder festgestellt wurde, ein erheblicher Teil dieser Strafen entfiel auf Körperverletzung. Der dritte Schutzbedürftige, Maurer Klose, Hauptzeuge gegen die Führer des Verbandes in Breslau, erhielt wegen Diebstahls fünf Monate Gefängnis. Am Donnerstag dieser Woche hatte sich der vierte dieser Herren, Tischler Jirz, zu verantworten, jener ehrenhafte Mann, der den Tischlervorstehenden Peilert auf drei Monate ins Gefängnis brachte. Durch die Anklageschrift und das Eingeständnis des Jirz wurde folgender Vorgang gerichtlich erwiesen: Jirz kam aus dem Gefängnis, wo er ein Jahr wegen verschiedener gemeiner Vergehen gefesselt hatte und nahm sofort Streitarbeit an. Der Organisationsleiter, der von dieser Vergangenheit natürlich nichts wußte, traf ihn auf der Straße, gab ihm die Hand, begleitete ihn ein Stück Weges und sagte zu ihm: „Du verrichtest Streitarbeit.“ Sofort fing Jirz laut zu toben und schimpfen an, worauf auch Peilert heftiger wurde und zu ihm sagte: „Dann bist Du ein Streibrot.“ (Hierfür erhielt Peilert die bekannten drei Monate). Jirz sagte nun Peilert mit der einen Hand am Hals und schlug mit der andern ihm ins Gesicht, stürzte dabei, wie er selbst zugiebt, infolge der Kraftanstrengung auf das glatte Trottoir. So der Vorgang, wegen dessen auch Peilert Strafantrag stellte. Er wurde abgewiesen und auf den Weg der Privatklage verwiesen. Die Verhandlung in dieser Sache fand am Donnerstag statt und ergab obiges Bild. Und nun das Urteil. Der Arbeitwillige Jirz, der den Peilert geschlagen, wird für schuldig, aber straffrei erklärt und der Privatkläger mit den Kosten des Verfahrens belastet. Da Peilert den Schlagenden von sich abgewehrt hat, seien die beiderseitigen Mißhandlungen kompensiert!

Berlin und Umgegend.

Achtung! Metallarbeiter!

Die letzte Nummer der Arbeitgeber-Zeitung bringt eine Notiz über den Streik bei Knoll und, wie das ja nicht anders zu erwarten, werden darin die Arbeiter ins Unrecht gesetzt. Das ist ja auch weiter nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die Zeitung von den Verbänden der Arbeitgeber unterhalten wird.

Nachdem jetzt auch diese Zeitung das von der Vereinigung verfaßte Rundschreiben veröffentlicht hat, womit zweifellos gesagt werden soll, daß die Herren ihre Behauptungen vom Unrecht der Arbeiter, trotz unserer Gegenüberstellung, aufrecht erhalten, möchten wir nochmals erklären, daß der Streik bei Knoll nichts mit der Lohnbewegung vom vorigen Herbst zu tun hat. Der Streik bei Knoll ist ein Einzelfall, durchaus in sich abgeschlossen. Vorgegangen sind die Arbeiter hier, weil die Lohn- und Arbeitsbedingungen gar zu schlecht waren. In Streik getreten wurde, weil die Arbeiter trotz ihrer Bemühungen auch nicht einmal einigermaßen Entgegenkommen fanden. Um abweisen zu können, wie beschreiben die Arbeiter von Anfang an waren, genügt es, festzustellen, daß die gestellten Forderungen in keiner Position an die seit Jahren gezahlten Preise anderer Betriebe heranreichen. Jede gegenteilige Behauptung ist un wahr.

Wir möchten hiermit die Vereinigung öffentlich auffordern, mit uns vor ein unparteiisches Forum zu treten, um festzustellen, wer die Wahrheit berichtet und wer die Unwahrheit sagt. Wir schlagen hierzu das Einigungsamt des Gewerbegerichts vor.

Die Herren werden ja, davon sind wir von vornherein fest überzeugt, nicht zum Gewerbegericht kommen. Angeblich, weil es gegen ihre Grundsätze verstößt; aber der wahre Grund ist das böse Gewissen. Die Herren werden zweifellos mit der Ausrede kommen: wir haben unser Einigungsamt, nämlich die Vertrauenskommission. Doch weiß ja jeder, der die Männer kennt, was von der Unparteilichkeit dieser Kommission zu halten ist.

Nachdem wir nun aber den obigen Vorschlag gemacht haben, ist uninteressant alles getan, was wir ihm können, um zu verhindern, daß wegen eines kleinen Wertstärkchens wiederum die gesamte Produktion in der Metallindustrie gestört wird. Der Kampf wird uns von der Vereinigung aufgezwungen, wir nehmen ihn auf in der

weisen Überzeugung, daß nicht wir, sondern die Vereinigung von allen Einsichtigen als Störenfried betrachtet werden wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Packer, Hausdiener und Hilfsarbeiter Berlin!

Aus den Berichten des „Vorwärts“ wird Euch bekannt sein, daß sich unsere Kollegen in den Goldleistenfabriken mit den Vergoldern solidarisch erklärten und mit in den Streik eintraten. Dieselben wollten dadurch versuchen, ihre überaus traurigen Lohnverhältnisse zu verbessern. Die Unternehmer versuchen nun mit allen Mitteln Arbeitswillige anzukurbeln. Besonders ist es die Firma Adolf Bernheimer, Schmidstraße, welche durch Annoncen im „Lokal-Anzeiger“ und in der „Morgenpost“ Hofarbeiter sucht, die aber tatsächlich als Packer Arbeit verrichten sollen. Kollegen! Einem jeden von Euch ist bekannt, daß gerade bei dieser Firma die allererbärmlichsten Löhne bezahlt wurden. Wir appellieren daher an Euer Solidaritätsgefühl und erwarten, daß niemand, so lange der Streik dauert, in den Goldleistenfabriken Arbeit annimmt.

Die Ortsverwaltung I

des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Achtung, Schuhmacher! Der Streik in der Schuhwarenfabrik von Malek in Lindenwalde ist durch Verlegen vor dem Einigungsamt beendet worden. Der von den Arbeitern vorgelegte Lohnantrag ist anerkannt worden bis auf den Lohnsatz der Stepperrinnen, welche anstatt 15 M. 12 M. Wochenlohn erhalten sollen. In den Betrieb können jedoch augenblicklich nur 5 von den in Aussicht getretenen Personen zurückkehren, darunter auch der Vertrauensmann, dessen Entlassung die Ursache zum Ausstand gebildet hatte. Der Grund, daß nur eine solche geringe Zahl die Arbeit wieder aufnehmen kann, ist darin zu suchen, daß Herr Malek sich in Auseinandersetzung mit den Gläubigern befindet und die Eröffnung des Konkurses eintreten kann. Zugleich gelehrter Arbeitskräfte hat nicht stattgefunden. Die Mehrzahl der Ausständigen war auch bereits abgereist.

Die Agitationskommission.

Deutsches Reich.

Der Malerstreik in Magdeburg ist durch einen Vergleich beendet. Der neu abgeschlossene Tarif gilt vom 1. April 1904 bis 31. März 1905. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden und darf nicht über 8 Uhr abends dauern. Außerdem regelt der Tarif noch die Lohnfrage. Da über die Hälfte der Maler bereits zu den von den Gehilfen geforderten Bedingungen arbeitete, hielt es schwer, die Gehilfenverammlung für den Vergleich zu gewinnen. Erst nach heftiger Opposition wurde der vom Innungsvorstand und der Lohnkommission vereinbarte Entwurf mit 112 gegen 60 Stimmen angenommen.

Die Stukkateure sind in Magdeburg in einen Abwehrstreik getreten. — Zugang ist fernzuhalten.

Die Postbesitzer regelten auf ihrem Verbandstag noch ihre internationalen Beziehungen und beschloffen dann noch, Urabstimmungen nur in ganz besonderen Fällen vorzunehmen, in denen aber die Abhaltung einer Generalversammlung nicht thunlich erscheint. Wähler bedurfte jeder Beschluß des Verbandstages über eine Vertrags-erhöhung der Genehmigung der Mitglieder, die durch Urabstimmung eingeholt wurde. Ein Verbandstag solle alle drei Jahre stattfinden. Das neue Statut tritt am 1. Januar 1905 in Kraft, dagegen soll die Änderung auf Verzichtleistung der Agitation unter den Eisen- und Papiergalanterie-Arbeitern sofort in Kraft treten. Bei der Wahl der Verbandsleitung wird zuerst ein Arbeitsvertrag mit dem Beamten angenommen, wonach jeder Seite halbjährliches Kündigungsrecht zusteht. Zum beabsichtigten Beamten wird Weinschild-Offenbach einstimmig wiedergewählt. Kassierer wird Eißig-Offenbach, Vorsitzender des Ausschusses Heindle-Berlin. Der nächste Verbandstag findet 1907 in Berlin statt.

Ausland.

Die Ausperrung in der Diamantindustrie.

Das Kartell der Amsterdamer Arbeiterorganisationen, der „Vehundersbond“ organisiert jetzt eine große Bewegung zur Unterstützung der Ausgeherten. Zur Einammlung von Geldern sollen sowohl in Amsterdam als auch in allen Orten, wo es möglich ist, Kommissionen gebildet werden, die durch Hausbesuch auch danach trachten sollen, möglichst für die Dauer des Kampfes regelmäßige Wochenbeiträge einzusammeln. Durch Versendung von Circularen, Verbreitung von Manifesten und durch Vorträge soll in weitesten Kreisen das Interesse für die Ausgeherten wachgerufen werden. — Alle Gelder sind an den Sekretär des „Vehundersbond“, S. J. Pothuis, Reguliersdovordstraat 73, Amsterdam, zu senden.

In Antwerpen sind am Sonntag und Montag recht erste Ausperrungen vorgekommen, aber nicht unter den Ausständigen, sondern unter den Arbeitgebern, indem diejenigen, die zu den Bedingungen des Diamantarbeiter-Verbandes arbeiten lassen, von den andern arg verprügelt wurden. Einer der Mißhandelten hat die Prügelhelben verlag.

Im übrigen ist die Situation unverändert. Die Streikenden harren einmütig aus im Kampfe und die Mehrzahl der Arbeitgeber scheint auch noch nicht die Absicht zu haben, nachzugeben. Es liegen zwar wiederum Einigungsvorschläge von zwei Arbeitgebern vor, doch hat sich die Arbeitgebervereinigung noch nicht darüber ausgeprochen.

Der Verband socialistischer Korporationen von Belgien hat 40 000 Fr. für die Streikenden bewilligt. Die Verbandsversammlung der Diamantarbeiter Antwerpens sagte am Dienstag den Beschluß, den Beitrag der arbeitenden Mitglieder zur Unterstützung der Streikenden auf 25 Proz. zu erhöhen. Unter diesen Umständen ist vorerst kein Mangel an Mitteln zur Fortsetzung des Kampfes vorhanden.

Soziales.

Heimarbeiter bei Posadowsky.

Die „Tägliche Rundschau“ berichtet über eine Audienz, die dem Hauptvorstande des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands vom Grafen Posadowsky gewährt wurde. Die Deputation sprach den Wunsch nach Ausdehnung der Kranken- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter der Bekleidungsindustrie aus und überreichte eine entsprechende Petition. Als Dularbeitweis für die Rentenberechtigung der Invalidenversicherung gehörte der Deputation auch eine Heimarbeiterin an, die mit 42 Jahren völlig invalide ist.

Graf Posadowsky sagte den Wittstellern, daß er zunächst die Einführung der Krankenversicherungs-Vpflicht der Heimarbeiter für die dringendste Aufgabe halte, der erst später die Invalidenversicherung folgen solle. Er halte es für bedenklich, die so schlecht bezahlten Heimarbeiter aus einmal mit den Beiträgen für beide Versicherungen zu belasten. Als ihm jedoch die Wittstellerinnen sagten, daß sie die Belastung mit den Beiträgen für den Vorteil der Versicherung gern auf sich nehmen würden, soll Graf Posadowsky sofort umgestimmt worden sein und die gleichzeitige Einführung beider Versicherungsarten ins Auge gefaßt haben.

Wenn Graf Posadowsky so leicht unzustimmen ist, dann könnte man annehmen, daß er die Notwendigkeit, vor allen Dingen Maßregeln zur Hebung der Löhne der Heimarbeiter zu ergreifen, wohl eingesehen hätte, wenn er die Heimarbeiter-Ausstellung des jüngsten Kongresses für Heimarbeiterkath im Generalschaftshaus besichtigt hätte. Denn so nämlich die Versicherung der Heimarbeiter gegen Krankheit und Invalidität sind, so sind das doch gegenüber der herrschenden Not gänzlich unzulängliche Maßregeln; die Hebung der allgemeinen Lage der Heimarbeiter ist unendlich wichtiger.

Am Schlusse der Audienz soll der Staatssekretär auch die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Organisation der Heimarbeiter an-

erkannt haben. Leider merken die Arbeiterorganisationen nicht davon, daß die Regierung sie für notwendig hält.

Für die Leipziger Orts-Krankenkasse sind jetzt bereits 80 Distrikts-ärzte thätig. Es laufen noch täglich neue Bewerbungen ein.

Gerichts-Zeitung.

Die „Kammellirke“. Eine Angelegenheit, welche in der Trinitatis-Gemeinde zu Charlottenburg viel Staub aufgewirbelt hat und auch bereits in der Friedrich-Werber-Synode zur Sprache gebracht ist, beschäftigt gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts II. Auf der Anklagebank befanden sich folgende Personen: 1. Bantbeamter, Kirchenassistent der Trinitatis-Gemeinde und Mitglied des Kirchenvorstandes derselben Gemeinde, Heinrich Volkmann, 2. Packermeister Emil Karl Laurisch, 3. Baptistenprediger Benjamin Schilling und 4. Arbeiter und Glöckner Alwin Rosche, sämtlich zu Charlottenburg. Den Beschuldigten wird Beleidigung des zweiten Vorsitzenden des Trinitatis-Wohlfahrtsvereins, Pfarrers Andreas, vorgeworfen, weil sie behauptet haben, daß in dem unter Andreas Aufsicht stehenden Wohlfahrtsheim in der Nacht des Palmsonntages des Jahres 1892 bis in die Karwoche hinein getanzt worden sei. Das Wohlfahrtsheim, welches in Charlottenburg im Volkswalde vielfach „die Kammellirke“ genannt wird, befindet sich Schillerstr. 42 zu Charlottenburg. Im Vorderhause befinden sich Mietwohnungen, während das Hintergebäude von der Krippe, dem Kinderhort, den Räumen für die Diakonissen, sowie einem großen und einem kleineren Festsaal ausgefüllt wird. Diese beiden Säle sind dazu bestimmt, zu religiösen und humanitären Zwecken vermietet zu werden. Das Wohlfahrtsheim untersteht der Leitung des Pfarrers Andreas. Als der Angeklagte Volkmann die vorangeführte Behauptung in der Synode zur Sprache brachte, erhob Pfarrer Andreas sofort entschiedenen Einspruch dagegen. Er behauptete, daß an dem fraglichen Abend der große Festsaal überhaupt nicht vermietet gewesen sei und im kleinen Saal eine Sitzung der Vertrauensmänner der kirchlich-positiven Partei stattgefunden habe, deren Vorsitz der Oberlehrer Heinicke geführt habe. Volkmann hielt trotz dem seine Behauptung aufrecht und zeigte den Prediger Andreas beim Synodal-Vorstand an. Andreas beantragte dagegen Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Volkmann und stellte gleichzeitig Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung. Diese Behörde schickte es ab, gegen Volkmann einzuschreiten, da angenommen werden müsse, daß er sich in Wahrung berechtigter Interessen befunden habe. Erst eine Beschwerde des Predigers hatte den Erfolg der Einleitung des Verfahrens. Da Volkmann die drei Mitangeklagten als seine Gewährsmänner bezeichnete, so wurden auch diese zur Verantwortung gezogen. Der Glöckner Rosche soll seiner Abneigung gegen das Wohlfahrtsheim wiederholt dadurch Ausdruck gegeben haben, daß er es „Berl. ... Kammellirke“ nannte. Im gestrigen Termin trat Prediger Andreas als Nebenkläger auf, es stand ihm Rechtsanwält Hahn als Beistand zur Seite. Der Angeklagte Volkmann wurde vom Rechtsanwält Stettiner, Laurisch vom Rechtsanwält Dr. Schmidt verteidigt. Vor Eintritt in die Verhandlung machte der Vorsitzende Vergleichsvorschläge. Der Nebenkläger erklärte sich bereit, den Strafantrag zurückzugeben, falls sich ein Vergleich finden lasse, wodurch seine vor der Gemeinde herabgesetzte Ehre wieder hergestellt werde.

Die Verhandlungen über diesen Punkt schloßerten an der Weigerung der Angeklagten, eine Erklärung in der von ihnen verlangten Form abzugeben. Der Angeklagte Volkmann erklärte zur Sache selbst, daß ihm vielfache Klagen darüber zugegangen seien, daß im Wohlfahrtsgebäude Vergnügungen stattfänden, welche dem Zweck und dem Charakter des Gebäudes nicht entsprächen. Als ihm von den Mitangeklagten Laurisch und Rosche mitgeteilt worden sei, daß an dem fraglichen Abend über die erlaubte Zeit hinaus getanzt worden sei, habe er sich für verpflichtet gehalten, dies in der Gemeindefassung zur Sprache zu bringen. Die Mitangeklagten wollen nur von anderen Personen Gehörtes an Volkmann weiter getragen haben. Sämtliche Angeklagten stellten in Abrede, es auf eine Beleidigung des Nebenklägers abgesehen zu haben.

Geh. Regierungsrat Raub bekundete als Zeuge, daß seiner Ansicht nach der Kirchenassistent Volkmann wissen mußte, daß die von ihm in der Sitzung vorgebrachten Mißstände bereits als unwahr gekennzeichnet worden waren. Pfarrer Andreas erklärte als Zeuge, daß das Wohlfahrtsheim im wesentlichen seine Schöpfung sei. Er habe leider die Erfahrung machen müssen, daß die Einrichtung vielfach angefeindet wurde.

Rektor Fiebig, der folgende Zeuge, stellte dem Angeklagten das Zeugnis aus, daß er ein Mann von besonderer Wahrheitsliebe sei.

Staatsanwalt Schwarz hielt es für erwiesen, daß im Wohlfahrtsheim nicht in der Nacht zum Palmsonntag in die Karwoche hinein getanzt worden sei. Durch die Hartnäckigkeit, mit der der Angeklagte Volkmann seine falsche Behauptung aufrecht gehalten, sei Pfarrer Andreas in den Augen seiner Gemeinde herabgesetzt worden. Nehme der Gerichtshof an, daß Volkmann in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, so müsse er freigesprochen werden, andernfalls beantrage er gegen ihn eine Geldstrafe von 100 Mark. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt je 30 Mark Geldstrafe.

Die Verteidigung beantragte Freisprechung, weil den Angeklagten der Schw. des 8 193 Str.-G.-B. zur Seite stehe.

Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und erkannte auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Das Beaufsichtigungsdereht des Magistrats. Das Ober-Verwaltungsgericht hatte die Frage zu entscheiden, ob gegen die Beschlüsse einer Stadtverordneten-Versammlung über die Gültigkeit von Wahlen dem Magistrat neben dem Klagerrecht noch das Recht der Beanstandung wegen Gefährdung solcher Beschlüsse zusteht. Die Beanstandung ist im Gegensatz zur Klage an keine Frist gebunden. Der Stettiner Magistrat hatte einen Beschluß auf Gültigkeit zweier Stadtverordnetenwahlen nicht durch Klage angefochten, ihn aber nach Ablauf der Klagefrist auf Anweisung der Regierung beanstandet, weil jeder der beiden Gewählten alleiniger Besitzer eines Hauses hätte sein müssen, was nicht der Fall war. Die Stadtverordneten-Versammlung klagte auf Aufhebung der Beanstandung und machte geltend, daß das Nachmittels der Beanstandung dort wegfallen, wo ein Klagerrecht gegeben sei. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte zu Ungunsten der Stadtverordneten-Versammlung und sprach aus, daß trotz des Klagerrechts auch noch die Beanstandung zulässig sei. Daß die Klagefrist verstrichen war, sei daran unerheblich.

Vom Grafen Packer. Aus Glogau wird berichtet: Graf Packer-Allein-Tschirne, der wegen Beleidigung des Stationsvorstehers von Altein-Tschirne angeklagt war, blieb der für gestern angesetzten Strafammerverhandlung unentschuldig fern. Der Termin wurde auf unbestimmte Zeit verlegt.

Marktpreise von Berlin am 7. April 1904

nach Ermittlungen des (gl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Utr.	17,75	17,71	Kartoffeln, neue D.-Utr.	8,00	8,00
" mittel	17,67	17,63	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,80
" gering	17,59	17,55	" do. Bauch	1,40	1,10
*Roggen, gut	13,00	12,98	Schweinefleisch	1,60	1,00
" mittel	12,96	12,94	Rindfleisch	1,80	1,20
" gering	12,92	12,90	Dammelfleisch	1,80	1,20
†Gerste, gut	13,80	12,90	Butter	2,60	2,00
" mittel	12,80	11,90	Eier	60 Stk.	4,00 2,80
" gering	11,80	11,00	Kartoffeln	1 kg	2,00 1,20
†Hafer, gut	15,00	14,10	Kalb	3,00 1,40	
" mittel	14,00	13,20	Lamm	3,00 1,20	
" gering	13,10	12,30	Schaf	2,20 1,20	
Richtstroh	—	—	Parsche	2,00 0,80	
Dru	—	—	Schleie	3,00 1,40	
Erbsen	40,00	28,00	Stein	1,40 0,80	
Bohnen	50,00	26,00	Krebie	per Schot	15,00 3,00
Linsen	60,00	25,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 9. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Tristan und Isolde.
Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Odh von Derkningen mit der eisernen Hand.
Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Der Haxer von Kirchfeld.
Berliner. Die große Kull.
Verling. Zapfenreich.
Wesien. Die Prinzessin von Trapesunt.
Neues. Minna von Barnhelm.
Rebens. Vater und Sohn.
Central. Der Kaffeebinder.
Nachm. 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.

Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Lumpacivagabundus.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Die Wildente.

Kleines. Des Pastors Rieke.
Zeisen. Kohlenhül'n von Berlin.
Trianon. Das erste Gebot. — Der Dieb.
Carl Weiss. Zwischen zwei Herzen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Tisch.
Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht.
Um andern Morgen.

Metropol. Wein Leopold.
Galano. Wie einst im Mai.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffiner Sängers.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Irania. Tantenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.

Um 4 Uhr: Kus dem Haushalt der freien Natur.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Um großen Hofsaal: Dr. Donath: „Radium“.

Central-Theater.

Heute nachmittag 4 Uhr, halbe Preise, Kinderreuestellung:
Der gestiefelte Kater.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Kaffeebinder.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Sonntag nachmittag 3 Uhr, halbe Preise: Die Fiebermaus.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Kaffeebinder.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Kohlenhül'n von Berlin.
Sonntag nachmittag: Der Kaufmann von Venedig.
Abends: Die relegierten Studenten.
Montag: Der Kaufmann v. Venedig.
Dienstag: Gaspillio des Central-Theaters mit Lia Werber: Die Fiebermaus.
Mittwoch: Romeo und Julia.
Donnerstag zum erstmalig: Dr. Bespe.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Sonnabend:
Gastspiel v. **Adolf Sonnenthal.**
Vater und Sohn.
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:
Der kausche Casimir.
Vorher: Die Empfehlung.
Nachmittag 3 Uhr:
Leontines Ehemänner.
Montag:
Gastspiel v. **Adolf Sonnenthal.**
Die alten Junggesellen.

Metropol-Theater

Zum 26. Male:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
1. Bild: Am Kleinkindersee.
2. Bild: Was giebt's Neues.
3. Bild: Das Ordensfest.
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballett).
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Das grosse April-Spezialitäten-Programm.
9 Uhr: Die sensationelle Novität
Liebesgötter.
Burleske Operette von Schlack und Herrmann.
Im dritten Bild:
Der grosse Götterzug
und die
Sensations-Apotheose.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Zauberposse mit Gesang in 3 Aufzügen von Johann Kestner.
Musik von Adolf Riller.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Montagabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kren
Der Hochtourist
mit neuen Gesangsbelegungen.
Gastspiel in der Metropole.
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Allianzestr. 7/8. Amt VI 233.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Freut Euch des Lebens.
Große Kunst. Posse m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Cirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz unter dem Ehren-Protektorat des Herrn Prof. Dr. Bogas. Entscheidungskampf zwischen
Urban Christoph dem rheinischen Helden und **Jacob Koch** (Deutschland). Ausgeschieden sind bis jetzt nach viermaliger Niederlage: Gienemann, van Doo, Kemmer, Everich, Paul le Reumier, Koepel, Witt, Koebner, Balfotti, Bernard, Robinet, Pierre le Tolosse, Clément le Ferrassier. — Ferner: Debut des **Romeur Morocco**. Das Tollkühnste auf dem Gebiete des Stadtsportplatzes: **Der Saltomortale mit dem Zweirad.** — Ferner: **Der Burghard-Football**, Schultreier. Mademoiselle de Holstein, Schulkinder, aus ihrem islandischen Springfeld Milton. — Zum 106. Male: **Der Automobilsturz.**

Urania. Herrnfeld-Theater.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingstage an der Riviera.
Um 4 Uhr (kleine Preise): **Aus dem Haushalt der freien Natur.**
invalidenstr. 57/62.
Im grossen Hofsaal: Dr. Donath: „Radium“.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Letzter Monat die **Tunesen-Truppe.**
(Afrika in Berlin!)
Grosso Völkerschaustellung!
Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

HEUTE: Zum 227. Malo: Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30.

Casino-Theater.

Lehringstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 8.
Des großen Erfolges bis 14. April verlängert.
Heute letzte Sonnabend-Aufführung.
„Der Raub der Sabinerinnen“.
Vorher das vollste neue Aprilprogramm Freitag, den 15. April: Premierenabend.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Badekuren. Beckers Geschichte.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Vollständig neues Programm.
Oskar Fürst * Lina Goltz.
Heute abend Fortsetzung der **Ringkampf-Konkurrenz.**
Die Ringkämpfe beginnen jeden Abend um 10 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Eichen 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Des Pastors Rieke.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Morgen: **Der Dieb.**

Carl Weiss-Theater.

Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion R. G. Fischer.
Große Frankfurter Straße 132.
Nachm. 4 Uhr halbe Preise: Kinder-Vorstellung: **Max und Moritz.**
Abends 8 Uhr:
Die jährlichen Verwandten.
Zuspiel in 3 Akten v. Rob. Benedy.
Morgen nachm. 3 Uhr: **Procella.**
Abends 7 1/2 Uhr: Die schöne Ungarin.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)

Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Wildente.
Schauspiel in 5 Akten v. Heinrich Wien
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonntagabend 8 Uhr:
Helmat.
Montagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Morgen:
Der eingebildete Kranke.

Belle-Alliance-Theater.

Heute und folgende Tage:
Freut Euch des Lebens.
Große Kunst. Posse m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Cirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz unter dem Ehren-Protektorat des Herrn Prof. Dr. Bogas. Entscheidungskampf zwischen
Urban Christoph dem rheinischen Helden und **Jacob Koch** (Deutschland). Ausgeschieden sind bis jetzt nach viermaliger Niederlage: Gienemann, van Doo, Kemmer, Everich, Paul le Reumier, Koepel, Witt, Koebner, Balfotti, Bernard, Robinet, Pierre le Tolosse, Clément le Ferrassier. — Ferner: Debut des **Romeur Morocco**. Das Tollkühnste auf dem Gebiete des Stadtsportplatzes: **Der Saltomortale mit dem Zweirad.** — Ferner: **Der Burghard-Football**, Schultreier. Mademoiselle de Holstein, Schulkinder, aus ihrem islandischen Springfeld Milton. — Zum 106. Male: **Der Automobilsturz.**

Urania. Herrnfeld-Theater.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingstage an der Riviera.
Um 4 Uhr (kleine Preise): **Aus dem Haushalt der freien Natur.**
invalidenstr. 57/62.
Im grossen Hofsaal: Dr. Donath: „Radium“.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Letzter Monat die **Tunesen-Truppe.**
(Afrika in Berlin!)
Grosso Völkerschaustellung!
Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

HEUTE: Zum 227. Malo: Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30.

Casino-Theater.

Lehringstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 8.
Des großen Erfolges bis 14. April verlängert.
Heute letzte Sonnabend-Aufführung.
„Der Raub der Sabinerinnen“.
Vorher das vollste neue Aprilprogramm Freitag, den 15. April: Premierenabend.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Badekuren. Beckers Geschichte.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Vollständig neues Programm.
Oskar Fürst * Lina Goltz.
Heute abend Fortsetzung der **Ringkampf-Konkurrenz.**
Die Ringkämpfe beginnen jeden Abend um 10 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Eichen 44.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Des Pastors Rieke.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Morgen: **Der Dieb.**

Carl Weiss-Theater.

Bürgerliches Schauspielhaus.
Direktion R. G. Fischer.
Große Frankfurter Straße 132.
Nachm. 4 Uhr halbe Preise: Kinder-Vorstellung: **Max und Moritz.**
Abends 8 Uhr:
Die jährlichen Verwandten.
Zuspiel in 3 Akten v. Rob. Benedy.
Morgen nachm. 3 Uhr: **Procella.**
Abends 7 1/2 Uhr: Die schöne Ungarin.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Kellner-Truppe Italienische Akrob.
Littke Carlsen Im Ball-Foyer.
Paul Conchas In seiner Scene im Bivouak.
Inson Baker-Trio Springer.
Cincinnati Jongleur.
Helena Land Vortrags-Soubrette.

Costantino Bernardi

Verwandlungsschauspieler
Siegwart Gentes Humorist.
Orforda Wunder-Elefanten.
Peschhoff-Truppe Russische Tänzer.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissement.
Biograph.

Reichshallen

Steffiner Sängers
Zum Schluß: Real Cirkus Tanz und Cirkus Busch.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers.
Nach jeder Soiree: **Tanzkonzerten.**
Dienstag, den 12. April: **Keine Vorstellung.**

Frühels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Sonntag, den 10. April:
Grosso Extra-Vorstellung.
Karburger Sängers
Anf. 6 Uhr. Entree 20 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr:
Burmeisters Goethe-Ens.
Grosser Theater-Abend.

Restaurant „Neue Mühle“

Dampfer-Station.
Robert Riedel.
Empfehle den geachteten Vereinen und Gesellschaften mein herrlich am Wald und Wasser gelegenes Stablfestmessen. Großer Garten, 2000 Personen fassend, verdeckte Hallen und Veranden, zwei Regalbahnen. Feinstgebackene Biere und Weine erster Häuser. Borghälliche Küche. (48282)
Ständlicher Verkehr vom Bahnh. Bahnhof bis Königs-Bücherhauften.

SPECIALITÄT: Solide hürgerl. Einrichtungen von 250—3500 Mark.

Bar oder Teilzahlung
Kein Knechtzwang.

Möbel

Keine Ladenmiete
Geringe Unkosten
Kleiner Nutzen
Grosser Umsatz
Reelle Ware
Niedrige Preise
Coul. Bedingungen

Wilh. Misch

Berlin NO.
Gr. Frankfurterstr. 45-46, I u. II.
gegenüber der Markusstrasse.

Bros Gesellschafthaus am Damerhof.

Inhaber: **H. Degebrodt**
vom Straubschloß am Müggelsee.
Empfehle Jabeliten, Beeren und Korporationen für Sommervergängen und Ausflüge nach großartig gelegenen Lokal. Zwei große Säle, Hallen, genügende Redemöbel, Belustigungen aller Art. Constante Preise.
H. Degebrodt.

Cigarren-Fabrik-Lager

Rosenstrasse 18, I. Etage (nahe Bahnhof Börse) Rosenstrasse 18, I. Etage.
Billigste Bezugsquelle für Händler!
Cigarren mit langer Einlage . . . von M. 10.— } per Mille } u. in allen übrigen
garantiert rein überseeisch schon . . . 24.75 } an } Preislagen.
Verkaufszeit: 8—1 u. 2/3—8 Uhr.
Für Neu-Etablierung nur durchaus gelagerte Ware in allen Preislagen.
BELL & CO.
Fernsprecher: III 3719

Vorwärts - Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.
Schriften von Karl Marx:
Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 233/1*
1. Bd.: Der Produktionsprozeß des Kapitals. 4. Aufl. R. 9.—; in Halbtz. geb. R. 11.—
2. Bd.: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals. 2. Aufl. R. 8.—; in Halbtz. geb. R. 10.—
3. Bd.: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Zwei Teile. R. 10.—; in Halbtz. geb. R. 14.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld der Philosophie. Antwort auf Broudhons „Philosophie des Geldes“. Deutsch von Ed. Bernstein und R. Kautsk. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Krieg vor den Köner-Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuh der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (2. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. R. —.30
Revolution und Kontor-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsk. Broch. R. 1.50; geb. R. 2.—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. R. 1.—

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50.

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. R. 1.—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. R. —.30
Enthüllungen über den Kommunismus-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. R. —.25
Sohnarbeit und Kapital. Separat-Abdruck aus der Neuen Rheinischen Zeitung vom Jahre 1849. R. —.20
Das Geld

Der bekannte Trakehner Schulprozeß

wurde gestern noch einmal vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Heidrich verhandelt. Die Vorgeschichte des Prozesses ist hinlänglich bekannt. Die abermalige Verhandlung ist dadurch notwendig geworden, daß das Reichsgericht das erste Urteil (200 M. Geldstrafe) auf die Revision des Angekl. Lehrers Ridel-Trakehnen hin aufgehoben hat. Die Revision des Sanitätsrats Dr. Paalzow, der als Verfasser des im „Pferdefreund“ erschienenen, den Landesfallmeister v. Dettingen beleidigenden Artikels in erster Reihe zur Verantwortung gezogen wurde, ist durch den inzwischen erfolgten Tod des Dr. Paalzow erledigt. Zur heutigen Verhandlung ist nur ein Zeuge erschienen. — Der Angeklagte Lehrer Otto Ridel ist aus Trakehnen zum Termin hierher gekommen. Er wird vom Rechtsanwält Sonnenfeld verteidigt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Weed. — Unter Anklage steht ein Artikel in Nummer 5 des „Pferdefreundes“ vom 10. Februar 1900 unter dem Titel „Graf Lehndorff und die preussische Justizverwaltung“, zu welchem der Angeklagte Ridel dem Dr. Paalzow das Material geliefert hatte, soweit die Verwaltung des Herrn v. Dettingen und die Zustände in Trakehnen in Frage kamen. Herrn v. Dettingen wurde in dem Artikel Zwiweln und Anfechtungen der Lehrer, allerlei Chikanierungen derselben, Verletzung gesetzlicher Vorschriften über die Sonntagsruhe und die verschiedensten Maßnahmen zum Vortour gemacht, durch die die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zugenommen hätten. Der verstorbene Sanitätsrat Dr. Paalzow hat seiner Zeit bei seiner ersten verantwortlichen Vernehmung die volle Verantwortung für den Artikel übernommen und die Nennung eines Gewährsmannes abgelehnt. Angell. Ridel erklärt, daß er den Sanitätsrat Dr. Paalzow bis dahin nicht gekannt habe. Dieser habe sich eines Tages mit der Anfrage an ihn gewandt, ob er ihm über die Zustände in Trakehnen, über welche ihm viele Beschwerden zugegangen seien, zuverlässige Angaben machen könne. Lediglich dies habe er getan und Herrn Dr. Paalzow naech Tatsachen mitgeteilt, durch die einige Beschwerden bestätigt wurden. Er habe Dr. Paalzow nicht erachtet, die Sache in die Zeitung zu bringen, im Gegenteil habe er ihm gesagt, daß er

nicht etwa in sozialdemokratischen Blättern

etwas in der Angelegenheit unternehmen möchte. Dr. P. habe ihm darauf geantwortet, daß er vielleicht im „Pferdefreund“ das Material veröffentlichen werde. Der bei ihm vorgefundene angebliche Korrekturbogen sei ein Wärfenabzug, der ihm kurz nach dem Erscheinen des Artikels zugesandt worden sei. Der Inhalt einer bei ihm vorgefundenen Korrespondenz mit Lehrern und anderen Personen beziehe sich allerdings auf einzelne Beschwerdepunkte, zum Teil handle es sich aber um Tatsachen, die zwar zum Gegenstand der Anklage gemacht sind, wegen deren aber eine Verurteilung nicht erfolgt ist. Der Schwerpunkt der bei dem Angeklagten beschlagnahmten Skripturen liegt in dem schon erwähnten Korrekturbogen, der die Anklage wegen Weibhülle hauptsächlich stützen soll. Der Korrekturbogen enthält mehrfache Verbesserungen orthographischer und grammatikalischer Art. Der Angeklagte bestreitet, daß die Verbesserungen von ihm herrühren und behauptet, daß ihnen dieser Wärfenabzug nach dem Erscheinen des Artikels per Post zugesandt worden sei. Wenn es sich um einen „Korrekturbogen“ handelte, hätte man ihn doch nicht bei ihm vorfinden können, denn da hätte er ihn doch zurückgeschicken müssen. — Staatsanwalt Weed: Siebt der Angeklagte zu, kurz vor dem Erscheinen des Artikels zu mehreren Personen gephört zu haben; Rächstens wird im „Pferdefreund“ ein Artikel erscheinen und dann wird der Landstallmeister gehen? — Angell.: Nein, das habe ich nicht gehört. — Der Staatsanwalt überreicht zwei vom Angeklagten herübergehende Eingaben an die Schulaufsichtsbehörde vom 20. Juni 1900 und an den Minister vom 18. Januar 1902, aus denen hervorgehe, daß der Angeklagte sich der Verantwortlichkeit für den inkriminierten Artikel bewußt sei. — Rechtsanwält Sonnenfeld: Der Angeklagte wiederhole das, was er schon früher gesagt habe; er übernahm die Verantwortung für die tatsächlichen Behauptungen des Artikels. — Auf die Frage eines Beisitzers an den Angeklagten, ob er sofort nach dem Amtsantritt des Herrn v. Dettingen begonnen habe, Material gegen diesen zu sammeln, erklärt der Angeklagte, daß dies keineswegs der Fall sei. Einige berechtigte Beschwerden, die er an Herrn v. Dettingen gerichtet hatte, seien abschlägig beschieden worden und es habe sich nach und nach ein feindseliges Verhältnis herausgebildet. — Auf Vorhalt des Referenten giebt der Angeklagte zu, daß ihm auf eine an den Minister eingereichte Beschwerde mehr Takt und Vorsicht gegen seine Vorgesetzten unter Androhung disziplinarischer Strafen angeraten worden ist. — Der Referent verweist ferner darauf, daß in den Landtagsverhandlungen vom 10. und 11. Februar d. J. der Minister v. Pöddelock Herrn v. Dettingen als einen Mann geschildert habe, der

seinen Pflichten voll und ganz nachkomme

und bestrebt gewesen sei, die Differenzen mit seinen Untergebenen möglichst zu schlichten. — Auf den Vorhalt, daß ihm doch bekannt sein müsse, daß er nicht öffentlicher Volkschulmeister, sondern Gehaltslehrer sei, bestreitet dies der Angeklagte. Seine heute noch in Kraft stehende Anstellungsurkunde sei von der königlichen Regierung unterzeichnet. Inzwischen haben sich diese Dinge durch die Verordnung vom 18. März 1898 geändert. Er habe gar keinen persönlichen Groll gegen Herrn v. Dettingen, sondern sei nur bestrebt gewesen, sein Recht zu erkämpfen, denn er sei pekuniär sehr geschädigt worden. — Präsi.: Wie ist denn der Sanitätsrat Dr. Paalzow gerade auf Sie verfallen? — Angell.: Das weiß ich nicht. Er hatte wohl erfahren, daß ich mehrere Beschwerden an den Landwirtschafts- und den Kultusminister gerichtet hatte. — Präsi.: Hat sich nun seit dem Jahre 1900 etwas in den Schulverhältnissen geändert? — Angell.: Es sind Schulhäuser gebaut, die Aderbestellung hat sich gebessert, in Bezug auf die Führen hat sich die Sache so gestaltet, daß einzelne Lehrer Führer gestellt bekommen. Er selbst erhalte überhaupt kein Führer. — Präsi.: Ist Ihre Stellung zu Herrn v. Dettingen geändert, oder noch dieselbe? — Angell.: Dieselbe. Ich habe der organischen Verordnung natürlich Gehorsam geschenkt und muß Herrn v. Dettingen als meinen Vorgesetzten betrachten. — Auf Vorhalt des Referenten giebt der Angeklagte zu, mit den Abgg. Kopsch und Ridel in Verbindung gestanden zu haben.

Als einziger Zeuge wird der Expedient des „Pferdefreundes“, Herr Stühling, vernommen. Er hat Ridel nie gesehen. Der Artikel sei vom Sanitätsrat Dr. Paalzow gebracht worden, das Manuskript rühre von diesem her. Ueber die Art, wie der Korrekturbogen zu dem Angeklagten gekommen, weiß der Zeuge nichts zu sagen. Die Handschrift der Korrekturen scheine ihm von dem Dr. Paalzow her zu rühren.

Auf die Verlesung der kommissarischen Zeugenaussagen wird verzichtet.

Staatsanwalt Weed:

Der Artikel enthalte schwere Beleidigungen gegen Herrn v. Dettingen. Die Anklage wegen Weibhülle lasse er fallen und plädiere auf Mithäterschaft. Der Korrekturbogen sei für ihn ein Beweis für die Schuld des Angeklagten. Wer sollte ihn den Vogen zugesandt haben? Von der Druckerei sei dies nicht geschehen. Jedemfalls habe Dr. Paalzow den Vogen gefandt; daß dies erst nach dem Erscheinen des Artikels geschehen sei, glaube er nicht. In dem Artikel kommen viele offenkundige Namen vor, die nicht jedem geläufig seien, und deshalb habe Dr. P. wohl den Korrekturbogen an den Angeklagten geschickt. Dr. P. wolle auch in Meinungen nichts ohne Ridel thun und so haben sie denn beide vollständig gemeinsam gehandelt. Wenn der Angeklagte sage, er habe

keinen Groll gegen den Herrn v. Dettingen, so widerspreche dieser Versicherung sein Auftreten in der letzten öffentlichen Verhandlung. Als diese fast zu Ende war, sei der Angeklagte, isoliert von dem Sanitätsrat Dr. Paalzow und seinem eignen Verteidiger, noch mit der schweren Anschuldigung hervorgetreten, daß sich Herr v. Dettingen gegen das siebente Gebot vergangen habe. Er habe sich auch nicht davon abbringen lassen, und schließlich hat sich der schwere Vorwurf als ganz hinfällig erwiesen. Er beantrage gegen den Angeklagten 200 M. Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis.

Rechtsanwalt Sonnenfeld:

Die Freisprechung sei zwingend geboten. Die Vorbringung des letzten, vom Staatsanwalt erwähnten Weisungsantrages werde man dem Angeklagten nicht so sehr verübeln können, wenn man bedenke, daß er ihn im Laufe einer aufregenden Verhandlung gestellt habe. Es handle sich hier nur um Weisungen nach § 188, und das Reichsgericht habe schon festgestellt, daß die Mitteilungen, die der Angeklagte dem Dr. Paalzow gemacht, zu einer Verurteilung desselben nicht geführt haben. Der Angeklagte habe durch seinen Brief an Dr. Paalzow bewiesen, daß er von ernstem Interesse geleitet wurde und darauf hingielte, daß die Mitteilungen nicht etwa zu politischem Skandal ausgedeutet würden, sondern an die Stelle kämen, von der Abhilfe zu erwarten wäre. Er habe in keinerlei Beziehung zur Formgebung des Artikels gestanden, den Korrekturbogen habe er ohne sein Zutun zugesandt erhalten und habe gar keine Rücksicht, den Sanitätsrat Dr. Paalzow von der Veröffentlichung abzuhalten. Sollte der Gerichtshof seine frühere Ansicht ändern und etwa § 186 annehmen, so würde ein unangenehmer Wahrheitsbeweis notwendig sein. Er beantrage die Freisprechung des Angeklagten.

Diesen Antrag wiederholt der Angeklagte persönlich. Nach halbständiger Beratung wurde das Urteil dahin verkündet: Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß nicht Weibhülle, wohl aber Mithäterschaft vorliegt. Es gewinnt diese Ueberzeugung aus der Stellung des Angeklagten zum Landstallmeister v. Dettingen einerseits und dem Dr. Paalzow andererseits. Daß dem Angeklagten die Form des Artikels bekannt gewesen, ergebe sich aus den bei ihm vorgefundenen Korrekturbogen und aus einem an ihn gerichteten Schreiben vom 19. Februar 1900. Der Gerichtshof hat deshalb den Angeklagten wieder zu 200 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis verurteilt, Herrn v. Dettingen die Publikationskosten im „Pferdefreund“, der „Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen“ und der „Kreuz-Zeitung“ zugesprochen und die Unbrauchbarmachung der Platten und Formen verfügt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Biße! Den Parteigenossen, Gewerkschaften, Vereinen u. zur Nachricht, daß das Lokal von C. Kulkowski auf Rauchfangswerder zu einer Versammlung neuerdings betragt worden ist, daselbe ist daher nach wie vor als gesperrt zu betrachten; es wird daher ersucht, das Lokal streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

In Wilmersdorf finden am Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche die Stichwahlen zur Gemeindevertretung statt. Die Wahlhandlung geht wie bei der Hauptwahl im Lokal Victoriagarten, Wilhelmstraße 114, in den Stunden von 10—2 Uhr und 4—8 Uhr vor sich. Wie bekannt, ist die Rechtmäßigkeit der Arbeiterpartei daran schuld, daß es überhaupt zu einer Stichwahl gekommen ist; nur wenige Stimmen fehlten der Sozialdemokratie an der absoluten Mehrheit. Jetzt ist es Sache der Wähler der dritten Abteilung, den begangenen Fehler wieder gut zu machen. Die Arbeiterpartei steht in sich geschlossen da; von der Energie der bisher Pässigen hängt es ab, ob die Arbeiterpartei des Ortes ihre Interessen nach wie vor durch die Sozialdemokratie vertreten lassen will oder ob Regierungsbeamten und Terrainpekulanten das Wohl und Wehe des Proletariats anvertraut werden soll. Die Gegner sind außerordentlich rührig; es gilt also zur Stichwahl die ganze Kraft einzusetzen.

In einer am Sonntagnachmittag 4 Uhr in Wittes Volksgarten, Berlinerstraße 40, stattfindenden Volksversammlung wird Stadterordneter Paul Hirsch-Charlottenburg über die Bedeutung der Gemeindevahlen einen Vortrag halten. Es wird zahlreiche Besuch erwartet.

Schöneberg. Am Dienstagabend findet im Obis'schen Saale, Meiningersr. 8, eine öffentliche Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Georg Ledebour: „Der Sozialkurs“.

Hohen-Schönhausen. Die Gemeindevahl für die dritte Wählerklasse findet am Montag, den 11. April, nachmittags von 1—3 Uhr, bei R. Schulz statt. Kandidat ist für die Sozialdemokratie wiederum Max Zehle. Parteigenossen! Es muß Ehrensache sein, auch den letzten Wähler an die Wahlurne zu bringen. Die Wahlmögler bei der für ungültig erklärten Wahl müssen gewahrt werden, daß die Zeit der Mogelei vorbei ist. Die Berliner Arbeiter werden dringend gebeten, ihre in Hohen-Schönhausen wohnenden Arbeitskollegen am Montag zu veranlassen, die eine Stunde Zeit zu opfern, selbst aber etwaige Verbindungen mit den Ortsbewohnern über Sonntag fleißig zur Propaganda auszunutzen. Schönhauser Genossen! Am Sonntag früh findet eine Flugblattverbreitung von Krause aus statt. Alle Mann auf Posten!

Nieder-Schöneweide. Am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr findet bei Franz Grinauerstr. 5, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Um das Erscheinen aller Parteigenossen wird gebeten.

Ober-Schöneweide. Die Genossen werden ersucht, morgen, Sonntag früh 7 1/2 Uhr in den bekannten Lokalen sich zahlreich zu einer Verbreitung einer Agitationsnummer des „Vorwärts“ einzufinden. Der Vertrauensmann.

Königs-Wusterhausen. Der Wahlverein hält am 10. April seine Monatsversammlung im Lokale des Herrn Ballmüller (vorm. Deher) um 3 Uhr nachmittags ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Kassieren der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Ratgeber. 3. Vereinsangelegenheiten. Am zahlreichem Besuch bittet Der Vorstand.

Lokales.

Mit der Regelung der Sonntagsruhe in Fabrik, Engros- und Bankgeschäften

befasste sich die Gewerbe-Deputation des Magistrats in ihrer letzten Sitzung. Bekanntlich hatte die Deputation bereits am 18. Februar vorigen Jahres beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, orisstatutarische Bestimmungen zu treffen, welche die Sonntagsruhe in den genannten Geschäften verbieten mit der Maßgabe, daß als notwendig sich erweisende Ausnahmen zugelassen werden sollten. Leider ist der Magistrat dem Beschlusse der Deputation nicht beigetreten. Es wurde vielmehr noch eine Subkommission eingesetzt, welche die Angelegenheit weiter prüfen sollte. Die Kommission hat nun eine Anzahl hiesiger selbstständiger Gewerbetreibender der genannten Branchen eingeladen, um deren Meinung über das Verbot resp. die Einschränkung der gesetzlich zugelassenen fünfständigen Sonntagsarbeit zu hören. Wie nicht anders zu erwarten, wollten diese Unternehmer von einem gänzlichen Verbot nichts wissen. Selbst solche, die in ihren Geschäften Sonntags nicht arbeiten lassen, sprachen sich zum Teil gegen ein Verbot oder eine Einschränkung durch Orisstatut aus; sie wollen eben freie Hand behalten.

Die Subkommission hielt jedoch den Erlaß eines Orisstatuts für durchaus erforderlich. Ihr Berichterstatter, Stadterordneter Naach, beantragte deshalb am Mittwoch in der Plenar Sitzung der Gewerbe-Deputation, den Magistrat zu ersuchen, ein Orisstatut zu erlassen, welches die zulässige Arbeitszeit in den Fabrik-, Engros- und Bankgeschäften an den Sonntagen auf zwei Stunden (von 8 bis 10 Uhr vormittags) beschränkt. Von dieser Beschränkung solle jedoch das Expediteurgewerbe und die Nahrungs- und Genussmittelbranche ausgeschlossen werden.

In der Diskussion bedauerte Stadter. Borgmann, daß bei der Vernehmung nicht auch die Handelsgeschäfte herangezogen worden seien. Er beantragte, die Sonntagsarbeit vollständig zu verbieten, im Falle der Ablehnung dieses Antrages aber die zweistündige Sonntagsarbeit auch für die Nahrungs- und Genussmittelbranche als Maximum gelten zu lassen.

Von anderer Seite wurde erwidert, daß zu dem gänzlichen Verbot der Sonntagsarbeit die Zustimmung des Magistrats schwierig zu erreichen sein würde. Man solle, um etwas zu erreichen, den Antrag der Subkommission annehmen, um dann später einen Schritt weiter zu gehen.

Nach längerer Debatte wurden die Anträge Borgmann abgelehnt und der Antrag der Subkommission von der Gewerbe-Deputation angenommen. — Nunmehr wird sich der Magistrat mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. — Wie wollen hoffen, daß er sich nicht ablehnend verhält, umsomehr, als andre Städte in dieser Frage bereits längst eingeschritten sind zum Schutze der Handelsgeschäfte durch Erlaß orisstatutarischer Bestimmungen. Ist doch z. B. in Stuttgart die Sonntagsarbeit durch Orisstatut gänzlich verboten worden.

Mit dem von der Jahnkünstler-Zunft angebotenen Beitrag von 500 M. zu den Kosten der Einrichtung einer Klasse für Jahntechniker an der II. Handwerker-Schule erklärte sich die Gewerbe-Deputation einverstanden. Ferner wurde die Genehmigung erteilt zur Ausstellung der in der Fachschule für Klempner und in deren Lehrwerkstatt gefertigten Schülerarbeiten auf der vom 28. Mai bis 15. Juni d. J. hier stattfindenden VIII. Jahrausstellung des Verbandes deutscher Klempner- und Installateur-Zünfte.

Zu Mitgliedern des Kuratoriums der Fachschule für Klempner wurden Stadterordneter Meyding als Mitglied der Gewerbe-Deputation und der Klempnermeister Augustin gewählt.

Aus den Zinsen des Fonds für gewerbliche Ausstellungen wurden 600 M. zur Beschaffung von Reizzeugen u. für unbemittelte Schüler hiesiger Fachschulen und der Fachschule für Klempner 300 M. aus der Weber-Stiftung bewilligt.

Der Magistrat soll ersucht werden, der Frage näher zu treten, ob sich beim Bau neuer Turnhallen auf den städtischen Schulgrundstücken mit diesen Hallen zugleich Werkstätten für Fachschulen verbinden lassen.

Freibäder und Badehofenzwang.

An die Deutsche Gesellschaft für Volksbäder hat ein Münchener Professor eine Eingabe gerichtet, die folgenden beachtenswerten Inhalt hat:

Da die Hauptfrage von unschätzbarem Wert für die Gesundheit ist, sollte man das Baden möglichst zu fördern und auf jede Weise dem Volke zu erleichtern suchen. Zwar muß anerkannt werden, daß in diesem Punkte in den letzten Decennien in unrem Vaterlande besonders infolge der Bemühungen der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder schon viel gethan worden ist durch Errichtung von Badeanstalten mit billigen Schwimmbädern oder Brausebädern, aber im Interesse der Volkshygiene kann bezüglich der Reinlichkeit nie genug gefordert, je mehr desto besser. Von wirklich idealen Zuständen sind wir doch in dieser Hinsicht immer noch ziemlich weit entfernt. So würden sich zum Beispiel die Gemeindevorstände aller an einem Flusse oder See gelegenen Ortschaften entschließen ein Verdienst um die ganz unbemittelte Bevölkerung dadurch zu erwerben, daß sie für unentgeltliche Badegelegenheiten sorgten, wo diese noch gänzlich fehlen, oder indem sie die bereits bestehenden Freibäder wirklich zu solchen in des Wortes uneingeschränkter Bedeutung machen würden und zwar durch einfache Aufhebung des Badehofenzwanges. Wie viele arme Leute würden gern manchmal ein erfrischendes Bad nehmen, besonders wenn sie in die Gegend des sogenannten Freibades kommen, müssen es aber unterlassen, weil sie keine 5 Pfennig übrig haben, um sich an der Kasse eine Hofe zu leisten. Ein Tuch zum Abtrocknen ist ja entbehrlich, aber die vor-geschriebene Schürze müssen sie haben, und so suchen sie nicht selten verbotene Stellen auf, wo sie sich der Gefahr des Ertrinkens aussetzen. Man erhebe nicht den Einwand, daß die vorgeschlagene Erleichterung des Badens aus Sittlichkeitsrücksichten nicht zulässig sei, denn Tatsache ist, daß z. B. in den großen Schwimmbadeanstalten von Kopenhagen und Stockholm der Badehofenzwang nicht existiert, wo eben alles, vom Ältesten bis zum Jüngsten, im Adamskostüm vor dem Sündenfall unversehrt. Einbein der Jellen hat sich jahrelang in der dänischen und schwedischen Hauptstadt aufgehalten, fast täglich in den Sommermonaten das Schwimmbad besucht und niemals auch nur die geringste Indecenz daselbst bemerkt. In London erblickt man im Ophdepark im Sommer jeden Morgen und Abend zu einer polizeilich erlaubten Stunde Hunderte von Leuten jeder Altersstufe, die zum Serpentine strömen, ganz im Freien auf der Wiese ihre Kleider niederlegen, dann vollständig unbekleidet baden und im gleichen Zustande nachher am Ufer umherlaufen. Dies geschieht in einem der feinsten, nicht abgesperrten Teile des Hyde-Parks. Ein normal veranlagter Mensch hat auch wahrhaftig keinen Grund, sich vor gleichgeschlechtlichen Personen zu schämen, ins Bad zu steigen, wie ihn Gott geschaffen. Und wohl nirgends findet sich ein Gefeg, das den Gebrauch von Schwimmbädern für solche Bade-Etablissements vorschreibt, deren Interieur den Blicken der Außenwelt vollständig entzogen ist, z. B. durch Bretterverschläge, die, wo nicht vorhanden, leicht hergestellt werden können. Ebensovienig wie beispielsweise in den beiden Ländern Dänemark und Schweden, deren Bewohner zu den zivilisieristen der Welt gehören, wird auch in Deutschland gewiß kein erfahrener Jurist gegen das gemeinsame Baden gänzlich nackter Individuen gleichen Geschlechts den Groben Unfugs-Paragrafen heranziehen wollen. So hat Verfasser dieser Zeilen noch vor wenigen Jahren auch in dem mittel-deutschen Orte keiner früheren Amtshängigkeit mit hohen Gerichtsbeamten, Offizieren, katholischen Geistlichen, dem Polizeichef und andern nicht nur älteren, sondern auch ganz jungen Leuten gemeinschaftlich in absoluter Kälte geschwommen, einfach darum, weil der Anstaltsbesitzer keine Schürzen eingeführt hatte und es auch keinem Menschen einfiel, sich selbst eine solche mitzubringen. Also fort mit dem Badehofenzwang, damit selbst der ärmste Teil der Bevölkerung jederzeit ein wohlthuendes Reinigungsbad ohne Kosten und Gefahr genießen kann. Denn daß die allermeisten Menschen nicht spontan, sondern nur durch das auf Polizeiverordnungen beruhende Vorgehen gezwungen sich eines Schürzes bedienen und auf denselben gern verzichten, davon wird man sich bald auch bei uns überzeugen können, ebenso wie in den genannten nordischen Ländern, die unbekannt, was hierbei normal betont werden möge, auf einer hohen Kulturstufe stehen. Unserer außerordentlich verdienstlichen Gesellschaft für Volksbäder würden sicher die minder bemittelten Volksklassen Dank wissen, wenn sie die Vereinfachung des Badehofenzwanges in geschlossenen oder gehörig verdeckten Bade-Anstalten durchsetzen wollten und könnte.

Eine antisemitische Abersheit. Die „Staatsbürger-Zeitung“, das dümmste Blatt Berlins, schreibt vom Kongresse der Handels-Transport- und Verkehrsarbeiter:

„Einiges Bekremden hat es erregt, daß eine größere Anzahl von Angehörigen der Orts-Krankenkasse für Kaufleute, Handelsleute und Apotheker“ sich an den Verhandlungen dieses Kongresses beteiligten, obwohl man noch niemals gehört hatte, daß diese irgendwie etwas mit dem Transportgewerbe zu thun gehabt haben. Dies muß gegenüber dem ewigen Räsonnieren der Socialdemokratie über die Beteiligung von Beamten an nationalen Kundgebungen besonders betont werden, da die genannte Orts-Krankenkasse unter socialdemokratischer Leitung steht, da die Angestellten dieser Kasse nicht dafür bezahlt werden, um an solchen Kongressen teilzunehmen, die sie gar nichts angehen, und da man der Ueberzeugung ist, daß diese Leute zu diesem Zwecke keinen Urlaub erhalten haben.“

Den antisemitischen Dummköpfen sei zunächst gesagt, daß die Socialdemokratie noch niemals darüber räsonniert hat und niemals darüber räsonnieren wird, wenn Beamte oder beliebige andre Leute an nationalen oder beliebigen andern Kundgebungen freiwillig teilnehmen. Kritik über wir nur dann, wenn Beamte oder andre abhängige Leute zu Kundgebungen kommandiert werden, von denen ihr Herz nichts weiß. Die Teilnahme einiger Angestellten der Orts-Krankenkasse der Kaufleute und Handelsleute an dem Kongresse der Handels-Transport- und Verkehrsarbeiter erklärt sich sehr einfach aus dem Umstande, daß sie als Mitglieder dieses Verbandes ein Mandat zur Teilnahme an dem Kongresse hatten. Daß sie zur Ausübung dieses Mandats Urlaub erhielten, ist ebenso selbstverständlich. Hätten sie ihn nicht erhalten, dann wäre die „Staatsbürger-Zeitung“ sehr eilig bei der Hand, um über — den Terrorismus des „socialdemokratischen“ Klassenverbandes zu zeteren, der seine Angestellten an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes hindere.

Gegen den Elbkieß, der jetzt statt des groben Sandes in den Berliner Straßen als Streumaterial verwendet wird, macht eine kürzlich abgehaltene Versammlung von Fuhrverlebsägern, Automobilisten und Radfahrern Bedenken geltend. Der Elbkieß besteht der Hauptsache nach aus Quarzstücken, die im Laufe der Jahrhunderte glatt geschliffen sind und ist von fast runder Form. Wird der Kies sehr dick aufgetragen, so bietet er nach dem Urteil der Versammlung einen sicheren Boden für den Pferdehuf. Ein detart starker Anstrich ist aber unthunlich wegen der hohen Kosten. Trotzdem wurde keine Einführung von den Pferdebesitzern anfänglich als Verbesserung empfunden, weil er nicht ganz so schnell zu Staub zerfallen würde, wie der früher angewendete Sand. Als bald aber stellte sich die Schattenseite heraus. Die Quarzstücke sind von großer Härte. Durch den Reib der Pferde werden sie, besonders auf dem Asphalt, meist nicht sofort zertrümmert, vielmehr aber rutschen die Pferde auf den Quarzstücken aus und stürzen. Dagegen werden die Steinchen durch die Räder, besonders die von Lastwagen, zerfahren. Wegen der großen Härte des Materials erhält der sich bildende Staub noch in den mikroskopisch kleinen Teilchen scharfe Kanten und nadelspitze Ecken, zeigt also eine Eigenschaft, die ihn zunächst für die Lungen von Menschen und Pferden äußerst verderblich erscheinen läßt. Daß diese glasharten Splittchen für Automobil- und Fahrradreifen geradezu verhängnisvoll wirken, liegt auf der Hand. Aber auch Verletzungen von stützenden Pferden durch die Steinplättchen sind vielfach festgestellt, besonders Verletzungen der Kniekehle. Alle diese Uebelstände zeigt der heimlich grobe Sand in viel geringerem Maße, er ist deshalb als Abstreifungsmaterial vorzuziehen.

Die Herren, die diese Ansicht geäußert haben, empfehlen schließlich, mit öligen Flüssigkeiten in der Straßenbesprengung Versuche zu machen. Namentlich habe sich eine Verbindung von Wasser und Petroleum bewährt. In einer am Dienstag nächster Woche im Spatenbräu in der Friedrichstraße stattfindenden Versammlung wollen die Interessenten sich weiter mit der erörterten Frage befassen.

Das Mafat gegen den Milchpantser. Durch Anheftung eines quadratischen roten Plakates in Augenhöhe an den seinem Geschäft nächstgelegenen Anschlagäulen sollte die von der 139. Abteilung des Amtsgerichts I ausgesprochene Verurteilung des Milchhändlers Thiele wegen Nahrungsmittel-Verfälschung zu 75 M. Geldstrafe bekannt gemacht werden. Gegen diese Ansehen erregende Bestrafung hatte Th. Berufung eingelegt. Rechtsanwalt Dr. Flatau stützte diese darauf, daß in Wahrheit gar keine Nahrungsmittel-Verfälschung vorliege. Der jetzt 70jährige, trotz 40jährigen Gewerbebetriebes vollkommen unbescholtene Angeklagte sei vielmehr selbst das Opfer der Unrechtheit seiner inländischen Lieferanten geworden. Zwei vorgeschlagene Zeugen bestätigten auch, daß sie von demselben, in Varentin in der Mark wohnhaften Milchlieferanten seiner Zeit hinter einander polizeiwidrige Milch erhalten hätten. Unter diesen Umständen schloß sich auch der Staatsanwalt dem Antrage der Verteidigung an, daß der Angeklagte, der seines hohen Alters wegen die Leitung seines Geschäftes an seine Ehefrau abgegeben hatte, nur wegen fahrlässiger Uebertretung zu verurteilen sei. Er beantragte, und die sechste Strafkammer erkannte am 40 M. Geldstrafe. Da das Gesetz in Uebertretungsfällen die Verurteilung durch den Richter nicht gestattet, kam das Verurteilungsgericht gar nicht in die Lage, sich über die neue, von der betreffenden Abteilung des Schöffengerichts eingeführte Art der Urteilspublicität an den Anschlagäulen zu äußern. Bis jetzt fand eine solche regelmäßig nur bei Todesurteilen statt.

„In freien Stunden.“ Illustrierte Wochenschrift für das arbeitende Volk. Heute gelangt das 15. Heft dieser Zeitschrift zur Ausgabe. Es bringt die Fortsetzung des Romans „Die Hüpfpaten des Mississippi“ von Friedrich Gerstäder; ferner die Fortsetzung des Romans „Gabriel Lambert, der Galeerenklave“ von Alexander Dumas, außerdem eine kleine Erzählung „Eine homöopathische Therapie“ sowie „Dies und Jenes“, „Witz und Satire“, die den Inhalt des Heftes vervollständigen. Jedes Heft kostet 10 Pf. und ist in allen Parteidepotitionen zu haben.

Die obligatorische Fortbildungsschule. Der Magistrat beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung fast ausschließlich mit der Beratung des von Stadtschulrat Dr. Gerstenberg vorgelegten Statuts über die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts. Das Statut wurde mit einigen Änderungen in erster Lesung im großen und ganzen angenommen.

Zu der Liebesstragödie im Treptower Park erfahren wir, daß die am Donnerstag erwartete Freilassung des Fabrikarbeiters Otto Lehmann nicht erfolgt ist. Das Landgericht II hat vielmehr die gerichtsarztliche Bescheinigung der Leiche seiner Geliebten, der 17½ Jahre alten Fabrikarbeiterin Alma Lorenz, die mit Cyanall vergiftet im Park aufgefunden wurde und auf dem Wege nach der Rettungswache starb, angeordnet, und Lehmann ist daraufhin dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Ein Standalprosch. Die Erpressungen der „Privatiers“ Charlotte Reumann, die einen jungen Grafen zur Strafanzeige veranlaßten, werden bereits in der nächsten Woche das Gericht beschäftigen. Die Hauptverhandlung findet am Dienstag, den 12. d. Mts., um 10 Uhr vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I statt, voranschicklich in ihrem ganzen Umfange unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Anklage lautet auch auf Kuppelei, da die 33jährige Ledebame nicht nur selbst junge Herren aus den höchsten Gesellschaftskreisen empfangt, sondern auch Freundinnen in ihrer geräumigen und prächtig eingerichteten Wohnung in der Grohdererstraße Gelegenheit zu solchen nicht ganz harmlosen und ebensoviele billigen Zusammenkünften gab. Ob die Zeugen, die die Angeklagte belasten könnten, alle vor Gericht erscheinen werden, ist sehr fraglich.

Zu Sachtu der Restaurations-Vorgärten soll eine Art Ausstand von den Gastwirten und Cafésiers in den Innenbezirken Berlins in Scene gesetzt werden. Eine Wordnung, die in der Vorgartenfrage

beim Oberbürgermeister vorstellig wurde, ist von dessen Antwort wenig befriedigt, da sie keineswegs die Aufhebung der geplanten Steuererhöhung für die Vorgärten in Aussicht stellte. Die Frage dürfte auch in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht und der Magistrat über sein Vorgehen in dieser Angelegenheit befragt werden. Sollte auch auf diesem Wege keine Aufhebung der neuen Sonderbesteuerung der Gastwirte zu erreichen sein, so wollen die Beteiligten einmütig die Benutzung ihrer Vorgärten zur Restaurationszwecken einstellen, so daß die Stadt statt der erwarteten Mehreinnahmen noch einen Verlust haben werde. Der Verein der deutschen Cafésiers will sich dem Vorgehen der Gastwirte anschließen, da auch von seinen Mitgliedern mehrere von einer ganz unverhältnismäßigen Erhöhung der Gebühren betroffen wurden. Insbesondere sind Vorgärten, die an belebten Plätzen liegen, Gegenstand der Gebührenerhöhung geworden.

Ein schweres Unglück, bei welchem ein Arbeiter getötet, ein zweiter schwer verletzt wurde, hat sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr auf dem Terrain der Anhaltischen Maschinenbau-Anstalt in der Rauchlinstraße zugetragen. Dortselbst werden zur Zeit vier neue elektrische Kräne aufgestellt. Zwei Arbeiter, Baary und Lange, waren an einem Hilfskran mit dem Hochwinden eines eisernen Trägers beschäftigt, als plötzlich die starke Kette riß und die schwere Last in die Tiefe stürzte. Lange wurde von dem Eisenstück gestreift und zu Boden gerissen; er blieb besinnungslos liegen. Baary dagegen wurde unter dem Träger begraben; ihm wurde der Kopf gepalmt und sein Tod augenblicklich herbeigeführt. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Der Verstorbenen, der in Charlottenburg, Krumme 7 wohnt, hinterläßt Frau und zwei Kinder. Lange, dessen Verletzungen sich nicht als lebensgefährlich herausstellten, wurde nach seiner Wohnung überführt.

Das Opfer eines Unfalles ist der 33 Jahre alte Hausdiener Hermann Kirchner aus der Rositzstr. 21 geworden. Der Mann half vor acht Tagen nach Feierabend seiner Frau beim Zeitungsausbringen, fiel an ihrer Seite vor dem Hause Rositzstr. 67 hin, schlug mit dem Hinterkopf auf und verletzte sich so schwer, daß er bewußtlos nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Dort starb er an den Folgen einer Gehirnerschütterung.

Die Handelsschule für Mädchen der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin eröffnet ihr 24. Unterrichtsjahr am Montag, den 11. April, nachmittags 6 Uhr, in der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 10/17. Diese Anstalt giebt solchen jungen Mädchen, die noch nicht im Geschäft thätig sind, die notwendige Grundlage der kaufmännischen Bildung, um sie in den Stand zu setzen, sich beim Eintritt in das Geschäft rasch und mit Verständnis in die Praxis einzuarbeiten. Die Schule war im Winter von 31 Schülerinnen besucht, die mit ihr verbundene Fortbildungsanstalt von 616 bereits im Geschäftselben thätigen Damen. Die höhere Handelsabteilung, Selecta, hat sämtliche 19 Schülerinnen mit dem Zeugnis der Reife entlassen; sie wurden sofort in besseren kaufmännischen Stellen untergebracht.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird in dieser Woche allabendlich der Vortrag „Frühlingstage an der Riviera“ zur Darstellung gelangen. Am Montag, Mittwoch, Dienstag und Freitag nachmittags wird der Vortrag „Aus dem Haushalt der freien Natur“ zu kleinen Preisen wiederholt werden. Im Hörsaal spricht am Montag Herr Dr. Donath über „Wissenschaft und Praxis der photographischen Platte“, am Mittwoch Herr Dr. Kahl über „Die Arbeit des Wassers“ und am Donnerstag Herr Professor Müller über „Tierstaaten und Berggesellschaften im Tierreich“. — Im Hörsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstraße spricht am Dienstag Herr Hölling über „Die physische Beschaffenheit der Himmelskörper“ und am Samstag wird Herr Dr. Donath ebenda seinen Vortrag „Radium“ noch einmal wiederholen.

Theater. Im Residenz-Theater wird das Sonnenthal-Gastspiel morgen, Sonntag, durch die Aufführung des französischen Schwankes „Der leuchtende Casimir“ unterbrochen, dem der Ematter „Die Empfehlung“ vorangeht. Montag folgt Adolf Sonnenthal sein Gastspiel in dem Sardouischen Lustspiel: „Die alten Junggesellen“ fort. — Central-Theater. Heute Sonnabend beginnt Herr Eduard Steinberger ein viermaliges Gastspiel in seiner Glanzrolle als Wolf Vay Pfefferkorn im „Kastelbinder“. Frä. Mia Berber singt die „Suzu“. Die andern Hauptpartien liegen in den Händen von Frä. Henry Widner und der Herren Oskar Braun, Karl Schulz und Rudolf Ander.

Auf der Treptow-Sternwarte wird in diesem Frühjahrsquartal Direktor Archenhold an fünf Montagen einen Chklus der Humboldt-Akademie über „die Bewohnbarkeit der Welten“ halten. Die ersten Doppelstunden beginnen am Montag, den 11. April, abends 7 Uhr. Die näheren Programme sind im Bureau der Treptow-Sternwarte und in den Buchhandlungen der Humboldt-Akademie erhältlich. — Das Thema des Vortrages am Sonntag, den 10. d. M., lautet um 5 Uhr: „Die Kant-Laplacische Entstehungstheorie unseres Planetensystems“, und um 7 Uhr: „Ein Ausflug in die Sternwelten“. Mit dem großen Fernrohr werden Sonnenflecke, Neptun und Doppelsterne gezeigt.

Orgelkonzert. Der Orgelvortrag in der Marienkirche am Montag, den 11. April, abends 7¼ Uhr bringt Oster-Letzte, Duette, Arien, Lieder, Streichquartette und Orgelstücke durch Frau Marie Schramm-Falkner, Frä. Frieda Schramm-Falkner, deren Schülerinnen Frä. Anni Hoffmann und Paula Wolf und die Herren Ernst Mellin, Felix Schmidt, Paul Hirsch, Max Lange, Oskar Tiedt und Organtist Reinhold Kurth. Der Eintritt ist frei.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Rede- und Übung für Fortgeschrittene fällt am Sonntag, den 10. April, aus. Die übrigen Unterrichtsfächer sind zu Ende. Bis zum Wiederbeginn (Ende April) ist die Bibliothek Donnerstags abends von 8-9 Uhr geöffnet.

Die Ringlämpferi ist wieder auf Tagesordnung. Circus Busch hat den Anfang gemacht und das Passage-Theater will diesem Institut nichts nachgeben. Es sind von hier aus Herausforderungen an die starken Männer im Circus ergangen, die aber keine Beachtung fanden, weil die Besucher nur kontrahlich nur in ihrer Menge ringen dürfen. So müssen dem die Ringlämpfer des Passage-Theaters unter sich ihre Kräfteproben veranlassen. Wir sind nicht Kenner genug, um die Beutlichkeit der Kämpfer nach Gebühr würdigen zu können; auch mag es an unfrem leidigen Fischblut liegen, wenn wir nicht gleich andern Leuten vor Begeisterung für diesen und jenen „Champion“ aus der Haut fahren. Angenehmer als die ganze Ringerei dünkte uns die eigentliche Specialitätenvorstellung, die recht hübsche Nummern aufwies. Die Original-Boerenschützen von Nieder und du Plessis sind wirkliche Künstler auf ihrem Gebiet und wissen nicht allein durch ihre Treffsicherheit, sondern auch durch verschiedene Raffinements zu gefallen. Eine ganze Reihe von Complerhängern und -Sängerinnen treten auf, unter denen Herr Oskar Fürti wohl der tüchtigste ist. Ein andrer Komiker ahmt gar zu sehr Otto Reutter nach, um ungetriebte Freude wecken zu können. Mit bekannten, aber immer noch wirkungsvollen Vorträgen kommt Frä. Lina Goly. Akrobaten und Tanzkünstlerinnen vervollständigen das Programm ganz vortrefflich.

Aus den Nachbarorten.

Neu-Weihenfe. In der am Donnerstag, den 14. April, stattfindenden Sitzung der Gemeindevertretung werden die neugewählten Gemeindevertreter eingeführt. Von unserer Seite treten die Genossen Freng und Thiermann neu in die Gemeindevertretung ein, während Genosse Garz aussteigt. Zugleich wird der besoldete Schöffe eingeführt und die Wahl des Vorsitzenden zum Gewerbegericht vorgenommen. Unter den 14 Punkten der Tagesordnung wird die Stellung eines weiteren Strafantrages gegen den Eigentümer Wertens von ganz besonderem Interesse sein, wenn man nicht wieder Beside, die in

letzter Zeit üblich gewordene Methode des Ausschusses der Deffentlichkeit zur Anwendung zu bringen. W. hat bei der letzten Wahlbewegung durch Flugchriften usw. wiederum den Gemeindevorsteher, die Schöffen und einige Gemeindevertreter des Betrages und der Weihenfe dazu bezichtigt und bei der Wahlverhandlung unflätige Ausdrücke gegen einzelne Gemeindevertreter, welche zur Wiederwahl standen, gebraucht. Bei diesem Schauspiel für Götter werden unsre Genossen die lachenden Dritten sein. — Am darauffolgenden Tage wird man dann erst an die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1904 herantreten. Man kann jetzt schon auf die Antwort gespannt sein, die der Gemeindevorsteher auf die Frage erteilen wird, wie er es fertig gebracht hat, in der etatslosen Zeit vom 1.-15. April die laufenden unbewilligten Ausgaben zu decken.

In eine arge Wassernot geriet am gestrigen Morgen unser Ort. Durch Umlegung eines Wasserleitungsrohres, welches Alt-Weihenfe mit Wasser versorgt, wurde in der Nacht vom 7. zum 8. April das Wasser für den ganzen Ort abgesperrt. Diese Maßnahme war aber so spät und in so ungenügender Weise zur Kenntnis der Einwohner gebracht worden, daß der übergroße Teil sich nicht mit einem genügenden Vorrat von Wasser versehen konnte und die allermeisten Arbeiter ohne den üblichen Morgenkaffee, ja ohne die genügende Reinigung vorgenommen zu haben, ihre Arbeitsstätte aufsuchen mußten. Die meisten Brunnen sind verlegt und öffentliche Brunnen existieren hier nicht. In vorkommenden Fällen sollte man solche wichtigen Bekanntmachungen nicht nur allein in den wenig verbreiteten Lokaltätchen veröffentlichen, sondern durch Anschlag an den Säulen usw.

Kirdorf. Der Gewerbe-Deputation lag in ihrer letzten Sitzung ein von der hiesigen Ortsgruppe des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes unterbreitetes Gesuch um Einrichtung einer obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschule vor. Mit Rücksicht darauf, daß in Kirdorf der gewerbliche Fortbildungsschulunterricht aus finanziellen Gründen zunächst nur auf fakultativer Basis möglich sei, beschloß man, das Gesuch, so wie es vorliegt, abzulehnen, jedoch Erhebungen über die in Betracht kommenden Verhältnisse vorzunehmen. — Eine interessante Debatte entspann sich über die Frage, auf welche Weise man am besten fördern für die gewerbliche Fortbildungsschule wie und welche Mittel die besten sind, um den Verneiner der Schüler anzuspornen. Es war der Vorschlag gemacht worden, zur Erreichung des letzteren Zweckes Prämien an die besten Schüler zu verteilen. Diese Anregung fand jedoch — besonders bei den der Deputation schon längere Zeit angehörenden Mitgliedern — wenig Anklang. Eine Prämierung sei, so wurde eingewandt, schon vor Jahren Geplagt gewesen; man habe jedoch im Einverständnis mit der Lehrerschaft dies wieder eingestellt, weil diese Prämienverteilung auch Mißgunst und Unzufriedenheit unter den Schülern hervorgerufen hatte und daher nur einen zweifelhaften Wert habe; auch sei es für den Lehrer sehr schwer, stets den Richtigen zu treffen. Besser wäre es sicher, wenn man die verfügbaren Mittel zur Beschaffung von Lernmitteln für unbemittelte Schüler verwende. Beschlossen wurde, zunächst mit einer öffentlichen Ausstellung von Schülerarbeiten einen Versuch zu machen. — Die vom Leiter der Schule, Schulrat Anders, warm besüßwortete Anschaffung eines Projektionsbilders-Apparates wurde genehmigt.

Mariensfelde. Bei der Etatsberatung wurden vom Gemeindevorsteher verschiedene Gehaltssteigerungen beantragt und zwar sollten Gemeindevorsteher, Steuererheber und Sekretär 300 M. Zulage erhalten. Unser Parteigenosse Gemeindevorordneter Grellich führte dazu aus, daß an sich gegen die Gehaltssteigerung nichts einzuwenden sei; wenn man aber einmal beim Aufbessern wäre, möge man auch den Nachwächter in der Kolonie nicht vergessen, der ganze 480 M. erhalte. Unter diesen Umständen hätten die Anträge des Gemeindevorstehers ihre Bedenken. Trotzdem wurden diese Anträge mit vier gegen drei Stimmen angenommen.

Lichtenberg. Der kürzlich auf so auffällige Weise erkrankte Gemeindevorsteher Meier hatte in der Zeit, wo er „alles konnte“, seinen aus dem Staatsdienste entlassenen Schwager mit Hilfe seines Verbündeten, des früheren Ortskassen-Mendanten Kaufmann, bei der Krankenkasse auf Lebenszeit anstellen lassen. Mit dem Zusammenbruch der Meier-Kaufmannschen Herrschaft ging auch die Lebensfähigkeit des Schwagers in die Brüche und dieser Herr ist nun zu einer aufsehenerregenden That geschritten. Er hat an amtlicher Stelle Dinge mitgeteilt, die die Vernichtung von Wählerlisten, die Annahme von Geschenken durch Beamte und andre ansehnliche Ungehörigkeiten betreffen. Man kann sich also vielleicht auf einen interessanten Standfall gefaßt machen.

Ein ungetreuer Beamter einer Vorortgemeinde wird von der Polizei gesucht. Der Kassierer der Rummelsburg-Vorhagerer Gemeindekasse führt in nach mehrfachen Unterschlagungen durchgebrannt. Er hat angeblich im Auftrag des Gemeindevorstehers bei verschiedenen Steuerzahlern Quittungen präsentiert und die Beträge für sich verwendet. Andererseits sind auch Fälligkeiten vorgekommen. So ist einer Dame in Berlin, die in Vorhagen Grundstücke besitzt, ein Betrag von 1000 M. abverlangt worden, der ohne weiteres gegeben wurde, weil der Gemeindevorsteher das Geld, wie der Kassierer behauptete, bringen brauchte. Der Ched. den Fürt über den Betrag erhielt, änderte er dergestalt um, daß er statt 1000 — 10000 M. auf der Bank erheben konnte. Dort ist unbegreiflicherweise auch der Betrag an Fürt ausgezahlt worden. Der Schwindler kam bald ans Licht, und die Kriminalpolizei setzte die Verfolgung des Kassierers ins Werk, der aber noch nicht erndet ist. Man nimmt an, daß er sich in Berlin verbirgt.

Verfammlungen.

Gegen die Errichtung eines Innungs-Einigungsamtes protestierte am Mittwoch eine zahlreich besuchte Versammlung von Mitgliedern der Innungs-Gesellensauschüsse, sowie Weisheim am Innungs-Schiedsgericht. Bekanntlich hat der Berliner Innungs-Ausschuß die Errichtung eines Einigungsamtes beschlossen, welches für die dem Ausschuss angehörenden Innungen kompetent sein soll. Von den 39 hier in Frage kommenden Innungen haben die Gesellensauschüsse von 26 Innungen ihre Zustimmung gegen die Errichtung des Einigungsamtes gegeben, während 13 Gesellensauschüsse Einspruch dagegen erhoben. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hat dem auch der Errichtung des Einigungsamtes die Zustimmung versagt, und zwar im Hinblick darauf, daß am Berliner Gewerbegericht ein Einigungsamt besteht, welches das allgemeine Vertrauen besitzt, und daß die 13 Gesellensauschüsse, welche sich gegen das Innungs-Einigungsamt erklärten, die größeren Innungen vertreten, so daß also anzunehmen sei, unter diesen Umständen würde das Innungs-Einigungsamt bei der Mehrzahl der in Frage kommenden Arbeiter Mißtrauen finden und daher keine ersprießliche Thätigkeit entfalten können.

Mitter, der in der Versammlung über diese Angelegenheit referierte, bemerkte unter andern: In der Presse und in Versammlungen sei die Behauptung aufgestellt worden, der Oberpräsident, an den sich der Innungs-Ausschuß gegen den Entschluß der Gewerbe-Deputation wandte, solle der Errichtung des Einigungsamtes keine Zustimmung erteilen haben. Verbürgten Informationen zufolge sei das jedoch nicht der Fall. Der Oberpräsident habe noch keine Entscheidung in dieser Angelegenheit gefaßt. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde festgestellt, daß die Nachricht, welche von der Zustimmung des Oberpräsidenten sprach, zuerst in der Nachrichtenzeitung der Berliner Tischlermeister erschien. Als nun der Obermeister der Berliner Tischler-Innung, der zugleich Redakteur der Nachrichtenzeitung ist, von autoritativer Seite befragt wurde, ob denn an dieser Nachricht etwas Wahres sei oder ob er etwas Sicheres darüber wisse, da erklärte er, er wisse nichts davon. — Recht bezeichnend für die Behandlung der Angelegenheit in den Innungs-Versammlungen waren die Ausführungen veränderter Redner, die den Gesellensauschüssen solcher Innungen angehören, welche der Errichtung des Einigungsamtes zugestimmt haben. Nach den Befindungen dieser Redner ist

dem Gesellenauschuss keine Gelegenheit gegeben worden, sich unter sich über die Angelegenheit zu besprechen. Der Gesellenauschuss ist ferner mit dem Plan überzogen worden. In der betreffenden Innungs-Versammlung wurde die von den Meistern sorgfältig vorbereitete umfangreiche Vorlage einfach verlesen, und ohne die Mitglieder des Gesellenauschusses sich völlig klar darüber waren, um was es sich eigentlich handelte, konstatierte der Obermeister, dass kein Widerspruch erfolgt und die Vorlage angenommen sei. So ist in einer ganzen Reihe von Innungen verfahren worden, und daraus erklärt es sich, dass nur 13 Gesellenauschüsse gegen die Errichtung des Einigungsamtes Stellung genommen haben. Nachdem die Angelegenheit nunmehr in den beteiligten Kreisen besprochen und nach allen Richtungen erwohnen ist, haben sich, wie bereits, der Gesellenvertreter in der Handwerkskammer ist, ausführte, eine Anzahl der zustimmenden Gesellenauschüsse neuerdings gegen die Errichtung des Einigungsamtes erklärt.

Um nun auch die übrigen Gesellenauschüsse, welche ihr zustimmendes Votum noch nicht korrigiert haben, über die Angelegenheit aufzuklären und sie zum Protest zu veranlassen, ist die gegenwärtige Versammlung einberufen worden. Ein derartiger Protest wurde denn auch durch die einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution ausgesprochen:

„Die Versammlung der Gesellenauschüsse und Innungs-Schiedsgerichtsbeisitzer erhebt Protest gegen die etwaige Errichtung eines Innungs-Einigungsamtes. Sie schließt sich in der Begründung dem Protest der 13 Gesellenauschüsse an, welche schon früher gegen die Errichtung protestiert haben. Die Versammlung erklärt, dass die Zustimmung der Gesellenauschüsse nur deshalb erfolgte, weil ihnen die Geschäftsführung der Innungs-Vorstände die eingehende Beratung der Vorlage unmöglich machte.“

Diese Resolution soll, mit den Unterschriften der betreffenden Gesellenauschüsse versehen, der zuständigen Behörde übermittelt werden.

Hohen-Schönhausen. Am Donnerstag sprach in einer öffentlichen Versammlung Genosse Grauer-Richtenberg über die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen. In der Diskussion, die dem beifällig aufgenommenen Referat folgte, vertrat eine der bürgerlichen Gemeinderäte die bisherige Tätigkeit der Gemeindevertretung zu rechtfertigen. Neben dem Referenten traten die Genossen Gänter, Thiele und Neugebauer den Ausführungen des „weißen Raben“, der sich in der Versammlung vertritt hatte, entgegen und lebhaft für eine Wahlbeteiligung zu Gunsten des sozialdemokratischen Kandidaten Max Thiele ein. Die Schulzustände, die Herrlichkeit des Ortes in Gutsbezirk und Gemeindebezirk, der Versuch, einer Privatgesellschaft auf 50 Jahre eine Konzession zur Erbauung einer elektrischen Bahn zu erteilen, waren Gegenstand der Diskussion, die nach der Mitteilung eines Redners, dass die protokollarische Niederschrift über die Abmachungen mit der elektrischen Bahn Wagmann-Strasse - Hohen-Schönhausen aus dem

Protokollbuch der Gemeinden herausgerissen und verschunden sei, stellten sich recht lebhaft gestaltete. Auch die Mitteilung des am Orte erscheinenden Annoncenblattes des Buchdruckereibesitzer Steffen: Die Unregelmäßigkeit, die bei der für ungültig erklärten Wahl vorgekommen sei, habe „nur“ darin bestanden, dass für den auch bei der „Arbeiter-Schaft“ eines großen „Vertrauens“ erfreuenden bürgerlichen Kandidaten und bisherigen Vertreter Fischer einige „Arbeiter“, weil diese nicht Zeit gehabt, den Wahlakt persönlich wahrzunehmen, sich durch die darum nachsuchenden Vertreter des „Wahlkomitees“ der bürgerlichen Parteien in „Vollmacht“ vertreten ließen (!), fand gebührende Aufnahme. Die angelegte Neuwahl für das wegen „allzu drastischer Wahlmacht“ kassierte Mandat der dritten Wählerklasse findet am Montag, den 11. April, in der Zeit von mittags 1 bis 3 Uhr statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist Max Thiele. Nach einer Aufforderung, dass nicht ein Genosse bei der Agitation und bei der Wahl fehlen möge, fand die Versammlung ihren Schluss.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. April, vorm. 8^{1/2} Uhr, in der Schul-Halle der 69. Gemeindefürsorge, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10^{1/2} Uhr, vorm., ebenfalls: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gehrle: Persönlicher Gott und Weltall. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 11. April, abends 8^{1/2} Uhr, pünktlich, im großen Saale des Central-Klubhauses, Am Königsgraben 14a: Beschließende Versammlung. Tagesordnung: Bericht-erstattung. Baplan. Welche Duldung legitimiert.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Waidmannslust und Umgegend. Sonnabend, den 9. April, abends 8^{1/2} Uhr, im „Schwarzen Adler“ (W. Kleff) in Hohen-Neudorf a. d. Nordbahn. Diskussionsabend. **Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Rügen.** Sonntag, den 10. April, vormittags 10 Uhr, bei Rando, Schönhauser Allee 135: General-Versammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Rigdori-Brin. Sonntag, den 10. April, nachmittags 2 Uhr: Versammlung in der Vereinsbrauerei, Hermannstrasse. Vortrag des Kollegen Rastin. Gäste willkommen.

Verein ehemaliger Gütergüter zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sonnabend, den 9. April, abends 9 Uhr, im Rastlerhaus, Rastler Wilhelmstr. 18a: Sitzung.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. H. B. Hamburg). Filiale 8, Sonnabend, den 9. April, abends von 8-10 Uhr: Sitzung bei Riedel, Buttmanstr. 5. — **Filiale Rigdori.** Die Wahl eines Delegierten findet am Sonntag, den 10. d. M., von 9 bis 1 Uhr bei Pfeiler, Jethenstr. 69, statt.

Vermischtes.

Vom Sturm der letzten Tage. Der Nordweststurm der letzten Tage hat an der Nord- und Ostküste und auch im Binnenlande arge Verwüstungen angerichtet. Im Hamburger Hafen wurde der Fährdampfer „Beddel“, einer der größten der Fährgesellschaft,

abends von dem gewaltigen Sturm erfasst und mit solcher Wucht gegen das Steueruder eines großen Hochseefahrers geworfen, daß ihm an der Vorderseite mehrere Platten bis unterhalb der Wasserlinie durchstochen wurden. Das Schiff füllte sich schnell mit Wasser und sank nach kurzer Zeit. Die Mannschaft rettete sich durch Schwimmen. — In Hagen i. B. warf der Sturm einen baufälligen Stall um. Ein Junge, der auf dem Hofe spielte, geriet unter die Trümmer und wurde vollständig zerdrückt. Ein anderer Junge kam mit leichten Verletzungen davon. — In Schwerin i. M. wurde das ganze Pappdach eines vierstöckigen Hauses weggerissen und wie ein ausgebreitetes Tuch über die Straße nach dem gegenüber liegenden Garten gescheitert. Auf dem Bahnhof zu Stralsund wurde eine Blechhülle in die Höhe gehoben und mehrere Meter weiter getragen. Güterwagen wurden abgedeckt und alles, was nicht niel- und nagelfest war, wie große Bogenlampen, Dachlatten usw. herabgerissen und fortgeweht. Leider sind auch Personen von herabstürzenden Ziegelsteinen und andren Gegenständen zum Teil nicht unerheblich verletzt worden.

Panik in einer Synagoge. In der großen Synagoge in Lemberg stürzte während des Gottesdienstes der Vorbeter vom Schlage gerührt plötzlich tot zu Boden. Hierdurch entstand eine förmliche Panik, wobei mehrere Frauen erheblich verletzt wurden.

Dampferunfall auf der Oder. Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge wurde gestern nachmittags, zwei Kilometer von Bries entfernt, der Dampfer „Adler“, der mit einem Schlepplug stromaufwärts fuhr, von dem stromabwärts kommenden Dampfer „Flora“ angekratzt. Der Radkasten des „Adler“ und mit ihm ein in der Küche beschäftigter Heizer wurden fortgerissen. Der „Adler“ sank; die übrige Mannschaft wurde gerettet.

Eisenbahnunfall. Aus Stendal wird amilich gemeldet: Wegen Entgleisung des Eilgüterzuges 6006 und Sperrung beider Hauptgleise der Haltestelle Dedenhafen verspätet sich sämtliche Züge ab Richtung Hannover, mit Eilgüterzug 6001 beginnend, auf unbestimmte Zeit.

Erdbeben. Aus Saloniki wird gemeldet: Das Erdbeben vom Ostermontag hat in Djumabala und Rafioghia fürchterliche Katastrophen herbeigeführt. Rädige Felsblöcke sind abgestürzt. Ganze Ortschaften sind zerstört. — In der italienischen Provinz Foggia wurde gestern morgen 9 Uhr 17 Minuten ein 4 Sekunden währendes Erdbeben verspürt.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 9. April 1904. Etwas wärmer, zunächst vielleicht heller bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später neue Trübung mit etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Central-Verband der Schmiede.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Julius Sembries
nach kurzem, schwerem Leiden am 6. April verstorben ist.
Wir verlieren in ihm einen wackeren, treuen Kollegen. [176/4] Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. April, mittags 1 Uhr, (pünktlich) vom Krankenhaus Friedrichshagen aus nach dem Central-Friedhof (Friedrichshof) statt.
Kege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die Mitteilung, daß der am Sonntag auf dem Söddin-See verunglückte Mechaniker
Emil Zeh
heute gefunden wurde.
Raheres über die Beerdigung im Sonntagsblatt.
Familie Zeh.

Verband der Möbelpolierer.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Max Höhne
im Alter von 26 Jahren an der Schwindsucht verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Sonnabendnachmittag 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Westenseer Gemeinde-Friedhofes, Kölschstraße, aus statt.
146/2 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Hadler und Siebmacher zu Berlin.
Sonntag, den 17. April 1904, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 10, Engel-Ufer 15:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Verlesung der Protokolle.
2. Kassensbericht des Kassanten.
3. Bericht des Rechnungs-Ausschusses.
4. Beschlußfassung über den Abrechnungsvertrag.
5. Beschlußfassung über Steuerregelung des Status unserer Kasse.
Die Herren Arbeitgeber, welche für großjährige Kassensmitglieder Beiträge aus eigenen Mitteln zu leisten haben, sowie sämtliche großjährige Kassensmitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
272/11
Berlin, im April 1904.
Der Vorstand.
Rob. Schmidt, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.
Sonnabend, den 16. April 1904, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III:
Ordentliche General-Versammlung
sämtlicher Vertreter der Arbeitgeber u. Kassensmitglieder.
Tagesordnung:
1. Kassensbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl von zwei Arbeitgebern für 1904/1905. 4. Stellungnahme zur Herzstange. 5. Sonstige Kassensangelegenheiten. 272/8
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.
H. V.: Ernst Davidshaus, Vors.
Hugo Hertz, Schriftführer.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
200 R Baustelle, Edgardenstr. 49/1, Borori, an gepfl. Hauptstraße, günstig geeignet für Restaurant oder Materialwarenhandlg. (Bspfl. mit 60 Qdft., 6 Jähr., Brunnen u. Raube vorhanden) u. g. Beding. z. verkaufen. Offerten unter O. 5 Exped. d. Bl.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Nachraf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Paul Sarre
am 31. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
114/2 **Die Ortsverwaltung.**

Am Donnerstag entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden lieber Mann, unser guter Sohn und Bruder, der Kammer
Emil Wettermann
im 31. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstrasse, aus statt.
Sofort verkäuflich
Ritterstr. 120, part. I.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 10. April, vorm. 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexander-Strasse Nr. 27c:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom ersten Quartal 1904 und Bericht der Revisoren.
2. Die stellen sich die Kollegen zur Verlängerung des Vertrages? 3. Vereins-Angelegenheiten und Beschlüssen.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. 31/3

Verband der Möbelpolierer.
Heute abend werden in sämtlichen Zahlstellen Beiträge entgegengenommen.
Montag, den 11. April, abends 8 Uhr, Hufstienstr. 40:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 146/3
1. Vortrag des Genossen A. Stripp über Abalbert Chamisso mit Recitation. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Die Kollegen, welche einem Gesangsverein angehören und bei der Gesangs-Aufführung am 1. Mai vormittags mitwirken wollen, werden ersucht, am 11., 18., 25. April abends pünktlich 7 Uhr Große Frankfurterstrasse 133 zu erscheinen.
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein „Frisch auf!“ Spandau.
Sonnabend, den 16. April 1904, im Saale des Herrn Tessnow, Hakenfelde:
III. STIFTUNGSFEST
bestehend in Tanz, Kunst- und Reigenfahren, lebenden Bildern und großer Verlosung. Zur Aufführung gelangt: „Geistes und Crustes aus dem Radfahrleben“, urkomische Fantomimie in einem Akt.
Die Bundesvereine des Bundes 9 sind hiermit freundschaftlich eingeladen.
12/2 **Der Vorstand.** J. H.: D. H.

Hausfrauen gebraucht Kondensierte Alpenmilch Nestle
Voller Rahmgehalt. überall käuflich.

Fehlt Ihnen etwas?
für die neue Wohnung,
so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl von Neuheiten in:
Teppichen von M. 4.50 bis 12.—, 20.—, 30.—, 45.—, 60.— usw.
Gardinen von M. 2.10 bis 3.50, 5.—, 7.50, 9.—, 12.— usw.
Portieren besteht: 2 Shawls und 1 Lambrequin Wolle M. 5.50, Tuch M. 6.75, Plüsch M. 9.75,
sowie Tisch-, Diwan- und Steppdecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.
Zum diesmaligen Umzuge sind grosse **Partie-Posten** zu wirklichen **Ausnahme-Preisen** zum Verkauf gestellt, worauf wir besonders aufmerksam machen. 4825L*

Teppichhaus B. Adler & Co.
Königstr. 20-21, an der Judenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Barbier- u. Friseurgenossenschaft „Voran“
(Eingetr. Genossenschaft m. beschränkter Haftung)
Montag, den 18. April 1904, abends 9^{1/2} Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstrasse 57:
Ausserordentliche Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Revisionsbericht. 2. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz. 3. Geschäftsbericht. 288/11
Der Vorstand:
V. Kirschmann, Paul Liero, Otto Kranz.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.
(Eingetr. Hilfskasse Nr. 3 Hamburg.)
Verteilte Verwaltung Berlin F.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle von Schulz, Bernauer- und Streckerstrassen- Ecke, nach
Waltstr. 17 bei Seeliger
verlegt worden ist. 183/3
Die Ortsverwaltung.

Kranz- und Blumenbinderei von L. A. Trothe, Brangelstr. 11, Markthalle IX, Stand 251/252, Eisenbahnstrasse. 46142*

Gardinen-Rester-Ausverkauf
älterer Muster in weiß und creme zu 1-4 Neuesten posend, potentiell in dem
Gardinenfabrik-Lager
von **Bruno Güther**
aus Plauen in Sachsen,
Berlin O., Gruner Weg 80, part., Eingang vom Flur (kein Laden).
Proben nach außerhalb portofrei.

Seit gestern!!!
verkauft wir
ca. 1000 alte und neue
zu diesen Preisen:
Elegante Herrenzüge M. 9, 10, 12, 14, 16 und höher.
Moderne Frühjahrsplötots M. 1.75, 2.50, 4, 6, etc.
Hosen für jeden Zweck
von den feinsten Herrschaften für jede Figur (spec. Bauch) passend in allen Preislagen nur Prinzstr. 17, a. d. Wasserthorstr. Hochb.-St. Prinzstr. 2. Gesch. Gr. Frankfurterstr. 116.
Bitte, nicht mit ähnlichen Geschäften zu verwechseln.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe.
Montag, den 18. April, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Ordentl. General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung pro 1903.
2. Abänderung des Kassensatzes § 35 Abs. 3 und 4 betreffend die Duldungsbeitrag. 3. Verschiedenes. 272/12
Wir bitten die Delegierten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.
Borsh. Jost, Georg Bäcker, Vorsitzender, Schriftführer.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Resle! Moquettes, Plüsch, Satteltaschen.
Muster b. näher. Angabe franco.
Emil Lefevre, Berlin, Oranienstr. 158.

Vorwärts-Buchhandlung
Berlin SW. 68, Lindenstrasse 69, Laden.
Soeben ist erschienen:
Socialdemokrat. Agitations-Bibliothek
Zeithilder aus dem Klassenstaat.
I. Heft:
Prinz Arenberg und die Arenherge
Preis 20 Pf.

Segler-Schloss
Hankels Ablage
Empfehle meine Säle für große und kleine Gesellschaften, Vereine und Feste. Ich habe im Juni und Juli noch mehrere Sonnabende und Sonntage frei.
W. Heinrich.

Leihhaus Friedrich-Strasse 131D

1. Etage Ecke Karlstrasse, zwischen Oranienburger Thor und Bahnhof Friedrichstrasse Kein Laden

verkauft täglich hochelegante, streng moderne Frühjahrs-Paletots, Anzüge, Gesellschafts-Anzüge, Hosen in den vorzüglichsten Qualitäten. Kolossale Auswahl.

Sämtliche Grössen auch für die stärksten Herren am Lager. Der Preis ist auffallend billig, aber streng fest und mit grossen Zahlen an jedem Stück vermerkt.

Frühjahrs-Paletots Mark **7.50**
10,—, 12,—, 15,—, 18,—, 20,—, 25,—, 30,— Prima

Herren-Stoffhosen Mark **2.—**
3,—, 4,—, 5,—, 6,—, 7,—, 10,— Prima

Herren-Stoffanzüge Mark **8.50**
10,—, 12,—, 15,—, 18,—, 20,—, 25,—, 30,— Prima

Kellner-Anzüge Mark **11.—**
Kellner-Jackets für 7 Mark.

Goldsachen, goldene und silberne Uhren, Brillanten, Cigarren 100 Stück für 2, 3, 4—12 Mark, Cigaretten billigst.

Beleihung und Ankauf von Herren-Garderoben, Brillanten, Pfandscheinen.

Werktäglich von morgens 8 bis abends 9 Uhr geöffnet. Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr. Pol. konz. Leihhaus.

Reederei Nobling.
Morgen Sonntag, den 10. April 1904:
Dampfer-Extrafahrt nach der Berliner Schweiz.
Abfahrt von Wannowbrücke (Schulthei-Kiosk) 9 Uhr vormittags, 2 Uhr nachmittags. Rückfahrt 6 1/2 Uhr.
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt Erwachsene 75 Pf., Kinder 50 Pf.
Es ladet ergebenst ein **Hermann Gärtner.**

Wo? ist der schönste Ort für Landpartien und Ausflüge per Dampfer, Kremser und zu Fuss durch den Grunewald zu erreichen? Auf der Insel **Pichelswerder, Wirtshaus zum Freund.** Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.
bewährteste Nahrung für Kufeke's Klinder's gesunde u. magen-darmkranken Kinder.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme am Zeddlsee. (Endstation der „Stern“-Dampfer).
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich am Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampfheizung, Regelmässige, große Kaffeeläden. Zäle, Gärten, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.
Möbel auf Teilzahlung. Günstige Beding. **J. Kellermann, Pattkammerstr. 15,** nahe Friedrichstr. u. Apollotheater.

M. Schulmeister Schneidermeister
Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 139 (Schöneberg).
Ecke Adalbertstrasse.
Gegründet 1878.
Jackett-Anzüge von 20 M. an
Rock-Anzüge von 22 „ „
Gehrock-Anzüge von 25 „ „
Paletots von 18 „ „
Hosen von 5 „ „
Frühjahrs-Paletots nach Mass von 30 M. an
Frühjahrs-Anzug nach Mass von 33 „ „
Hosen nach Mass von 10 „ „
Knaben-Anzüge in grösster Auswahl.
Streng feste Preise.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Caférestaurant billig zu verkaufen. Näheres Köpcke'sche Str. 6 im Cigarren-geschäft. 22018*
Wunderbares Grüntragegeschäft. verbunden mit Futterwerk, seit zehn Jahren bestehend, ist sofort zu verkaufen. Billig, Grunewaldstr. 48, in Schöneberg. 1119*
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Reifseider, aus feinsten Rohstoffen (spottbillig) täglich, zurückgegebene Paletots, Reifseider, Anzüge, Havelocks, Joppen entsprechend billiger. Sonntagverkauf. Deutsches Verlanhaus, Köpcke'sche 63, I. 1119*
Ueberziehler, Herrenanzüge, wenn getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur passend, auch neue, zurückgegebene, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstengasse, Rosenbühlstr. 15 III. 1087*
Steppdecken kauft man am besten und billigsten direkt in der Fabrik Köpcke'sche 63, I. 1125*
Teppiche! (fehlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hagedorfer Markt 4, Bahnhof Börse. 9322*
Wetten, Gardinen, anerkannt spottbillige Bezugsquelle Pfandleihanse Weidenweg 19. 135*
Steppdecken, Tischdecken, Teppiche spottbillig Pfandleihanse Weidenweg Nr. 19. 135*
Regenmäntel, Freischwinger, Spiegel, Küchenrahmen spottbillig Pfandleihanse Weidenweg 19. 135*
Taschenuhren, Herrenketten, Damenketten, Schmuckgegenstände spottbillig Pfandleihanse Weidenweg 19. 135*
Trauringe, Aussteuerwäse (spottbillig) Pfandleihanse Weidenweg 19. 135*
Seitenschiffe, Bettbezüge, Bettlaken spottbillig Pfandleihanse Weidenweg 19. 135*
Sommerpaletots, Jackettanzüge, Herrenhosen, Damenhosen, Reifseider, Auswäse (spottbillig) Pfandleihanse Weidenweg 19. Verkaufzeit bis 9 Uhr abends. 135*
Herrenfahrrad, hochelegant, spottbillig. Döring, Solmsstr. 16. 135*
Herrenfahrrad, Damenfahrrad spottbillig. Pöthen, Urbanstr. 184.
Kanarienhöhne verkauft Brandt, Holzmarktstr. 61. 1129*
Kanarien, Stamm Seifert, Selbstzug, Ehrenpreisen und Medaillen prämiert. Reihner, Kastanienallee 23.
Verantw. Redakteur: **Paul Büttner, Berlin.** Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glöck, Berlin.** Druck u. Verlag: **Veroväris Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.**

Möbelverkauf, passendste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbel-fabrik Schönebergstr. 2, Ecke Friedrichstrasse, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante Einrichtungen bis zu 10 000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung, Stummend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verlebten gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Kissen 30, Beistelle mit Matratze 20, Kuschel-sessel, Vertikal 20, Salongarnitur, Tischgarnitur 105, Kucheltisch 40, geschmückte Büffette, Kuchentisch, Vase, Vasen mit Satteltischen 85, Schreibtisch 40, *Schreibtisch, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Kuchbaum, Salons, Wilmshagen, auch Jugendstil, sehr billig. Gefasste Möbel werden 3 Monate kostenfrei einbewahrt, durch eigene Kräfte geliefert, auch nach ausserhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 21788*

Goldrenner, hochfein, billig. Kurz-rod, Rührerstr. 2. 26763*
Fahrräder, Kälmaschinen, gebräunte, nageleisere, Riemenantrieb, spottbillig. Pfandleihanse Weidenweg 19. 135*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Post-fahrt genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. 1142*
Wäsche und Bringenmaschinen, beste Qualität, billigste Preise. Bei Anzahlung coulant Bedingungen. E. Weimann, Gollnowstr. 26, nahe der Landbergerstr. 22174*
Strickmaschinen, auch Teilzahlungen, Bredered, Engländer 20. 8249*
Vorjährige hochpreisige Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen, 9—12 Mark. Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21. 21693*
Steppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*
Fahrräder, verlässliche! Einzige mögliche, den Umständen nach billigste Bezugsquelle bleibt das bestbekannte Leihhaus Neue Schönhauserstr. 11. Achtung, Hausnummer! Ueberalltes Riesenlager sämtlicher Marken W. K. C. Maschinen, Originalpatris mit Continental spottbillig. Brennaorräder in allen Preislagen! Desgleichen Dürstoppäder, Opelräder, War-fahrräder. Gebrauchte Fahrräder 15,00, 20,00, 25,00, neue 55,00, 65,00. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11.
Malstrahier, blutbildend, für Blutarznei, Brustkrankheiten, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Schlaf-sorge, überaus, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, Lonne 3,50 erhaltene. Nicht Glasmaß, Qualität entscheidet. Berler, Kellerei Ringler, Bernauerstr. 110. 108/11
Handgehalber Tischgarnitur, Tischenset, Tischelounge verlässlich, Anwalderstr. 128, Seitenflügel.
Wassergutfrühd mit Reservoir, auch geteilt. Verler, Platenstr. 10.
Säulenstimmman, geschliffen, vierzig Mark, elegantes Rameelrecht (schon Mark. Straubbergerstr. 6a I. 88/13)
Sportwagen, zweifach, 15 Mark, Rindemagen, 10 Mark, verkauft Gofin, Kanmerstr. 11. 132
Reparatur, 30 Jahre bestehend, mit jeglicher Inhaber verkaufen. Näheres bei Postian, Neue Koch-str. 13. 3296*
Fahrrad-Verleihung Große Frankfurterstr. 14. 135*
Fahrrad-Reparatur, Fahrrad-Zubehöre (sehr billig) Große Frankfurterstr. 14. 135*
Fahrräder werden repariert, emalliert, vernickelt, sauber, prompt, billig. Laeder, Brunnenstr. 80.

Kingsfischen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpcke'sche 60/61, Brenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 1298*
Obst- und Gemüsegeschäft, höhere Erträge, fränkischer Halber zu verkaufen. Köpcke'sche 7. 1113*
Cigarrengeschäft umständelhalber billig veräußert. Havelbergerstr. 5. 1113*
Schlafsofa 18,00, Beistelle, Matratze 18,00. Palladenstr. 23, Tagesleier. 88/12
Rechtsbureau Blumenstr. 10, vierzig, langjähriger Prozessbeistand, Kuchelungen, Strafsachen, Alimenten-sachen, Steuerfragen, Eingabengesuche, Raterteilung. 3216
Kleber, Tapezierer, Webbin, Sonntag Frühfrühre Kuntelstr. 6.
Tapezierer, Sonntag Morgen-frühre bei Drecker, Minienstr. 218. 3236
Steuerangaben, Klagen, Armen-gesuche, Interventionssachen re. Sonntags vormittags. Henschel, Fortstr. 10, III. 3236
Hagemann wird von höherem Kollegen um Besuch gebeten. Fieger, Dramanstr. 188. 3178
Wetten, praktische, 18,00, Mädel, Dresdenstr. 38. 3226
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Soeden enorm billig. Kaufhaus, Comptoir Neue Friedrichstr. 81 I, Ecke Königstr. und Holzmackstr. 37 a parterre, früher Kaiserstr. 25 a. Sonntags geöffnet. 22218*

Verschiedenes.
Rechtsbureau! (Königsplatz), Grunewald vierundzwanzig. Lang-jähriger Gerichtsbeistand! Raterteilung! Eingabengesuche! Steuer-berufung! 3525*
Rechtsbureau, Gerichtsfreier, früherer Knechtstr. 38, Sonntagsdienst. 3015*
Rechtsbureau (Alexander-Platz), Grunewald achtzehn! Gerichtsfreier, Interventionen, Strafsachen! Rechts-hilfe! Eingabengesuche! 13975*
Steuerberatung 0,75! Rechts-bureau Knechtstr. 38, (Königsplatz). 1955*
Patentanwalt Dammann, Oranienstr. 57, Köpcke'sche. 3025*
Kaufstapferei von Frau Kolosky, Eichenmühlstr. 48, Kuegebäude hoch-parterre. *
Auspolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auherin Hause. Kaufhaus, Blumenstr. 35 b. 21738*
Pfandleihanse. Geld auf Wertgegenständen, Verkauf von Teppichen. Käufer, Joffenerstr. 35. 8775*
Häuser kauft, beleibt, im Quartier Köpcke'sche 58, I. Amt I. 8831. *
Fahrräder kauft, beleibt, Kaufhaus, Schönhauser Allee 163a. 10879*

Im Arbeitsmarkt durch Beforderer Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Gesuch.
Personen jed. Standes, monatlicher Verdienst 300 R. Offert. u. F. N. 145 befördert. G. L. Daub & Co., Annamanc-Expediton, Frankfurt a. M. 141/14
Achtung, Holzarbeiter! Zuzug ist streng fern zu halten von **Bautischlern, Einsehern** nach der Werkstatt 81/3 Maass, Richtenberg, Gogen-str. 55. Für Tischler, Drechsler, Bildhauer, Polierer, Maschinenarbeiter: **Frankel, Waldemarstr. 14, Bruns, Volkermöbel-Fabrik, Chorinertstr. 26.** Berner **Zuzug** fern zu halten nach Charlotten-burg, da dort **Bautischler** und **Einseher** im Streit stehen.
Vermietungen.
Zimmer.
Seere Stube oder Küche nach vorn unständelhalber einzeln zu vermieten, Mariannenstr. 4 vorn II. Dreckscher.
Kleines einfaches Zimmer sofort gesucht mit Preisangabe. G., Post-amt 17, postlagernd. 3225*
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle für einen oder zwei Herren bei Baosner, Wan-derer 92. 2506*
Möblierte Schlafstelle, zwei Herren, Rappell, Boyenstr. 11.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Volkskänger Gesellschaft Reman-domstr. 28, Berlinstr. 28. 188*
Reutenempfänger, intelligent, sucht Beschäftigung. Näheres bei Bengels, Frankfurterstr. 133. 135*
Stellenangebote.
Kanzog, Nieder-Schönhausen verlangt 3000